



# Plenarprotokoll

## 120. Sitzung

Kiel, Freitag, 18. Juni 2004

<b>Entwicklung und Stand der Kulturwirtschaft in Schleswig-Holstein .....</b>	9314	Beschluss: Überweisung an den Bildungsausschuss und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung...	9327
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/3482			
Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur .....	9314	<b>Energiebericht 2004 .....</b>	9327
Caroline Schwarz [CDU] .....	9316	Bericht der Landesregierung Drucksache 15/3493	
Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD] .....	9318	Heide Simonis, Ministerpräsidentin.....	9327
Dr. Ekkehard Klug [FDP] .....	9321	Dr. Trutz Graf Kerksenbrock [CDU] .....	9330
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9323	Wilhelm-Karl Malerius [SPD] .....	9332, 9345
Anke Spoorendonk [SSW].....	9325	Christel Aschmoneit-Lücke [FDP] .....	9334, 9342

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9336	<b>Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landesmeldegesetzes</b> .....	9363
Lars Harms [SSW] .....	9338, 9344	Gesetzentwurf der Landesregierung	
Uwe Eichelberg [CDU] .....	9340	Drucksache 15/3255	
Manfred Ritzek [CDU] .....	9341	Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses	
Konrad Nabel [SPD] .....	9342	Drucksache 15/3520	
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] .....	9343	Monika Schwalm [CDU], Bericht- statterin .....	9363
Roswitha Müllerwiebus [SPD].....	9345	Beschluss: Verabschiedung .....	9363
Beschluss: Überweisung an den Umwelt- ausschuss und den Wirtschaftsaus- schuss zur abschließenden Beratung...	9346		
<b>3. Kohäsionsbericht der Europäischen Kommission</b> .....	9347	<b>Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig- Holsteinischen Schulgesetzes</b> .....	9363
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Gesetzentwurf der Fraktion der CDU	
Drucksache 15/3488		Drucksache 15/3009	
Heide Simonis, Ministerpräsidentin.....	9347	Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses	
Manfred Ritzek [CDU] .....	9348	Drucksache 15/3475	
Ulrike Rodust [SPD] .....	9349	Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD], Bericht- erstatter .....	9363
Veronika Kolb [FDP].....	9350	Beschluss: Ablehnung .....	9363
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] .....	9351		
Anke Spoorendonk [SSW].....	9352	<b>Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Landes- verfassung und des Schleswig-Holstei- nischen Richtergesetzes</b> .....	9363
Uwe Greve [CDU] .....	9353	Gesetzentwurf der Fraktion der FDP	
Beschluss: Überweisung des mündlichen Berichts der Landesregierung an den Europaausschuss zur abschließenden Beratung.....	9347, 9354	Drucksache 15/3368	
<b>Bericht zur Förderung der deutschen Minderheit in Nordschleswig</b> .....	9354	Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses	
Antrag der Fraktion der FDP		Drucksache 15/3499	
Drucksache 15/3503		Monika Schwalm [CDU], Bericht- statterin .....	9364
Dr. Ralf Stegner, Finanzminister.....	9354	Beschluss: Ablehnung .....	9364
Dr. Ekkehard Klug [FDP] .....	9355		
Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD] .....	9357	<b>Wahl der Mitglieder für den Stiftungsrat der Kulturstiftung des Landes Schleswig- Holstein</b> .....	9364
Caroline Schwarz [CDU] .....	9358, 9362	Wahlvorschlag der Fraktion der SPD	
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9359	Drucksache 15/3486	
Anke Spoorendonk [SSW].....	9360	Wahlvorschlag der Fraktion der CDU	
Dr. Heiner Garg [FDP].....	9361	Drucksache 15/3505	
Holger Astrup [SPD].....	9362	Beschluss: Annahme der Wahlvorschläge...	9364
Rolf Fischer [SPD].....	9362		
Beschluss: Antrag Drucksache 15/3503 durch die Berichterstattung der Lan- desregierung erledigt.....	9354, 9363		

<b>Wahl des Präsidenten des Landessozialgerichtes beim Schleswig-Holsteinischen Landessozialgericht</b> .....	9364	Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 15/3497	
Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 15/3500		Monika Schwalm [CDU], Bericht- statterin .....	9366
Monika Schwalm [CDU], Bericht- statterin .....	9364	Beschluss: Ablehnung Antrag Drucksache 15/3402 .....	9366
Beschluss: Annahme .....	9364	<b>a) Neuorganisation des Verfassungs- schutzes - Norddeutsches Amt für Verfassungsschutz</b> .....	9367
<b>Verwaltungsstrukturreform 1996 bis 2002</b> .....	9364	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/3372	
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/2560		<b>b) Verfassungsschutzbericht 2003</b> .....	9367
Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 15/3448		Bericht der Landesregierung Drucksache 15/3354	
Monika Schwalm [CDU], Bericht- statterin .....	9365	Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 15/3498	
Beschluss: Kenntnisnahme .....	9365	Monika Schwalm [CDU], Bericht- statterin .....	9367
<b>Eliteförderung im Bildungswesen</b> .....	9365	Heinz Maurus [CDU], zur Geschäfts- ordnung .....	9367
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/3160		Beschluss: 1. Ablehnung Antrag Druck- sache 15/3372	
Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses Drucksache 15/3476		2. Kenntnisnahme des Berichts der Landesregierung, Drucksache 15/3354	9367
Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD], Bericht- erstatter .....	9365	<b>a) Zweistufigkeit des Verwaltungsauf- baus in Schleswig-Holstein</b> .....	9367
Beschluss: Annahme der Drucksache 15/3476 .....	9365	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1644	
<b>Tätigkeitsbericht des Petitionsausschus- ses in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 2004</b> .....	9365	<b>b) Zweistufigkeit des Verwaltungsauf- baus in Schleswig-Holstein</b> .....	9367
Drucksache 15/3496		Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1565	
Gerhard Poppendiecker [SPD], Bericht- erstatter .....	9365	Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 15/3502	
Beschluss: Kenntnisnahme und Bestätigung der Erledigung der Petitionen .....	9366	Monika Schwalm [CDU], Bericht- statterin .....	9367
<b>Maßnahmen zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit</b> .....	9366	Heinz Maurus [CDU], zur Geschäfts- ordnung .....	9367
Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/3402		Beschluss: 1. Ablehnung Antrag Druck- sache 15/1644	

2. Kenntnisnahme des Berichts der Landesregierung, Drucksache 15/1565 9368

**Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“**

**Unterrichtung des Landtages über den Rahmenplan für das Jahr 2004** ..... 9368

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/3344

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses  
Drucksache 15/3508

Monika Schwalm [CDU], Berichterstatterin ..... 9368

Beschluss: Kenntnisnahme des Berichts der Landesregierung, Drucksache 15/3344 9368

**Wassertourismus in Schleswig-Holstein entwickeln und stärken** ..... 9368

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/2720

Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses  
Drucksache 15/3509

Roswitha Strauß [CDU], Berichterstatterin ..... 9368

Beschluss: Ablehnung des Antrages Drucksache 15/2720 ..... 9368

\* \* \* \*

**Regierungsbank:**

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Klaus Buß, Innenminister

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft

Dr. Ralf Stegner, Minister für Finanzen

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

\* \* \* \*

**Beginn: 10:02 Uhr**

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Guten Morgen, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die Sitzung.

Beurlaubt ist Herr Oppositionsführer Martin Kayenburg und wegen dienstlicher Verpflichtungen auf Bundesebene sind die Ministerinnen Frau Anne Lütke und Frau Dr. Brigitte Trauernicht-Jordan beurlaubt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 26 auf:

**Entwicklung und Stand der Kulturwirtschaft in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/3482

Ich erteile zunächst der Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur, Frau Ute Erdsiek-Rave, das Wort.

**Ute Erdsiek-Rave**, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kulturwirtschaft in Schleswig-Holstein, das steht für populäre Festivals wie SHMF oder Jazz Baltica, es steht für die Nordischen Filmtage, es steht für herausragende Museen von Haithabu und Gottorf bis zum Buddenbrook-Haus, das steht für erfolgreiche Kunstausstellungen, das steht für engagierte Musikstudios, steht für zahlreiche Buchhandlungen und Verlage, steht für Theater, Film- und Fernsehbetriebe, Denkmalpflege vom Prinzenhaus bis zum Fürstengarten in Gottorf. Ich könnte die Aufzählung beliebig fortsetzen.

Kunst entsteht durch Künstlerinnen und Künstler, aber Kultur, verstanden als Kultur von allen für alle, wird getragen von dieser Trias öffentliche Hand, private Wirtschaft und gemeinnützige Einrichtungen. Sie ist präsent im Land, materiell und ideell, um ihrer selbst willen als identitätsstiftendes Element für dieses Land, als Standortfaktor, aber eben auch als touristischer Magnet, als geschichtliches Erbe und als gegenwärtige kulturelle Leistung, als unverzichtbare Herausforderung und Bereicherung für uns alle, auch wenn dem einen oder anderen das vielleicht nicht ganz bewusst ist.

Doch wie - und diese Frage ist erlaubt und legitim - ist ihre unmittelbare Wirtschaftskraft, wie umfassend ist sie? Der vorliegende Bericht der Landesregierung über Entwicklung und Stand der Kulturwirtschaft in Schleswig-Holstein gibt darauf zum ersten Mal so umfassend wie möglich Antwort. Wir haben mit die-

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

sem **Kulturwirtschaftsbericht** Neuland betreten und können nun wirklich eine respektable Leistungsschau vorlegen. Der Bericht demonstriert im Detail, wie hoch der **Wirtschaftsfaktor Kultur** in den einzelnen Sparten tatsächlich ist, und er räumt auf diese Weise auch mit dem Verdacht auf, der in vielen Köpfen, auch Politikerköpfen, da ist, dass Kultur immer nur etwas kostet.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und FDP)

Laut Umsatzsteuerstatistik erzielte die **Kulturwirtschaft** zum Beispiel im Jahre 2001 in Schleswig-Holstein einen **Umsatz** von rund 3 Milliarden €. Spätestens hier müsste auch all denjenigen klar sein, die sich sonst nicht mit Kulturpolitik beschäftigen, den Finanzpolitikern, den Wirtschaftspolitikern, dass dies auch ein Thema für sie ist, meine Damen und Herren. Entgegen dem allgemeinen ökonomischen Trend sind die Zahlen stabil geblieben. Die Anzahl der in der Kulturwirtschaft **Beschäftigten** ist von 1998 bis 2002 in Schleswig-Holstein um fast 1.000 Personen auf nunmehr 28.700 gestiegen. Beides sind hocheifrliche Entwicklungen und beides belegt den hohen volkswirtschaftlichen Stellenwert der Kultur in einem sehr weiten Sinne, natürlich nicht beschränkt auf einzelne Sparten oder nur den Kulturtourismus.

Der Bericht verdeutlicht aber auch den Stellenwert von öffentlich geförderten Kultureinrichtungen für die **kulturelle Grundversorgung**. Er macht deutlich, welche Verantwortung Kommunen, Land und Bund haben, diese kulturelle Grundversorgung in Zukunft zu sichern, und zwar im Zusammenspiel mit der Privatwirtschaft und mit gemeinnützigen Einrichtungen. Ohne - das muss man ganz deutlich sagen - die öffentlich geförderte kulturelle Grundversorgung und Infrastruktur gibt es auch kein erfolgreiches privatwirtschaftliches kulturwirtschaftliches Handeln

(Beifall bei SPD und FDP)

und es gibt auch keine wirksame **ehrenamtliche Arbeit**.

Museen schaffen Wertsteigerungen von Bildern, Musikschulen entwickeln Nachfrage von Konzerten, öffentliche Förderung macht manchmal Sponsoring im großen Stil, etwa wie beim SHMF, überhaupt erst möglich. **Denkmalpflege** fordert und fördert kulturell orientierte Handwerksleistungen. Denken Sie nur an ein aktuelles Beispiel: die Herausforderung für die Maschinenbaumeister und Kunstschmiede, die den Gottorfer Globus wieder nachbauen.

Wir bilden also alle drei Bereiche ab, öffentliche Hand, Privatwirtschaft, gemeinnütziger Bereich, und wir können trotzdem nur einen Bereich der Kultur-

wirtschaft beschreiben. Aufgrund der statistischen Situation kommen nämlich wichtige Segmente überhaupt nicht vor oder können auch nicht vorkommen, und zwar der gesamte **gemeinnützige Sektor**, der von der Umsatzsteuerpflicht befreit ist und in der Statistik gar nicht auftaucht, ebenso die Zahl der in der öffentlichen Kulturverwaltung beschäftigten Beamtinnen und Beamten, und zwar nur deshalb, weil die keine Sozialabgaben zahlen, und die zahllosen Klein- und Nebenbetriebe, die weniger als 16.000 € Umsatz erzielen. Schließlich all die Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren und ihre Arbeitsleistung und ihre Kreativität einbringen.

Ich will an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich sagen, die Bedeutung von Ehrenamt, von ehrenamtlicher Arbeit und von bürgerschaftlichem Engagement im kulturellen Sektor wächst kontinuierlich. Das ist nicht ein Ersatz für öffentliche Leistungen - das will ich ganz deutlich sagen -, sondern das ist wirklich ein Interesse an der Sache, eine Leidenschaft auch für eine Sache, und dies ist eine gute Gelegenheit, sich dafür auch einmal zu bedanken.

(Beifall bei der SPD)

Ich will Ihnen dazu ein aktuelles Beispiel nennen. Beim Jüdischen Museum, das wir in die Stiftung Schloss Gottorf übernommen haben, sind die Besucherzahlen kontinuierlich angestiegen, fast von Monat zu Monat. Die Bewältigung dieses Besucherstroms wird inzwischen zu 90 % von ehrenamtlichen Kräften wahrgenommen. Das müssen Sie sich einmal vor Augen führen, das ist wirklich großartig.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei CDU und FDP)

Lassen Sie mich sagen: Um solche Kulturwirtschaftsberichte in Zukunft vernünftig fortzuschreiben und umfassend erstellen zu können, gibt es methodisch und statistisch noch viel zu tun. Bund und Länder bemühen sich derzeit um eine solche gemeinsame **Definition von Kulturwirtschaft** und die Grundlage für entsprechende Datenbanken. Diese länderübergreifende Verständigung markiert auch den nächsten Schritt. Damit wir in Schleswig-Holstein in Zukunft günstige Rahmenbedingungen schaffen können, setzen wir auf die Effekte eines verbesserten **Kulturmanagements**. Wir haben mit den Kulturverbänden als Konsequenz aus der Evaluierung der Kulturförderung, den Sie als Bericht im Grunde immer mit sehen müssen, Ziel- und Leistungsvereinbarungen abgeschlossen oder sind im Begriff dies zu tun. Dadurch entsteht Transparenz und Verlässlichkeit, übrigens auch für das Parlament.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

**(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)**

Dadurch können Überlappungen vermieden, Interessen abgeglichen werden, und in vielen Fällen vom Volkshochschulverband bis zum Sängerbund, vom Musikschulverband bis zum Landeskulturverband hat dies zu erheblich größerer Klarheit und zu erheblich größerer Akzeptanz bei den Betroffenen geführt. Wir haben außerdem für einzelne Einrichtungen wie bei der **Stiftung Gottorf** durch eine Überführung in eine gemeinnützige Stiftung mehr Selbstständigkeit und mehr Flexibilität geschaffen. Das wiederum hat zu einer beträchtlichen Erhöhung der **Eigenwirtschaftsquote** geführt. Mit der Stiftung Schloss Gottorf sind wir ganz aktuell dabei, ein Gesamtkonzept einschließlich neuer Marketingstrategien zu entwickeln, die diese Leuchtturmrichtung des Landes weiter nach vorn bringt.

Meine Damen und Herren, Kultur und Finanzen oder - so könnte man auch sagen, um eine Anleihe bei der Ringvorlesung bei der Uni Kiel zu machen - Geist und Geld gehören zusammen. Kultur ist eine zentrale Grundlage unserer Identität, sie schafft und stiftet Gemeinschaft und Zusammengehörigkeit in diesem Land.

Man kann aus diesem Bericht deutlich ablesen und mit Stolz sagen: Kultur ist ein wirtschaftlicher Faktor. Das Zusammenspiel von Staat, Wirtschaft, Gemeinnützigkeit und Bürgerschaftlichkeit wird erstmalig so umfassend beschrieben. Dieses Zusammenspiel muss sich auch in einer **Kulturpolitik** widerspiegeln, die auf Kultur für alle setzt. Deswegen danke ich allen Beteiligten herzlich für ihre Mit- und Zuarbeit. Ich danke dem Wirtschaftsministerium und dem Innenministerium. Beide Ministerien haben uns statistische Daten für Hamburg und Schleswig-Holstein geliefert. Die Autoren haben in der Kürze der Zeit wirklich Respektables geleistet. Dies gilt umso mehr, als sie dies mit Bordmitteln geleistet haben. Anders als in anderen Bundesländern haben sie niemanden beauftragt, sondern sie haben es wirklich selbst gemacht.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hinter diesem Bericht verbirgt sich im ganzen Land ein hohes Maß an Kreativität und Kompetenz. Es verbirgt sich ein wirklich reiches Kunst- und Kulturleben, das auch einen beträchtlichen **Wirtschafts- und Standortfaktor** hat. Ein reicher Kultursommer mit der Nord Art in Büdelsdorf, mit dem Jazz Baltica Festival, mit dem Schleswig-Holstein Musik Festival, mit dem Kultursommer und dem tschechischen Schwerpunkt und mit dem Literatursommer steht vor uns. Wir müssen all das in der Zukunft sichern und aufbauen. Dies muss nicht nur im politischen Rahmen geschehen, sondern auch durch

die vorhandene Nachfrage. Deswegen sind Sie alle herzlich aufgefordert, an diesen Kulturveranstaltungen teilzuhaben.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Auf der Tribüne begrüße ich jetzt unsere Gäste, und zwar Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte der Klaus-Harms-Schule, Kappeln. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich eröffne die Aussprache. Frau Abgeordnete Schwarz hat das Wort.

**Caroline Schwarz [CDU]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe eben etwas irritiert geguckt, weil ich den Wirtschaftsminister vermisste. War der auch entschuldigt?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Seit wann das denn?)

- Na ja, in diesem Fall vermisste ich ihn schon, weil der Kulturwirtschaftsbericht in anderen Ländern federführend vom Wirtschaftsministerium erarbeitet und vorgelegt wird. Vielleicht hat er ja dafür nicht so großes Interesse, was ich mir allerdings bei dem Elternhaus, aus dem er kommt, nicht vorstellen kann.

Erst einmal möchte ich mich sehr herzlich für den Bericht zur Entwicklung und zum Stand der Kulturwirtschaft in Schleswig-Holstein bedanken. Ich hätte mir den Bericht zugegebenermaßen etwas umfangreicher und aussagekräftiger gewünscht.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Seit März letzten Jahres stand ziemlich viel Zeit zur Verfügung. Frau Ministerin, ich hätte mir auch gewünscht, dass Sie vielleicht in einem kleinen Nebensatz erwähnt hätten, dass der Bericht nicht entstanden wäre, wenn nicht eine Initiative von der CDU ausgegangen wäre. Das wäre ein Zeichen von großer Souveränität gewesen.

(Zurufe)

Egal. Der Bericht, der jetzt vorliegt, ist immerhin ein Anfang. Deshalb möchte ich gleich vorschlagen, dass wir ihn den 1. Kulturwirtschaftsbericht für Schleswig-Holstein nennen. Aus Ihren Worten konnte ich etwas Ähnliches schon entnehmen. Das weitere folgen müssen, halte ich zwingend notwendig.

(Caroline Schwarz)

Im Frühjahr letzten Jahres, als ich für die CDU-Fraktion an dieser Stelle begründete, warum Schleswig-Holstein einen Kulturwirtschaftsbericht braucht, begann ich meine Rede mit der Feststellung, dass die Kulturwirtschaft in Schleswig-Holstein ein Schattendasein führt. Nach intensiver Lektüre des vorliegenden Berichts stelle ich nun fest, dass sie nicht nur ein Schattendasein in unserem Land führt, sondern dass sie bei uns vor allem noch in den Kinderschuhen steckt, und zwar in Kinderschuhen kleinster Größe. Das wird auch - etwas versteckt und verschämt - im Bericht zugegeben, der übrigens sehr ehrlich ist. Ganz am Anfang gibt es zum Beispiel Äußerungen:

„Immer mehr setzt sich die Überzeugung durch, dass die Kulturwirtschaft eine Zukunftsbranche ist, und im Europa des 21. Jahrhunderts ein maßgebliches Potenzial im internationalen Wettbewerb darstellen wird. ... Auch in Deutschland beginnt man, sich dieses Potenzials zu vergewissern. ... In Schleswig-Holstein jedoch wären Potenziale erst noch zu entwickeln.“

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Wenigstens haben wir noch welche!)

- Richtig, das ist schon mal nicht schlecht. Das ist schade. Dem, was ich ebenfalls in meiner Rede vom März letzten Jahres sagte, wird auch im Bericht nicht widersprochen. Ganz im Gegenteil! Dort steht nämlich: **Kultur** schafft Arbeit und Umsatz. Wenn das also stimmt, dann müssen wir langsam in die Puschen kommen, um Arbeit und Umsatz in diesem zukunftsrelevanten Bereich zu schaffen. In Sachen **Arbeit und Umsatz** hat sich nämlich im Berichtszeitraum 1998 bis 2002 kaum etwas getan. Die Anzahl der in der Kulturwirtschaft Beschäftigten hat sich zwar leicht nach oben bewegt, der Umsatz aber stagniert. Sie haben das gesagt.

Woran liegt das? Es liegt sicherlich an der eben zitierten Feststellung im Bericht, in Schleswig-Holstein wären Potenziale erst noch zu entwickeln. Dort liegt also noch etwas drin, was entwickelt werden muss. Andere Länder wie Bayern, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern haben uns gezeigt, wie man das macht, besonders im **Kulturtourismus**. Wir müssen uns gerade auf diesem Gebiet beeilen, denn der Kuchen ist schon ziemlich verteilt. Wenn wir hier nicht wirklich sofort riesengroße Anstrengungen machen, dann kommen wir zu spät und werden bestraft. Wir werden dadurch bestraft, dass die 4,9 Millionen kultureisenden Deutschen, von denen der Bericht spricht, die professionell aufgemachten Kulturangebote anderer Bundesländer bevorzugen und Schleswig-Holstein weiter in seinem Dornröschenschlaf

dahindämmert. Ich sage Dornröschen, weil auch Märchen Kultur sind.

Gott sei Dank gibt es ja im Handlungsfeld Kultur und Tourismus schon erste Aktivitäten, die in die richtige Richtung gehen. Da allerdings von Meilensteinen zu sprechen, die die Landesregierung hier gesetzt haben will, wie es auf Seite vier des Berichts steht, halte ich doch - mit Verlaub gesagt - für ziemlich übertrieben. Wenn es so wäre, warum hinkt Schleswig-Holstein dann so hinter Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Bayern hinterher? Die Vergleichszahlen stehen im Bericht.

Die Einsicht, dass

„im Wettbewerb der touristischen Angebote dem Kulturtourismus eine zunehmend stärkere Bedeutung zukommt“,

ist vorhanden, genauso wie die Tatsache, dass

„Schleswig-Holstein bislang kein typisches Kulturreiseland ist, das die Gäste bevorzugt wegen distinktiver Kulturangebote besuchen.“

Dabei haben wir genug von distinktiven Kulturangeboten, die wir alle - hoffentlich - kennen und die ich an dieser Stelle nicht einzeln aufzuzählen brauche.

Daher ist es ein hoffnungsvoller Ansatz, dass zusammen mit der Tourismusagentur und dem Landeskulturverband die **Kulturtouristische Marketinginitiative** ins Leben gerufen wurde, um Schleswig-Holstein professionell als Kulturreiseland zu vermarkten. Dazu gehört auch und ganz besonders, dass neue Märkte erschlossen werden. Die Ministerpräsidentin, die heute auch wieder unterwegs ist, reist genug in der Welt herum. Ich hätte sie jetzt gern angesprochen, aber sie ist nicht da. Hoffentlich klingeln ihr jetzt die Ohren. Frau Ministerpräsidentin, verkaufen Sie Schleswig-Holstein dort, wo Sie hinreisen. Sie reisen - wie gesagt - genug in der Welt herum. Frau Ministerpräsidentin, verkaufen Sie Schleswig-Holstein auch als **Kulturreiseland**. China ist zum Beispiel gerade für Kulturreisende ein riesengroßer Zukunftsmarkt. In diese Richtung zu arbeiten, ist übrigens leider nicht meine Idee, sondern der Vorschlag kommt vom Landeskulturverband. So verrückt sich der Vorschlag beim ersten Zuhören auch anhört, er ist einfach gut. Wir erobern jetzt China für die Kulturreisen! Leider wurde diese eben erwähnte kulturtouristische Marketinginitiative erst im letzten Jahr geboren, als im August das Kabinett auf Schloss Gottorf tagte und die kulturtouristischen Leitlinien verabschiedete. Spät - aber hoffentlich nicht zu spät - ist man regierungsseitig zur Einsicht gekommen, dass es

(Caroline Schwarz)

gilt, „dieses zurzeit noch geringe touristische Potenzial ... deutlich zu stärken.“

Zu dieser Einsicht sind die neuen Bundesländer Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern - wie gesagt - schon sehr viel früher gekommen. Große Chancen liegen auch in anderen Segmenten der Kulturwirtschaft, die schon jetzt gut dastehen und es weiterhin verdienen, gefördert und unterstützt zu werden. Ich möchte nur exemplarisch den Buch- und Literaturmarkt nennen, der mehr Menschen Arbeit bringt als der klassische Wirtschaftsbereich der Werftindustrie.

(Roswitha Strauß [CDU]: Das ist aber keine Entweder-oder-Frage!)

- Nein, es ist aber interessant, diesen Vergleich zu haben. Diese Aussage im Bericht war für mich neu und außerordentlich erfreulich. Nehmen wir den Musikmarkt, mit dessen Wirtschaftskraft Schleswig-Holstein immerhin nach den starken Musik- und Medienregionen Bayern, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg im Ländervergleich an achter Stelle liegt. Das ist wirklich respektabel! Neugierig gemacht hat mich die Schlussfolgerung im Bericht, zu der man nach einem Vergleich der Anzahl der Komponisten und Komponistinnen in unserem Land mit ihrem erzielten Umsatz kommt. Die Schlussfolgerung ist nämlich: Es müssen in Schleswig-Holstein ein paar Hitproduzenten leben, die offensichtlich sehr gut verdienen. Ich möchte sie gern kennen lernen. Wo sind sie?

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave: Das sage ich Ihnen!)

- Ist in Ordnung.

Im Bericht wird an verschiedenen Stellen mit unterschiedlichen Formulierungen auf eins ganz deutlich hingewiesen - Frau Ministerin, Sie haben das auch gesagt - und ich verstehe diese Hinweise fast als einen mahnenden Zeigefinger: Die **Förderung der öffentlichen Hand** ist für die Kulturwirtschaft überlebensnotwendig. Sie darf sich aus der Kulturförderung nicht immer mehr zurückziehen. So steht auf Seite 6:

„Ohne die traditionell von den öffentlichen Händen finanzierte kulturelle Grundversorgung und die damit verbundene kulturelle Infrastruktur kann eine private Kulturwirtschaft nicht entstehen, denn unternehmerisches Handeln in der Kulturwirtschaft setzt eine kulturelle Sozialisation voraus, um sich auf den entsprechenden Märkten zu behaupten. Die kulturwirtschaftlichen Märkte wie-

derum sind ihrerseits abhängig von einer kulturellen Infrastruktur.“

Was heißt das auf deutsch? - Geld der öffentlichen Hand muss immer da sein. Solche oder ähnliche deutliche Hinweise finden sich an mehreren Stellen im Bericht wieder. Zu Recht! Gerade in Zeiten leerer öffentlicher Kassen sollte die Erkenntnis für uns von großer Bedeutung sein, dass schon geringe Investitionen an der richtigen Stelle große **wirtschaftliche Effekte** erzielen können. Die Schlussfolgerung, die wir daraus ziehen müssen, ist: ohne öffentliche Förderung keine lebendige, erfolgreiche Kulturwirtschaft, keine Arbeitsplätze und kein Umsatz in dieser zukunftsorientierten Branche! Das sollten wir bei allem, was wir im Bereich Kultur beschließen oder auch nicht beschließen, immer bedenken.

Was hätte ein „**Haus der Geschichte**“ für Impulse in die Kulturwirtschaft hineingeben können!

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD] und Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wie wird Lübeck, wenn denn die Bewerbung zur Kulturhauptstadt Europas von Erfolg gekrönt sein wird, wirtschaftlich profitieren!

Bislang hat **Kultur** in der öffentlichen Wahrnehmung als **Wirtschaftsfaktor** kaum stattgefunden, höchstens als weicher Standortfaktor, mit dem man bestenfalls zusätzlich werben kann. Dass Kulturwirtschaft aber mehr ist, sehr viel mehr, dass Kultur einen Motor für Wachstum und Beschäftigung darstellt, neben seiner Bedeutung im **internationalen Standortwettbewerb** der Städte und Regionen, und dass daher die öffentliche Förderung notwendiger ist denn je, das zeigt der vorliegende sehr ehrliche Bericht eindeutig auf.

Ich bedanke mich noch einmal für den Bericht und beantrage die Überweisung an den Bildungsausschuss, mitberatend an den Wirtschaftsausschuss.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. von Hielmcrone das Wort.

**Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:**

Danke schön, für die korrekte Aussprache, Frau Präsidentin. - Meine Damen und Herren! Liebe Caroline, zunächst einmal herzlichen Dank dafür, dass du sei-



(Dr. Ulf von Hielmcrone)

nerzeit den Antrag gestellt hast. Ich stehe nicht an, mich dafür zu bedanken.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Nun zum Bericht! Wir alle wissen, **Kultur** ist ein so genannter **weicher Standortfaktor**. Da weich bekanntlich das Gegenteil von hart ist, soll das ja wohl bedeuten: Kultur ist eben kein harter Faktor, damit irgendwie unbedeutend und zu vernachlässigen, nicht belastbar, etwa im Gegensatz zum Faktor Verkehrsinfrastruktur. Aber dennoch ist jeder Euro, der in und mit der Kultur verdient wird, ein harter Euro wie jeder andere Euro auch. Die Frage ist nur: Wie viele Euros können verdient werden und wie viele werden verdient?

Hier gibt der Bericht über die Kulturwirtschaft Auskunft. Ich möchte mich zunächst bei all denjenigen bedanken, die diesen sehr sorgfältigen Bericht zusammengestellt haben. Er ist wirklich eine Fundgrube.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einige Fakten: Im Jahr 2001 arbeiteten in der **Kulturwirtschaft** 5.319 umsatzsteuerpflichtige **Personen**, die immerhin einen **Umsatz** von fast 3 Milliarden Euro tätigten. Insgesamt waren mehr Personen in der Kulturwirtschaft beschäftigt als beispielsweise in der Landwirtschaft, nämlich 29.000 zu 28.000. Es handelt es sich also nicht um Peanuts.

1,5 Milliarden € setzte der Literatur- und Büchermarkt mit 17.500 Beschäftigten um; 600.000 Besucher zählten die öffentlichen Mehrspartentheater inklusive der Konzerte und 120.000 Eintrittskarten wurden für das SHMF verkauft, bei einem Budget von 7,5 Millionen €. Auch die Karl-May-Festspiele in Bad Segeberg - darauf wollte ich heute Morgen unbedingt hinweisen, das habe ich hiermit jetzt getan -, sind ein wichtiger Faktor für diese Stadt. 4,5 Millionen Besucher besuchen unsere Museen, zehn Institutionen haben mehr als 100.000 Besucher jährlich und acht über 50.000 Besucher. Wenn man von den zusätzlichen Ausgaben von zehn Euro pro Besucher ausgeht - andere Schätzungen liegen höher -, ergibt sich ein Umsatzvolumen von 45.000 Millionen €.

Alles in allem stellt die Kulturwirtschaft einen beachtlichen Faktor der **schleswig-holsteinischen Wirtschaft** dar, ein weicher Faktor ist sie nicht. Es wird hartes Geld verdient, auch wenn Bereiche ohne staatliche Hilfe nicht auskommen können. Das ist eben die Injektion, die benötigt wird, um den Kulturbetrieb aufrechtzuerhalten.

Wir haben im Übrigen nicht die Kulturwirtschaft entdeckt, Nordrhein-Westfalen ist auf diesem Gebiet Vorreiter gewesen und das bezeichnenderweise, nachdem die alte Montanindustrie, das frühere Rückgrad zwischen Rhein und Ruhr, dramatisch an Bedeutung verlor.

Kultur und Wirtschaft führen uns aber zu einem weiteren Aspekt: Kultur und Tourismus. Der **Tourismus** ist ein anerkannt wichtiger Faktor in der Wirtschaft des Landes. Welche Rolle spielt die Kultur? Unser Land wird - so der Bericht - bei den Touristen durch die naturräumlichen Gegebenheiten wahrgenommen: Meer und Naturnähe. Das Kultursegment ist gering vertreten, nur 1,3 % aller Reisen in unser Land sind Kulturreisen und nur 0,4 % der Besucher reisen mit Kulturmotiv. Das ist allerdings erschütternd wenig und wäre nur dann zu verstehen, wenn es in unserem Land tatsächlich kein nennenswertes Kulturangebot gäbe. Aber: Wir haben Schlösser, Herrenhäuser, Kirchen, Dome, alte Städte, ein reiches literarisches Erbe und eine reiche Musiküberlieferung. Nur: Das ist uns allen nicht hinreichend bekannt, geschweige denn, dass wir es vermarkten.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Gabriele Kötschau [SPD] und Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Jahrzehntlang seit 1945 hieß es, dass sich in Schleswig-Holstein die Musen hinterm Knick oder hinterm Deich versteckten. Darauf war man hierzulande auch noch Stolz.

Kultur ist ein weicher Faktor. Wir selber wissen zu wenig über unsere Kultur, wir selbst tun zu wenig, wir, die gesamte Gesellschaft. Das ist nicht die Schuld der Regierung, das ist auch eine Schuld aller Beteiligten, unter anderem der Kommunen. Wir alle müssen selbstbewusster sein, was unsere Kultur angeht. Da liegt das Problem.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und es ist diese Regierung, die dieses kulturelle Erbe erschließen will und aufbereitet. Zwei Punkte sind wesentlich: Die **Potentiale** zu identifizieren, zu erschließen und sie bekannt zu machen und die Verbesserung der **Kooperation** von Tourismus und Kultur.

Im Jahr 2003 interessierten sich 12 % der Deutschen für eine Kulturreise, 2000 waren es nur 10 %. Offenbach werden die 68er kulturbeflissen. Davon kommen aber nur sehr wenige in unserem Land an. Bereits heute werden Themenreisen nachgefragt: Backsteingotik und Reisen zu den literarischen Städten: Storm, Lenz, die Manns, Grass oder zu den Expressionisten:

**(Dr. Ulf von Hielmcrone)**

Nolde, Barlach, das Barlachhaus in Wedel - auch darauf wollte ich heute hinweisen. Eine Kulturhauptstadt Lübeck wird weitere Impulse geben,

(Beifall der Abgeordneten Renate Gröpel [SPD])

auch wenn diese Stadt sich im Augenblick wohl eher als NATURA-Hauptstadt fühlen mag.

(Beifall des Abgeordneten Joachim Behm [FDP])

Warum aber keine Fahrten zu den Denkmälern der Renaissance: Wilster, Krempe, Gottorf, Husum, Seedorf; warum keine Reisen zu den Orten des Klassizismus und der Aufklärung: Quickborn, Neumünster, Emkendorf und Eutin? Oder warum machen wir unsere Verbindung zu Russland nicht bekannter: Kiel, Gottorf und andere Orte? Wer weiß, dass das Haus Romanow eigentliche Holstein-Gottorf-Romanow heißt?

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Viele!)

- Sie sind eine Ausnahme, Sie wissen alles, das weiß ich sowieso. Warum erschließen wir unser skandinavisches Erbe nicht, dass Wikingerland, dass Danewerk, unsere Verbindung zu England? Machen wir genug aus einer so einmaligen baulichen und religionsgeschichtlichen Stadt wie Friedrichstadt, die in Deutschland seines gleichen nicht hat? Wird es nicht endlich Zeit, dass wir Friedrichstadt zum Weltkulturerbe erklären?

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sind nur einige Beispiele von vielen auch grenzüberschreitenden Angeboten.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Lieber Herr Kubicki, ich möchte Ihnen was sagen: Hier mag das alles bekannt sein, aber ist das im Lande bekannt, wissen das die Kommunen, wissen das unsere Bürger? Sind wir nicht alle aufgerufen, hier die Kenntnisse weiter zu verbreiten und aufzufordern: Macht etwas aus eurer Kultur!

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Aber auch die Regierung!)

Es ist nicht nur unsere Aufgabe, Aufgabe der Regierung,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Aber auch der Regierung!)

es ist die Aufgabe aller Verantwortlichen im Land, vom Landtag bis zum Gemeinderat, hier Abhilfe zu schaffen. Es ist nicht nur Aufgabe der Regierung.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Aber auch!)

Tun wir doch nicht so, als ob die Regierung für alles verantwortlich ist, Morgen auch noch für das Wetter. Sie hätten das gern, aber das werden Sie auch nicht schaffen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier liegt also ein großes Betätigungsfeld vor uns, und zwar aus zwei Gründen: einmal im Sinne von mehr harten Euros, sprich Kultur als Tourismusfaktor, zum anderen ist Kultur aber auch identitätsstiftend. Kultur ist der Kitt, der die Gesellschaft zusammenhält. Denn nur durch eine ganz spezifische unterscheidbare Kultur kann sie sich definieren und geht nicht unter.

Liegt nicht dort die geheime Angst der gesamten Gesellschaft, dass andere Kulturen, die bei uns, in unser Haus eingezogen sind, stärker sind als wir und wir uns deswegen unsicher fühlen? Fehlt es bei uns nicht gerade an kulturellem Bewusstsein und fühlen wir uns deswegen insgeheim nicht jenen Gruppen unterlegen, die dieses Bewusstsein durchaus haben, sodass wir sogar Angst vor Kopftüchern haben?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wer ist denn jetzt „wir“?)

Das heißt, die Herausarbeitung und stärkere Betonung unserer eigenständigen Kultur - von Backsteindomen bis zum Ringreiten - stärkt unser Selbstbewusstsein und macht dieses Land auch im internationalen Wettbewerb stark.

**Kultur schafft Identität.** In England weiß man längst. Kulturelles Leben und Identität sind wesentliche Voraussetzungen, um den Wettbewerb zwischen den Städten und Ländern zu bestehen - auch was die Ansiedlung von Gewerbe betrifft.

Dem Satz im Bericht, immer mehr setze sich die Überzeugung durch, dass die Kulturwirtschaft eine Zukunftsbranche sei und im Europa des 21. Jahrhunderts ein maßgebliches Potenzial im internationalen Wettbewerb darstellen werde, ist allenfalls noch hinzuzufügen: Kultur ist alles andere als ein weicher Faktor, Kultur ist ein wahrhaft entscheidender Faktor. Und das ist eine Erkenntnis, die alle angeht - selbst Herrn Kubicki.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich möchte zunächst auf der Tribüne einen weiteren Gast begrüßen, und zwar Herrn Otto-Dietrich Steensen, den Vorsitzenden des Bauernverbandes. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Dr. Klug.

**Dr. Ekkehard Klug [FDP]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Aussprache über den Kulturwirtschaftsbericht ist eine Premiere. Erstmals wird der **Kultursektor** von der Landespolitik auch in seiner **wirtschaftlichen Bedeutung** wahrgenommen. Normalerweise pflege ich in solchen Debatten über Berichte der Landesregierung auf die rituelle Danksagung an die Mitarbeiter, die solche Berichte erstellen, zu verzichten. Heute möchte ich eine Ausnahme machen. Angesichts der sehr schwierigen Datenbasis, die den Ausgangspunkt dargestellt hat, ist hier eine beachtliche Leistung erbracht worden.

(Beifall bei der FDP)

Ich hoffe, dass dieser Bericht nicht umgehend in irgendwelchen Aktenordnern verschwindet, sondern dass er Anstöße für die weitere Arbeit gibt; ich komme nachher auf den einen oder anderen Punkt zurück.

Zunächst ein allgemeines Resümee: Mit rund 28.700 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verdient der Kultursektor auch hinsichtlich seiner ökonomischen Bedeutung für unser Land eine größere Beachtung, als er sie in der Vergangenheit gefunden hat.

Dabei haben die Autoren des Berichts mit ihrer Feststellung natürlich Recht, dass unser Land im Kulturwirtschaftsbereich nicht die große Rolle spielt, wie es bei den Zentren der deutschen Kulturwirtschaft wie Nordrhein-Westfalen, Berlin und München der Fall ist.

Zutreffend ist auch die Aussage, dass Potenziale in diesem Wirtschaftssektor hierzulande vielfach erst noch zu entwickeln seien. Gerade deshalb ist die Vorlage dieses Kulturwirtschaftsberichts zu begrüßen. Denn auf der Grundlage dieses Berichts kann man über die Entwicklung dieser Sparte der Wirtschaft nachdenken.

Es gibt freilich auch in unserem Bundesland Unternehmen, deren Name in der deutschen Kulturwirtschaft einen guten Klang hat. Jedes Mal, wenn ich in einem Buch die Zeile „Druck und Bindung: Clau-

sen & Bosse, Leck" lese, werde ich daran erinnert und solche Beispiele sind gewiss nicht nur deshalb erfreulich, weil sonst die allermeisten Leser kaum jemals etwas von Leck gehört hätten.

Sehr interessante Entwicklungschancen liegen in besonderem Maße im Bereich **Kulturwirtschaft und Tourismus**. Das wachsende Potenzial für Kulturreisen wird im Bericht erwähnt. Darüber hinaus nehmen viele Touristen im Rahmen eines „normalen“ Urlaubs auch kulturelle Angebote wahr, besuchen Konzerte, Ausstellungen und Einrichtungen wie das Multimar Wattforum in Tönning, das jährlich über 200.000 Besucher hat.

Öffentliche Mittel, die in solche Einrichtungen beziehungsweise in die erforderliche Infrastruktur investiert werden, haben deshalb nicht nur eine kulturpolitische, sondern eben auch eine wirtschaftspolitische Begründung.

Besonders erfreulich ist es natürlich dann, wenn solche Angebote auch Menschen von außerhalb unseres Landes anziehen. Das könnte zum Beispiel in Schleswig durch die Siedlungsrekonstruktion des Wikinger-Museums Haithabu

(Beifall)

und durch die Wiederherstellung des alten Gottorfer Barockgartens in Zukunft viel stärker als in der Vergangenheit der Fall sein. Gerade am übernächsten Wochenende, Herr Kollege von Hielmcrone, können Sie sich bei den Wikinger-Tagen in Haithabu persönlich davon überzeugen, dass in diesem Bereich einiges geschieht.

(Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]: Ich bin über die Aktivitäten in diesem Land ziemlich gut informiert!)

- Wunderbar. Sie haben nämlich vorhin gesagt, das finde nicht statt. Inzwischen greifen aber erste Aktivitäten.

Sobald man etwas zu bieten hat, was so andernorts nicht oder nur kaum zu finden ist, steigt die Chance, dass man damit eine Magnetwirkung auch für Menschen erzielt, die von außerhalb Schleswig-Holsteins zu uns kommen.

Meine Damen und Herren, in die einzelnen **Kultursparten** gibt der Bericht bemerkenswerte Einblicke. Er verschweigt auch nicht die zum Teil sehr schwierige Lage, in der sich heute etwa Selbstständige etwa im Bereich der Musik oder Kunstschaffende in der bildenden Kunst befinden.

Ich nenne eine Zahl von Seite 18. Demnach haben Selbstständige im Bereich der **Musik** ein durch-

**(Dr. Ekkehard Klug)**

schnittliches Jahreseinkommen von 10.280 €; diese Summe stagniert seit Mitte der 90er-Jahre. Dies ist sicherlich eine Zahl, die für die in diesem Bereich Tätigen keine sehr guten sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zum Ausdruck bringt.

Zur **bildenden Kunst**. Dass Schleswig-Holstein „ein schwieriger Kunstmarkt“ ist, wie in dem Bericht festgestellt wird, ist zutreffend. Bei wenigen privaten Großsammlern und Museen, die über nicht allzu großartige Ankaufetats verfügen, ist der Kreis der potenziellen Käufer bildender Kunst in diesem Land begrenzt.

Gleichwohl sollte man die Frage stellen, ob man nicht durch öffentliche und private Initiativen den Käuferkreis ein wenig vergrößern könnte. Vor einigen Monaten hat Michael Legband mit seiner Initiative „Farbige Debatten - Realisten im Parlament“ unter anderem dafür gesorgt, dass hier in diesem Hause auf einen Schlag mehr Bilder gekauft worden sind als je zuvor.

(Beifall bei der FDP sowie der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich denke, man sollte überlegen, wie man neben den beiden „Großkunden“, die der Kulturwirtschaftsbericht nennt - den privaten Großsammlern auf der einen Seite und den öffentlichen Auftraggebern beziehungsweise Käufern auf der anderen Seite -, auch noch hier und da ein breiteres Interesse bei einer privaten Käuferschicht - Privatpersonen, Selbstständigen oder kleineren Firmen, also quasi den potenziellen „Otto Normalverbrauchern“ eines hierzulande eher unterentwickelten Kunstmarktes - wecken könnte.

Es sollte nicht unerwähnt bleiben, dass Umsätze, Mitarbeiter- und Besucherzahlen in vielen Bereichen der Kulturwirtschaft in letzter Zeit rückläufig sind. Das ist sicherlich im Wesentlichen eine Folge der allgemein sehr schlechten Wirtschaftsentwicklung in Deutschland. Das Geld sitzt auch bei den Kinobesuchern - um nur ein Beispiel zu nennen - nicht mehr so locker wie früher. Davon sind die Medien ebenso betroffen wie der Musikmarkt. Bei den Theatern haben wir im Lande in den letzten zehn Jahren einen Rückgang von 620.000 auf 540.000 Theaterbesucher pro Jahr zu verzeichnen.

All dies ist meiner Meinung nach Ausdruck einer schwierigen wirtschaftlichen Entwicklung und es gibt nur in einzelnen Bereichen Umschichtungen. Ich nenne den Boom im Bereich der **Konzert- oder Theaterveranstalter**. Das hängt wohl damit zusammen, dass in diesem Bereich in den letzten Jahren eine Hinwendung zu den Theater- und Konzertevents er-

folgt ist. Aber beim „normalen“ Theater- und Konzertbesuch - beispielsweise beim Abonnement - verzeichnen wir rückläufige Zahlen. Es gibt also Umschichtungen in der Nachfrage.

Alles in allem möchte ich feststellen, dass wir im letzten Jahr gemeinsam eine richtige Entscheidung getroffen haben, als wir erstmals für unser Land einen Kulturwirtschaftsbericht in Auftrag gegeben haben. Wie der Bericht zeigt, hat Schleswig-Holstein in diesem Sektor manches vorzuweisen, was in der Öffentlichkeit bisweilen noch nicht hinreichend Beachtung gefunden hat. Es gibt weitere Potenziale, die man im erfreulicherweise synchron schwimmenden Interesse von Kultur und Wirtschaft noch entwickeln kann.

Es gibt aber auch Probleme, die durch diesen Bericht offen angesprochen werden, ohne dass gleich eine Lösung oder Abhilfe greifbar erscheint. Es gibt für alle, die den Kulturstandort Schleswig-Holstein voranbringen wollen, Stoff zum Nachdenken.

Eines ist jedenfalls klar: Kultur wirbt für Schleswig-Holstein. Das reicht von Thomas Mann, der selbstredend vor allem von den Lübeckern in Anspruch genommen werden kann, bis hin zur „leichteren Muse“. Manchmal stößt man ganz unerwartet auf einen Fund. In einem der Bücher von John le Carré, „Der heimliche Gefährte“, „The Secret Pilgrim“, 1990, kehrt ein Engländer nach längerer Zeit nach Hamburg zurück, vergegenwärtigt sich dessen Eigenart und Attraktionen und wechselt dann in Gedanken schnurstracks weiter nach Norden:

„Und vor unseren Toren lag das schweigsame Tiefland Schleswig-Holsteins mit seinen flach peitschenden Regenschürmen, roten Bauernhöfen, grünen Äckern und wolkenverhangenen Himmeln. Jeder Mann hat seinen Preis. Bis zum heutigen Tag verkaufe ich meine Seele für einen Krug Lübecker Bier, einen Bismarck-Hering und ein Glas Schnaps nach einem Marsch über die Deiche.“

(Beifall)

So viel Enthusiasmus hätte ich einem Engländer gar nicht zugetraut. Das mit dem Lübecker Bier habe ich nicht ganz verstanden. Aber die Vorfahren der Engländer stammen ja zum Teil aus dieser Gegend. Vielleicht ist das einer der Gründe für die bei John le Carré zum Ausdruck kommende Sympathie für unser Land. Vielleicht werden manche Leser dadurch stärker animiert, einmal nach Schleswig-Holstein zu

(Dr. Ekkehard Klug)

fahren, als durch die Werbematerialien des Nordsee-Bäderverbandes.

(Beifall bei FDP, CDU und vereinzelt bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile der Frau Abgeordneten Birk das Wort.

**Angelika Birk** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wünsche der Kultur tatsächlich mehr Aufmerksamkeit und freue mich, dass die Ministerpräsidentin und der Wirtschaftsminister nun anwesend sind. Denn wir stehen vor einem Paradigmenwechsel. Was die Ökologiedebatte in den 70er- und 80er-Jahren war, wird die **Kulturdebatte** zu Beginn des neuen Jahrtausends sein. Weltweit ist Kultur der Winning Factor, aber er kann auch ein Losing Factor werden: Globalisierung, Vereinheitlichung von Baustilen bis Musikstilen und Habitus des Essens sind die eine Seite, auf der anderen Seite die Rückbesinnung auf ein vielfältiges kulturelles Erbe und die Durchmischung und neue Kreativität, indem sich beispielsweise afrikanische Musik mit moderner Popkultur vermischt. In diesem turbulenten Wechsel könnte sich Europa und in Europa Schleswig-Holstein selbstbewusst behaupten, wenn denn die Akteure wissen, was sie haben.

Insofern begrüße ich die Initiative der CDU sehr, dass wir erstmalig versuchen, mit den mageren Zahlen, die der Volkswirtschaft hierzu bisher vorliegen, einen **Kulturwirtschaftsbericht** für unser Land zu machen.

Der Ostseeraum hat eine einmalige Chance, Landschaft, städtebauliches Erbe, musikalische und künstlerische Kulturtradition vom Kunsthandwerk bis hin zu Literatur als Gesamtes zu entdecken und zu vermarkten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schleswig-Holstein, das in der Ostseezusammenarbeit bisher eine führende Rolle gespielt hat, könnte sich auch hier als Motor erweisen. Deshalb meine ausdrückliche Ermutigung an das Kultur- und Wirtschaftsressort, hier zusammenzuarbeiten.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Caroline Schwarz [CDU])

Die statistischen Daten sind deswegen so mangelhaft, weil es überhaupt keine kulturspezifische Aufbereitung in den Grundlagen der Statistischen Landesämter oder in anderen Bundesämtern gibt. Es ist gut, dass

die Kultusministerkonferenz hier Abhilfe schaffen will.

Frau Erdsiek-Rave, ich finde allerdings, dass der Ansatz, nur rein wirtschaftliche Betriebe in die Statistik aufzunehmen, verkürzt ist. Denn gerade das Verdienst Ihres Berichtes ist es, deutlich zu machen, dass die Trias, die Sie selber erwähnt haben, gemeinschaftliches Wirken von Gemeinnützigkeit, öffentlicher Hand und kommerziellem Handeln, der **Erfolgsfaktor** der Kultur ist. Wenn man die volkswirtschaftliche Grundlage, den Input von ehrenamtlichem, gemeinwirtschaftlichem oder öffentlichem Engagement, in der Betrachtung weglässt, kommt eine Schiefelage heraus, die den zerstörerischen Charakter in Wirtschaftsentscheidungen fördert, den wir bei einer gewissen Einheitsbreikultur immer wieder beklagen.

Das **Schleswig-Holstein Musik Festival** ist ein Beispiel für eine gelungene Balance. Alle, die mitspielen, müssen in der Balance bleiben. Wie schwierig das ist, hat die Ministerpräsidentin manches Mal erfahren müssen, wenn sie bei Streithähnen schlichten musste. Dass ihr das immer so gut gelungen ist und dass das Schleswig-Holstein Musik Festival auf einem guten Weg ist, ist erfolgreiches kulturelles und wirtschaftliches Regierungshandeln.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Helmut Plüschau [SPD])

Frau Erdsiek-Rave, ich möchte an dieser Stelle doch einen kritischen Einwand machen. Ich hätte mir gewünscht, als zweites auch international durchaus ansehenswertes Fenster der schleswig-holsteinischen kulturwirtschaftlichen Szene die **Nordischen Filmtage** zu finden, mit 16.000 Besucherinnen und Besuchern an vier Tagen, mit 46 Jahren das zweitälteste Filmfestival Deutschlands, Tür der skandinavischen Filme und der skandinavischen Filmwirtschaft für ganz Europa. Hier werden die neuesten Filme aus Nordeuropa in Deutschland gezeigt. Das wird auch honoriert. Wir haben Akkreditierungen von Fachjournalisten und Produzenten aus vielen Ländern. Die Zahl mehrt sich. Wir haben eine große Nachfrage des Publikums; die Veranstaltungen sind immer ausverkauft. Immerhin ein Viertel der Einnahmen wird allein durch das Publikum getragen. Das ist etwa genausoviel, wie der NDR dazugibt.

Auch an dieser Stelle muss ich von der Balance sprechen. Auch wenn der NDR angesichts einer relativ mageren **Film- und Medienwirtschaft**, die wir nun einmal im Norden im Vergleich zu Zentren wie München und Hamburg haben, so etwas wie ein Karpfen im Teich ist und wir keine größeren Fische vorzuwei-

(Angelika Birk)

sen haben, also auch keine Haie, tut der NDR gut daran, nicht so zu tun, als sei er ein Hai, sondern Leben und leben lassen, fördern im Sinne von Dienstleistung, aber nicht im Sinne von Dominanz, ist hier das Gebot der Stunde.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch hier ist die Balance zwischen dem Engagement von Ehrenamtlichen, Sponsoren und vielen anderen wichtig, die beispielsweise zu dem schleswig-holsteinischen Filmfestival beitragen. Wenn wir das erhalten wollen, darf nicht ein Einzelner dominieren.

Nun komme ich auf ein Sorgenkind zu sprechen, das sich auch im Wirtschaftsteil niederschlägt, und das ist das Thema **Theater**. Eigentlich ist es kein Sorgenkind, denn Schleswig-Holstein, insbesondere die kreisfreien und Traditionsstädte, verfügt über eine sehr lebendige freie Theaterszene, die gerade trotz der wirtschaftlich schwierigen Lage in den letzten Jahren noch einige neue Gruppen hinzugewonnen hat, die im Kulturbericht zum Teil gar nicht auftauchen. Zum Beispiel wird das Theater Combinale nicht erwähnt, ein langjähriges, freies Theater in Lübeck, das fast immer ausverkauft ist, und das nicht etwa mit Klammauk, sondern mit anspruchsvollen Stücken wie beispielsweise den Vagina-Monologen oder Improvisationstheatern, die auch von anderswoher eingeladen werden, weil sie hier ein Publikum finden.

Obwohl wir die freie Profittheaterszene nur ganz mager öffentlich fördern - weder Kommune noch Land können sich hier im Vergleich zu anderen Bundesländern mit Ruhm bekleckern -, haben wir hier ein großes Engagement und einen großen Erfolg, wenn natürlich auch auf kleinteiligem Niveau.

Aber insbesondere die drei hoch subventionierten Theater, das Landestheater und die Theater in Lübeck und Kiel, stehen in Schwierigkeiten. Etwa 11,5 % ihrer Einnahmen werden durch das Publikum gedeckt. Von meiner Stelle ist ein Lob an das Kultusministerium auszusprechen, das gerade beim Landestheater in den letzten Wochen segensreich gewirkt hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist aber auch ein Lob an diejenigen auszusprechen, die dort arbeiten, weil sie auf Gehalt verzichten, um die Theater zu retten. Ich denke, in Lübeck haben wir einen ähnlichen Prozess vor uns.

An dieser Stelle gilt es, kulturpolitisch und wirtschaftspolitisch genau zu analysieren, was da los ist. Die Theater sind bundesweit in einer Krise, auf der anderen Seite gibt es kein Land, das so dicht wie Deutschland mit Theatern bestückt ist und das auch

weltweit so wichtige Impulse in die Theaterlandschaft gibt wie Deutschland. Es ist die Frage: Was wollen wir in der Zukunft? Wollen wir das alles in den nächsten Jahren platt machen, weil es sich im engeren Sinne nicht rechnet, oder kommen wir zu kreativeren Formen der Förderung, die die freie Theaterszene und die staatlich subventionierte auf andere Weise miteinander vernetzen, als das bisher der Fall ist? Ich finde diese Debatte auch gerade aus Anlass eines solchen Kulturwirtschaftsberichtes lohnend und spannend.

Auffällig ist auch, dass sich die **Soziokultur** in den letzten zehn Jahren - seit 1995 liegen Zahlen vor - sowohl in der Subventionierung von 4 Millionen auf 2 Millionen als auch im Publikum, in der Nachfrage halbiert hat. Auch hier müssen wir darüber nachdenken, was da los ist. Dafür sind solche Wirtschaftszahlen interessant.

Eine Erfolgsstory ist die **Museumslandschaft**. Das Meereszentrum Burg auf Fehmarn mit 400.000 Besucherinnen und Besuchern und das Sea-Life-Centre in Timmendorf mit 300.000 Besucherinnen und Besuchern sind zwar nicht gerade das, was wir uns als gestandene Kulturpolitiker als die Highlights unseres Landes vorstellen, faktisch sind sie aber genau dies. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Als Drittes folgt dann das Multimar Wattforum, das uns, da wir es ja auch stark öffentlich fördern, schon eher im Gedächtnis ist.

Wir müssen uns auch hier fragen: Wohin geht die Museumslandschaft? Damit komme ich noch einmal auf die Balance von Gemeinnützigkeit, staatlicher Förderung und wirtschaftlichem Erfolg zu sprechen. Wir haben beispielsweise das Buddenbrook-Haus, das mit sehr hohem finanziellem Engagement sehr schön renoviert worden ist. Auch eine Reihe EU- und anderer Gelder sind dorthin geflossen. Dieses Buddenbrook-Haus mit teuren Eintrittsgeldern, mit einem anspruchsvollen Kulturprogramm ist sehr nachgefragt. Die Interessentenzahl ist stabil. Immerhin 60.000 besuchen es jährlich.

Die Phänomenta wird nicht öffentlich gefördert und ist - auch hier sage ich -: unter den Nichtfachleuten kaum bekannt. Sie hat aus eigener Kraft und nur mit dem Hintergrund der Hochschule 70.000 Besucherinnen und Besucher angezogen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
SPD, CDU und SSW)

Das muss man einmal ins Verhältnis zueinander setzen. Ich sage das an dieser Stelle, weil wir vor einer

(Angelika Birk)

wichtigen Entscheidung stehen, die für unser Land kulturwirtschaftlich bedeutsam sein kann: Was soll ein zukünftiges **Science Center** bringen? Wie soll es aussehen? Wie wirkt es sich auf die schon vorhandenen Institutionen, deren hohe Besucherzahlen ich gerade genannt habe, aus? Wir sind gut beraten, uns nicht vorgaukeln zu lassen, dass uns allein ein chices Science Center mit großen technischen Geräten, wie es momentan en vogue ist, nachhaltigen Kulturerfolg bringt. Wenn wir die Einmaligkeit und das Besondere unseres Landes fördern wollen, müssen wir mit allen, die hierzu etwas beitragen wollen, darüber verhandeln, was der spezifische Beitrag eines solchen Science Centers in Schleswig-Holstein und im Ostseeraum sein soll, wie die Reinvestition gestaltet wird, welches Publikum erreicht werden und mit welchen Methoden es angesprochen werden soll.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich möchte an dieser Stelle wieder mit einem Lob an Lübeck enden. Sie werden es mir verzeihen. Lübecks **Kirchen** sind im Augenblick baulich umzurüsten. Die sieben Türme sind alle baufällig. Die Kirche hat kein Geld. Sie ist übrigens in dem Bericht als Wirtschaftsfaktor etwas unterbelichtet. Die Kirche ist natürlich mit ihren Baudenkmalern auch ein kulturwirtschaftlicher Faktor. Ich bin froh, dass wir noch nicht so weit sind zu sagen, es müsse überall in den Kirchen Eintritt genommen werden.

(Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Frau Abgeordnete, bitte kommen Sie zum Schluss.

**Angelika Birk** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich komme zu meinem letzten Satz. - Die Kirchen in Lübeck haben sich an die Bevölkerung gewandt. Die Bevölkerung, Groß und Klein, auch jene, die mit dem Christentum im engeren Sinne gar nichts zu tun haben, sammeln, um diese Kirchen zu erhalten.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Diese Form von Kulturverständnis gilt es zu bewahren und zu mehren und auch an die jüngere Generation weiterzugeben. Für eine solche kulturelle Leidenschaft müsste auch ein Science Center eintreten.

(Lebhafter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und vereinzelt bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

**Anke Spoorendonk** [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Endlich liegt er vor, der Bericht zur Kulturwirtschaft, könnte man fast geneigt sein zu sagen. Doch zum Glück hat sich das Warten gelohnt. Dafür danke ich im Namen des SSW dem federführenden Kulturministerium und all denen, die gedacht, formuliert und geschrieben haben. Sie haben aus unserer Sicht wirklich gute Arbeit geleistet.

(Beifall bei der Abgeordneten Silke Hinrichsen [SSW] und Rolf Fischer [SPD])

Auch möchte ich mich bei der Kollegin Schwarz dafür bedanken, dass sie den vorliegenden Bericht initiiert hat.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Denn trotz der viel besungenen Kulturhoheit der Länder gehören Kulturdebatten - Caroline, wir wissen es beide - nicht gerade zu den Bestsellern in diesem hohen Hause. Das ist nicht nur „Sünde“ für uns, wie wir in Flensburg sagen,

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen  
[SPD])

sondern es wird auch in viel zu vielen Zusammenhängen ausgeklammert. Dadurch wird auch ausgeklammert, dass sich der **Kultursektor** zu einer echten **Querschnittsaufgabe** entwickelt hat.

Mit diesem ersten schleswig-holsteinischen Kulturwirtschaftsbericht reihen wir uns in eine Reihe von Bundesländern ein, die immer länger wird. In Nordrhein-Westfalen werden bekanntlich seit über zehn Jahren in regelmäßigen Abständen Kulturwirtschaftsberichte erstellt. Mittlerweile gibt es ähnliche Berichte unter anderem in Hessen, Baden-Württemberg, Berlin und Sachsen-Anhalt. Dort, habe ich gelesen, hat man sich vor ein paar Jahren seinen ersten Kulturwirtschaftsbericht sogar mit EU-Fördermitteln finanzieren lassen. Das wäre vielleicht auch eine Idee.

Dass die Erstellung dieser **Bestandsaufnahme** nicht gerade leicht war, können wir in dem Bericht nachlesen. Problematisch ist es zum Beispiel, dass es keine Statistik in Schleswig-Holstein gibt, die sich direkt mit der **Kulturwirtschaft** beschäftigt. Ein weiteres Problem ist die fehlende eindeutige Definition des Begriffs „Kulturwirtschaft“. Um hiermit weiterzukommen, gibt es seit Anfang des Jahres eine län-

**(Anke Spoorendonk)**

derübergreifende Arbeitsgruppe, die sich auf eine inhaltliche Abgrenzung dieses Bereiches verständigen soll. Angestrebt wird außerdem der Aufbau einer kostengünstigen Datenbanklösung, um die Vergleichbarkeit der Daten zu erreichen. Das begrüßen wir ausdrücklich, da es unserer Meinung nach auch in Schleswig-Holstein von Interesse ist, künftig Informationen über die Kulturwirtschaft in unserem Lande präziser und schneller abfragen zu können.

Zu Recht wird in den Vorbemerkungen des Berichts auf die **Komplexität** des Themas aufmerksam gemacht. Dazu gehören auch die Ausführungen über die Verzahnung der öffentlich finanzierten kulturellen Grundversorgung mit der privat finanzierten Kulturwirtschaft. Soll heißen, dass die Nachfrage nach Kultur eine kulturelle Sozialisation voraussetzt, die, gesellschaftspolitisch betrachtet, ganz andere Ziele verfolgt, als den Kulturkonsum zu fördern. Ich denke, entscheidend ist dabei eher, dass Kultur identitätsstiftend wirkt. Dennoch muss Kulturpolitik zur Kenntnis nehmen, dass Kulturproduktion mehr und mehr von den Marktprinzipien der Kulturwirtschaft gesteuert wird, dass privatwirtschaftlich organisierte Formen der Kulturarbeit ständig an Gewicht gewinnen, dass sich die Kulturlandschaft gerade im Spannungsfeld von „öffentlich“ und „privat“ dynamisch verändert. Dafür ist ja dieser erste Kulturwirtschaftsbericht ein Beleg.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es würde jetzt zu weit führen, auf viele Einzelheiten des Berichts einzugehen. Ein paar Bemerkungen hierzu möchte ich dennoch machen.

Der **Musikmarkt** scheint bundesweit ein Wachstumsmarkt zu sein. So steigen nicht nur die Besucherzahlen von Live-Musikveranstaltungen, auch der Umsatz von Tonträgern steigt. Deutschland ist damit der viertgrößte Markt weltweit und der zweitgrößte Markt in Europa. Der schleswig-holsteinische Musikmarkt liegt, an der Wirtschaftskraft gemessen, im Ländervergleich an achter Stelle, wobei wir wieder vor der Frage stehen, ob unser Glas nun halb voll oder halb leer ist. Dass es schwierig sein könnte, die Musikwirtschaft zu stärken, geht auch aus dem Bericht hervor. Das hängt vielleicht auch damit zusammen, dass die Anzahl der Selbstständigen von 1995 bis 2002 um 50 % gestiegen ist, dass sich die durchschnittlichen Jahreseinkommen in dieser Zeit jedoch nicht geändert haben. Diese Beobachtung hat der Kollege Klug ja ebenfalls gemacht.

Wenige Chancen räumt der Bericht dem schleswig-holsteinischen **Kunstmarkt** ein. Konkret heißt es auf Seite 25, dass unser Land ein schwieriger Kunstmarkt sei. Für mich stellt sich die Frage, ob wir politisch

dazu beitragen können, die Rahmenbedingungen so zu ändern, dass dieser Markt weniger schwierig wird. Ich weiß nicht, ob dies möglich sein wird, aber ich denke, eine Diskussion darüber im Ausschuss ist schon angebracht.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In den Abschnitten über **Kulturverwaltung** und **Kulturmanagement** wird hervorgehoben, dass auch die kulturellen Verbände der Minderheiten eine Rolle spielen. Das kann ich natürlich ohne weiteres bestätigen, denn einerseits definieren sich die nationalen Minderheiten in erster Linie über ihre Sprach- und Kulturarbeit, andererseits entsteht dadurch auch ein kultureller Markt, der wiederum zu einem vielfältigen Veranstaltungs- und Kulturmanagement führt. Das Gleiche gilt für den Bereich der Soziokultur, in dem das „Aktivitetshuset“ in Flensburg schon längst einen etablierten Platz einnimmt.

Der Bericht belegt, dass auch die Rolle der Museen und Sammlungen in der Kulturwirtschaft in den letzten Jahren stetig zugenommen hat. So stieg die Anzahl der Museen von 1995 bis 2003 von 173 auf 258 an. Das ist ein Anstieg von knapp 50 %, wobei die Museen trotz oder gerade wegen knapper öffentlicher Kassen in der Beschaffung von Geldern immer erfindungsreicher geworden sind.

Ich kann nur empfehlen, sich einmal mit der Leitung des Archäologischen Landesmuseums zusammenzusetzen und sich genau dies erklären zu lassen. Es ist schon beachtlich, was man dort erreicht hat. Wenn davon gesprochen wird, dass man jetzt die Wikingersiedlung aufbauen will: Lieber Kollege Hentschel, das läuft bereits. Hier ist ganz viel im Gange.

Das wirtschaftliche Bewusstsein der Betreiber und auch ihr Talent im Einwerben von Drittmitteln hat somit eine Aufwertung erfahren. Daher stimmen wir mit dem Bericht überein, wenn dort steht, dass gerade die **touristische Relevanz** der Museen und vor allem auch die der kleinen Häuser künftig mehr Beachtung finden muss. Konkret heißt das für den SSW, dass wir uns zusammen mit anderen darum bemühen, das Museum am Dannewerk zu stärken. Denn das Dannewerk hat nicht nur in der deutsch-dänischen Geschichte eine ganz wichtige Rolle gespielt, sondern es stellt auch das größte Kulturdenkmal Nordeuropas aus der Wikingerzeit dar. Hier gibt es noch etwas zu tun.

(Beifall bei SSW und CDU)

Insgesamt sollte der Abschnitt über die Bedeutung des Kulturtourismus für Schleswig-Holstein in der



(Anke Spoorendonk)

Ausschussberatung eine zentrale Rolle spielen. Dabei sollten uns folgende Aussagen zu denken geben: Von den circa 2,6 Millionen Urlaubsreisen nach Schleswig-Holstein fallen nur etwa 1,7 % in diese Kategorie, das heißt in die Kategorie der Kulturreisen. Es gilt dieses zurzeit noch geringe **touristische Potenzial** durch eine verstärkte Öffnung kultureller Einrichtungen und Veranstaltungen für die touristische Vermarktung deutlich zu stärken. Dass dieses durchaus möglich ist, zeigt aus Sicht des SSW die Entwicklung des Schleswig-Holstein Musik Festivals. Auch das, was die Kollegin Birk vorhin über die Phänomene gesagt hat, können wir voll unterstreichen. Auch das ist Kulturwirtschaft und nicht allein Ausstellung und Bildung.

(Beifall der Abgeordneten ten Frauke Tengler [CDU])

Ein anderes Zitat, das mir gut gefiel, will ich auch noch bringen, weil auch das zeigt, wohin die Reise gehen sollte: Qualifizierte große und kleine **Museen** in den Urlaubsregionen sind Sympathieträger; sie vermitteln den Gästen die Identität und Alleinstellung unseres Landes. Museen tragen so zur tieferen Kenntnis der Urlaubslandschaft bei und begünstigen Wiederholungsbesuche in Schleswig-Holstein. Mit anderen Worten: Es gilt das kulturwirtschaftliche Bewusstsein in unserem Land zu schärfen und zu fördern; denn Schleswig-Holsteins Stärke ist eine vielfältige Kulturlandschaft.

Wie ich eingangs hervorhob, begrüßen wir den Bericht nicht zuletzt auch deswegen, weil er offen darlegt - es ist wirklich ein redlicher Bericht -, wie schwierig es im Grunde ist, einen soliden Kulturwirtschaftsbericht zu schreiben. Dennoch gibt es eine ganze Reihe von Anregungen, die - ich sagte es bereits - im Ausschuss debattiert werden sollten. Dazu gehört auch die große Problemstellung der Förderung. Im Bericht wird gesagt, dass wir keine gesonderten **Förderinstrumente** für die Kulturwirtschaft brauchen. Dennoch müssen wir uns damit kritisch auseinandersetzen. Wir können vielleicht auch überlegen, ob wir nicht einen Förderwettbewerb für Unternehmensgründungen im Bereich der Kulturwirtschaft initiieren wollen. Wir müssen auf jeden Fall sehen, ob die Fördermöglichkeiten transparent genug für diejenigen sind, die im Bereich Kulturwirtschaft tätig werden wollen.

Also: Es gibt noch viel zu tun. Die Konklusion sollte frei nach Karl Valentin lauten: Kultur ist schön, macht aber viel Arbeit. Ich könnte hinzufügen: Sie schafft aber auch viel Arbeit.

(Beifall bei SSW und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung dem Bildungsausschuss und dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Ich schlage vor: zur abschließenden Beratung. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 28 auf:

**Energiebericht 2004**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/3493

Ich erteile der Ministerpräsidentin, Frau Heide Simonis, das Wort.

**Heide Simonis, Ministerpräsidentin:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung hat sich im Jahr 1995 verpflichtet, dem Landtag jeweils in der Legislaturperiode einen **Energiebericht** vorzulegen. Heute liegt Ihnen also der dritte Energiebericht vor. Ich nehme das Ergebnis vorweg. Er führt die energiepolitische Erfolgsgeschichte des Landes fort.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Mit der Regierungsübernahme 1988 hatten wir uns zwei wichtige Ziele gesetzt: erstens den Ausstieg aus der Kernenergie - dies verfolgt die Landesregierung sehr konsequent und im Einverständnis mit der Mehrheit der Bevölkerung -

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

und zweitens den Aufbau einer rationellen Energieverwendung. Der Ausstieg aus der Kernenergie ist in nachvollziehbaren Schritten auf den Weg gebracht. Mit der Novelle zum Atomgesetz vom April 2002 sind nach langwierigen Diskussionen zwischen allen Beteiligten Restlaufzeiten gesetzlich normiert. Hier erwarten wir, dass die Kernkraftwerke Brunsbüttel, Krümmel und Brokdorf in den Jahren 2009, 2016 und 2018 vom Netz gehen. Die Landesregierung hält am geordneten **Ausstieg aus der Atomenergie** fest.

Zugleich haben wir seit 1988 konsequent eine **rationelle Energieversorgung** aufgebaut. Diese haben wir auf drei Säulen gestellt: Energieeinsparung, Erhöhung der Effizienz bei der Energieumwandlung und Schwerpunkt der erneuerbaren Energien, insbesondere Wind. Oder bildlich gesprochen: Nicht verbrauchte Kilowattstunden sind die besten. Wenn Energieres-

**(Ministerpräsidentin Heide Simonis)**

sourcen verbraucht werden, dann muss dieser Vorgang so effizient wie möglich gestaltet werden. Unser Energiemix in Schleswig-Holstein weist bereits heute 3 Milliarden kWh Strom aus Wind aus, was beachtlichen 25 % entspricht.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Bezogen auf die Einwohnerzahl sind wir das **Windland** Nummer 1. Mit dieser Landesregierung werden wir das auch bleiben. Dies alles unterstützen wir noch durch Fördermaßnahmen wie beispielsweise mit dem Zukunftsinvestitionsprogramm auch für Energieinvestitionen, weil das gut für unser Land ist.

Nun wäre es angesichts der Erfolge unserer Energiepolitik zwar durchaus wünschenswert und sinnvoll, diese Politik auch von der Oppositionsseite zu unterstützen, aber solche realen Überlegungen sind bei Ihnen nur schwer unterzubringen. Denn wenn der Feldzug der Opposition gegen die erneuerbaren Energieträger mit den teuren Preisen begründet wird, müssten wir in Schleswig-Holstein als dem Windenergieland Nummer 1 auch höhere Strompreise haben. Das haben wir aber nicht. Ganz im Gegenteil: Im Jahre 2003 hatte Schleswig-Holstein bundesweit den günstigsten Strompreis für Tarifkunden. Im Jahre 2004 sind wir hinter Niedersachsen - auch ein Land mit viel Windenergie - knapp an die zweite Stelle gerückt, mit einer Differenz von 0,2 c/kWh, während unser Strompreis 15,43 c/kWh betrug.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Was aber vermitteln uns die Oppositionsparteien in Berlin? Die CDU/CSU sucht, insbesondere der bayerische Ministerpräsident von der CSU, ihr Heil wiederum in der **Kernenergie**. Im „Stern“ vom Mai war eine Forsa-Umfrage veröffentlicht, wonach sich 47 % der Befragten „für einen allmählichen Verzicht auf die Kernenergie“ - das ist das, was wir gerade machen -, 18 % sogar für „einen Ausstieg so schnell wie möglich“ ausgesprochen haben. Das sind zwei Drittel unserer Bevölkerung. Angesichts dieser Stimmungslage in der Republik verfolge ich mit einigem Interesse, wie der bayerische Ministerpräsident seinen Wunsch - einige CDU-Leute folgen ihm gern - durchsetzen will. Es wäre übrigens interessant zu erfahren, welches der fordernden Länder sein Land für eine Deponie des strahlenden Abfalls zur Verfügung stellt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Bayern ist an dieser Stelle jedenfalls nicht aufgefallen, im Gegenteil. Sie haben sich klammheimlich von

dannen gemacht. Gott sei Dank, kann man nur sagen. Wer wollte schon Wackersdorf? Aber es hat gezeigt: Andere sollen es machen und sie selber wollen sich dabei einen weißen Fuß machen.

(Vereinzelt Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Übrigens haben junge CDU-Abgeordnete von Bundestag und Landesparlamenten ihre Partei zu stärkerer Beachtung ökologischer Fragen aufgefordert, wie es in einem programmatischen Aufruf zur Europawahl stand. Nach ihrer Ansicht „überwiege in der Union die Kritik an alternativen Energiequellen. Eigene Konzepte seien hingegen kaum bekannt“. Das stimmt. Mir sind sie nämlich auch nicht bekannt. Das Zitat ist nachzulesen in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 9. Juni dieses Jahres.

Die FDP zeigt ganz erstaunliche Kenntnisse über Grundsatzfragen. Sie fordert, bei der **Kernenergie** zu bleiben, weil der **Ölpreis** so hoch ist. Dabei weiß bereits jeder kleine Junge, dass Autos keine Atommeiler sind. Jeder weiß auch, dass in der Bundesrepublik seit den 80er-Jahren Öl kaum noch verstromt wird, damit wir von Ölimporten unabhängig werden. Jetzt kann die FDP noch die alten Nachtspeicherheizungen zurückwünschen; dann hätten wir den richtigen Schritt in die Vergangenheit gut geschafft, wenn wir Ihnen folgen würden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es geht darum, alternative Energiearten weiterzuentwickeln, die die Welt nicht so belasten. Hier stehen wir vor zwei großen Herausforderungen. Es ist absehbar, dass sich die Windenergie - insbesondere nach dem Repowering der Windenergie an Land - aufs Meer hinauswagt. Was an Land fehlt, nämlich Platz, haben wir dort genug. Wir werden diesen Offshore-Prozess umweltgerecht und nachhaltig unterstützen, weil er auch Arbeitsplätze in diesem Land bringt, zum Beispiel bei der HDW, die bei den Tripoden mitarbeiten möchte.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb fördern wir auch den Ausbau des Hafens in **Husum**. Wir werden damit die Zahl unserer bisherigen Windenergie-Arbeitsplätze von etwa 4.000 erheblich erhöhen können. Vor den Küsten Schleswig-Holsteins sind acht neue Anlagen geplant. Windenergie ist und bleibt obendrein eines unserer Exportmarkenzeichen.

Natürlich weiß man aber auch, dass im **Energiemix** eine vollständige Umstellung auf erneuerbare Ener-

**(Ministerpräsidentin Heide Simonis)**

giequellen in den nächsten Jahrzehnten eine Illusion wäre. Deswegen müssen wir die zweite Herausforderung ebenso ernst nehmen. Im Treibhaus Erde zwingt uns der anlaufende Klimawechsel, auch wenn wir fossile Energieträger nutzen müssen, diese möglichst effizient zu nutzen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dies bedeutet kurzfristig, die **Kraft-Wärme-Koppelung** auszubauen. Hier liegt Schleswig-Holstein ebenfalls schon weit vorn, weil der Anteil des in Kraft-Wärme-Koppelung erzeugten Stroms etwa 20 % - gegenüber 10 % im Bundesdurchschnitt - beträgt. Wenn die erneuerbaren Energien und die Kraft-Wärme-Koppelung nicht ausreichen und wir aus Risikogründen die Kernenergie abwickeln, müssen wir uns neue Technologien suchen.

Dies sind zum einen die so genannten CFTs - Clean Fossil Techniques -, zum anderen die Nutzung von Wasserstoff. Mit der so genannten **Clean Fossil Techniques** werden neue Kraftwerkstypen daraufhin untersucht, ob deren Verbrennungsprodukt Kohlendioxid flüssig abgezogen werden kann. Dann hätten wir zum ersten Mal die Möglichkeit, zu entscheiden, was damit passiert, ohne dass wir wie bisher Schadstoffe über den Schornstein nicht rückholbar in die Atmosphäre ableiten. Ich begrüße es deshalb, dass der Bundeswirtschaftsminister das Forschungsprogramm COORETEC aufgelegt hat. In diesem Programm arbeiten Energiewirtschaft, Hersteller, Wissenschaft und die Energiebehörden zusammen. Im Beirat arbeiten wir mit.

Nun ist es selbst technischen Laien bestens vertraut, dass es bislang keine Technik gibt, die nicht gleichzeitig Nachteile nach sich zieht. Mit anderen Worten: Die Lösungen von heute sind die Probleme von morgen. Oder noch anders formuliert: Selbst wenn wir großtechnisch und umfassend das Kohlendioxid flüssig extrahieren, können wir es noch nicht speichern. Heute bietet sich die Speicherung in terrestrischen Speichern oder in den Tiefen des Ozeans an. Übrigens stellt sich auch im Zusammenhang mit unserer Initiative „Zukunft Meer“ die Frage, wie wir damit fertig werden, wie wir rechtlich absichern können, wer wann und wo speichern darf. Diese Frage muss allerdings aus Nachhaltigkeitsgründen sehr genau untersucht werden, und zwar schon jetzt.

Der zweite technologisch interessante Teil ist der **Wasserstoff**. Leider fällt uns Wasserstoff nicht einfach zu, sondern wir müssen ihn erst erzeugen. In einer Übergangsphase wird uns wohl nichts anderes übrig bleiben, als Wasserstoff auch aus Erdöl zu er-

zeugen. Zunehmend sollten wir Wasserstoff aber aus erneuerbaren Energieträgern gewinnen, sei es aus Biogas, sei es aus Wind.

(Beifall beim SSW)

In diesem Bereich der technologischen Entwicklung werden die Hochschulen Schleswig-Holsteins hoffentlich kräftig mitwirken. Das Zeug zum Mitspielen haben sie. Zum einen haben sich die Universitäten Kiel und Flensburg sowie die Fachhochschulen Kiel, Flensburg und Westküste sowie die Nordakademie zu einem Windkompetenzzentrum zusammengeschlossen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der CDU)

Die so viel belächelte Windenergie - sie wird oft nach dem Motto belächelt: denen da oben hinter dem Deich fällt etwas anderes nicht ein - zeigt sich heute als ein ganz wichtiger Motor für wirtschaftliche Entwicklung und für Arbeitsplätze.

(Beifall bei SPD und SSW)

Mit diesem Windkompetenzzentrum werden wir jedenfalls unsere Position als Windland Nummer eins weiter festigen können. Zum anderen hat sich in der Fachhochschule Lübeck der Kompetenzbereich Wasserstoff/Brennstoffzellen etabliert. Auch HDW treibt diese Entwicklung mit großem Erfolg voran.

Nach all dem zeigt sich, dass wir folgende Ergebnisse festhalten können. Die Chancen des Landes im Bereich der **erneuerbaren Energien** sind groß. Wir wollen den Anteil der erneuerbaren Energien von heute 25 % bis zum Jahr 2010 auf 50 % erhöhen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das scheint mir sehr viel realistischer zu sein, lieber Herr Abgeordneter Hentschel, als über die Etablierung eines Nordstaates bis zum Jahre 2020 zu diskutieren. Ich würde meine Kraft gern auf das eben genannte Ziel konzentrieren.

(Beifall bei SPD, SSW und vereinzelt bei CDU und FDP)

Schleswig-Holstein weist trotzdem günstige Stromtarife auf. Die technologische Entwicklung wird in Schleswig-Holstein vorangetrieben. Wir haben dort Kompetenzzentren in der Wissenschaft. Die Abwicklung der Kernenergie ist auf den Weg gebracht.

Was wir bisher erreicht haben, haben wir nicht gänzlich allein zustande gebracht. Ich danke deshalb den vielen Institutionen, die daran mehr oder weniger mitgearbeitet haben. Das sind - stellvertretend für

**(Ministerpräsidentin Heide Simonis)**

alle - die drei Industrie- und Handelskammern sowie zwei Handwerkskammern. Das sind die kommunalen Spitzenverbände. Das sind die Anlagenhersteller, die Energiewirtschaft bis hin zu den Werften und weiter die Hochschulen des Landes, die Investitionsbank, WSH und ttz, die Landwirtschaftskammer, der Bauernverband ebenso wie der Bundesverband Windenergie, die Energiestiftung, die vielen Planungsbüros und die vielen energiepolitischen Akteure, seien sie nun in der Kommunalpolitik, in Schulen, Vereinen und Parteien oder auch im Rahmen der Agenda tätig.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Insbesondere danke ich aber Wirtschafts- und Energieminister Bernd Rohwer und seinen Mitarbeitern für die Vorlage des Energieberichts 2004. Ich bin sicher, dass über ihn in den Ausschüssen lebhaft diskutiert wird. Ich bin Ihnen allen dankbar, dass Sie uns dabei helfen, Schleswig-Holsteins Zukunft nachhaltig mitzugestalten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Trutz Graf Kerssenbrock.

**Dr. Trutz Graf Kerssenbrock [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal sehr herzlichen Dank an die Mitarbeiter der Landesregierung, die diesen Bericht zusammengestellt haben. Er ist in der Tat eine wirklich gute Diskussionsgrundlage, auch wenn wir zu ganz anderen politischen Schlüssen kommen als Sie, Frau Ministerpräsidentin. Es war auch ein glücklicher zeitlicher Zufall, dass die Konferenz über erneuerbare Energien in Bonn zu einem Zeitpunkt stattgefunden hat, als der Ölpreis ganz besonders hoch war und uns schmerzvoll unsere Abhängigkeit von ausländischen fossilen Energiequellen deutlich gemacht hat.

(Zuruf von der SPD: Waren Sie da?)

- Ich war genau wie Sie da und ich habe Sie auch gesehen. Ich habe Sie sogar mit einer beachtenswerten Rede auf Englisch erlebt. Diese Rede fand ich sogar inhaltlich ganz ordentlich.

(Beifall bei SPD und SSW)

Sie haben mich dort aber offensichtlich nicht gesehen. Frau Aschmoneit-Lücke und Herr Nabel sind übrigens auch dort gewesen.

Es ist fast so schön wie bei Münchhausen, der sich selbst am Zopf aus dem Sumpf ziehen wollte beziehungsweise gezogen hat, wenn gesagt wird: raus aus der Abhängigkeit vom Öl und rein in die **alternativen Energiequellen**. Selbst der Kohlekanzler, der kürzlich noch 17 Milliarden € für die Steinkohle locker gemacht hat, äußerte sich so. Ich habe in Bonn sehr sorgfältig zugehört, Herr Kollege Matthiessen. Es waren durchaus bewegende Plädoyers für den Einsatz erneuerbarer Energien und die Hilfe aus Industrieländern, die wir dort aus Schwarzafrika und Südamerika zu hören bekommen haben. In den gerade genannten Bereichen der Welt fehlt es an Kapital. Wenn dort 80 % der Bevölkerung keinen Stromanschluss haben, versteht man überhaupt erst, warum auch bedeutende EU-Würdenträger sagen, es gebe so etwas wie ein Grundrecht auf Energie. Das ist durchaus bewegend gewesen. Was dort bei der Konferenz geschildert worden ist, kann keinen kalt lassen. In den genannten Bereichen der Welt macht Biomasse, die auch grundlastfähig ist, in Koppelung mit Wasser-, Solar- und Windenergie möglicherweise durchaus Sinn, um überhaupt zu einer **Grundversorgung** zu kommen. Das ist in Ordnung.

(Beifall bei CDU, FDP und SSW)

Wir müssen aber doch differenzieren und uns fragen: Geht das auch in den **Industrieländern**? Der Energiebedarf wird sich ausweislich des Berichtes der Landesregierung in den nächsten 50 Jahren verdoppeln. Das können Sie auf Seite 7 nachlesen. Glauben Sie wirklich, dass es bei uns in den wachstumsorientierten Industrieländern gelingen wird, den Energiebedarf durch Einsparungen zu verringern? Die klimapolitische Verantwortung der Industrieländer steigt noch. Wir werden den Entwicklungsländern bei der Herstellung einer Grundversorgung mit Energie überhaupt nur helfen können, wenn unsere Volkswirtschaften leistungsfähig bleiben.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Energie muss bei uns preiswert bleiben und darf unserer Wirtschaft nicht die Wettbewerbsfähigkeit rauben. Deshalb ist in den Industrieländern auch eine andere Energiepolitik als in den sich entwickelnden Ländern notwendig.

Wir brauchen einen anderen **Energiemix** als die Entwicklungsländer. Das soll unsere politische Verantwortung überhaupt nicht minimieren. Der Blick darauf darf aber einfach nicht getrübt werden, dass eine für den Sudan richtige Energiepolitik in Mitteleuropa kein tragfähiges Konzept sein kann. Das ist nun einmal so.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

**(Dr. Trutz Graf Kerksenbrock)**

Deshalb ist der komplette Ausstieg aus einer grundlastfähigen, klimafreundlichen Technologie, die dieser Welt immerhin den Ausstoß von 170 Millionen t CO<sub>2</sub> allein in Deutschland erspart, in der heutigen Zeit kaum zu verantworten.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb können wir uns auch eine teure Ressourcenverschwendung in nicht grundlastfähige Energieträger nicht leisten. Weder klimamäßig noch versorgungsmäßig sind erneuerbare Energien auch nur ansatzweise in der Lage, in Industriegesellschaften einen ernsthaften, substanziellen Beitrag zur Energieversorgung zu leisten. Deshalb brauchen wir ein Konzept, das uns nicht nur mit Windmühlen zupflastert, sondern auch CO<sub>2</sub> vermeidet.

Auf Seite 16 Ihres Berichtes können Sie nachlesen, dass der **CO<sub>2</sub>-Ausstoß** in Schleswig-Holstein trotz einer Steigerung der Windenergieproduktion gestiegen ist. Der Emissionshandel und die Windenergieförderung bisheriger Art passen einfach so nicht zusammen - das hat der Wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums vor wenigen Wochen auch festgestellt -

(Beifall bei CDU und FDP)

weil sich das sozusagen wechselseitig behindert. Sie haben selbst eingeräumt - Frau Ministerpräsidentin, darüber haben Sie leider nicht gesprochen; in dem Bericht steht es aber drin -, der KWK-Ausbau stockt im Moment. Sie können nicht auf Dauer eine Energiepolitik gegen jede Marktverhältnisse betreiben. Und doch versuchen Sie es.

Inzwischen sind wir bei 2 Milliarden € pro Jahr **Windenergieförderung** angelangt und bei 40 % staatlichem Anteil am Strompreis. Wir reden über 53,9 Milliarden €. Trotzdem soll die Windenergie ohne nennenswerte Veränderung der Förderpolitik in der Förderungshöchstdauer bis 2020 so ausgedehnt werden.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, Sie brüsten sich auch heute wieder wirtschaftspolitisch mit der deutlich wachsenden **Windbranche**. Es ist doch überhaupt keine Kunst. Bei derartigen staatlichen Garantien, Einspeisevergütungen müsste es mit dem Teufel zugehen, wenn eine solche Industrie, in der Lizenzen zum Geld drucken ausgegeben werden, nicht wüchse.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Das ist keine besondere politische Leistung.

Die Nagelprobe kommt erst, wenn der inländische Markt wirklich gesättigt ist, wenn - was sich ankündigt - die Offshore-Technik auch nicht das bringt, was sie bringen soll. Auch da kündigen sich deutliche Hindernisse an. Wenn es dann gelingt, Arbeitsplätze zu erhalten, weil im Ausland ein ernsthafter, klimapolitisch sinnvoller Beitrag geleistet werden kann und die Politik dabei helfen kann, wäre das eine politische Leistung, die wirklich sinnvoll wäre. Dann könnte man Ihnen gratulieren. Wir wollen diese Politik nach dem 20. Februar durchaus machen.

(Beifall bei der CDU)

Der Transrapid brauchte nicht ganz Deutschland und jede Strecke als Referenzstrecke, um exportiert werden zu können. Aber sogar eine einzige haben Sie in Deutschland verhindert. Bei der Windenergie wollen Sie ganz Deutschland zupflastern, obwohl sie energiepolitisch ernsthaft nicht gebraucht wird. Wir brauchen nicht neue Dauersubventionen und auch nicht in alte Industriezweige, die keine dauerhafte Perspektive haben, sondern wir brauchen eine **differenzierte Forschungsförderung**, wir brauchen eine differenzierte Förderpolitik, um differenzierte Lösungen je nach Bedarf zu ermöglichen.

(Beifall bei der CDU)

Deutschland droht in ganz bestimmten Disziplinen - auch energietechnischen Disziplinen - völlig zur Forschungswüste zu werden. Sie haben so viel über Forschung geredet. Lesen Sie es einmal in Ihrem eigenen Bericht nach. Da stehen zehn Zeilen. Darin stehen in 70 Seiten Bericht zehn Zeilen über Forschung drin. Das ist nicht genug.

(Beifall bei der FDP)

Gleichzeitig werden um uns herum Reaktoren gebaut, in Finnland und in Frankreich. Deutsche Wissenschaftler werden irgendwann nicht mehr gebraucht werden. Aber wir werden den Strom aus diesen Kernkraftwerken beziehen müssen.

Wir brauchen nicht neue Wettbewerbsverzerrung mit schädlichen Folgen für Industriearbeitsplätze, sondern Anreize an der richtigen Stelle, Rahmendaten statt Planwirtschaft. Stattdessen haben Sie die Windenergie überstürzt ausgebaut, ohne Rücksicht auf die vorhandenen Netzstrukturen. Das wird nicht langem. Wir produzieren immer mehr Windenergie. Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß steigt trotzdem. Die Netze halten das auf Dauer nicht aus. Wir reden über 600 Millionen € für die Offshore-Kabel, die noch verlegt werden müssen. Da kommt es zu einer witzigen, geradezu karikaturhaften Entwicklung. Der Umweltminister ist jetzt gar nicht da. Er muss zugucken, wie die Erdkabel, die

**(Dr. Trutz Graf Kerssenbrock)**

gelegt werden sollen, mitten im Nationalpark Wattenmeer verlegt werden müssen, weil sich das Bundesunternehmen Deutsche Bahn AG weigert, sie direkt am Hindenburgdamm entlang verlegen zu lassen. Herzlichen Glückwunsch, Herr Umweltminister, zu dieser wunderbaren Entscheidungsalternative, vor der Sie stehen. Sie müssen das ja alles genehmigen.

Über den veralteten Kraftwerkspark lesen wir auch nichts, auch nicht über den Investitionsstau. Wir reden über 40.000 bis 50.000 MW

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

die für etwa 50 Milliarden € ersetzt werden müssen. **Investitionssicherheit für Energieversorger** ist bei Ihnen offensichtlich ein Fremdwort. Sie brauchen das aber, um überhaupt planen zu können. Wann und wo sollen die Kraftwerke geplant werden? Darüber haben wir vor zwei Monaten schon einmal im Landtag diskutiert. Ihre diesbezügliche Vorsorge fehlt völlig. Das fehlt auch bei der Aufzählung der vier wesentlichen Ziele in Ihrem Bericht. Auf Seite 31 haben Sie vier wesentliche Ziele genannt, die universell gelten sollen, aber die Vorsorge, wo neue Kraftwerkstandorte sein sollen und welche Kraftwerke es denn werden sollen, fehlt vollkommen. Mit KWK werden Sie den Bedarf in einer modernen Industriegesellschaft nicht decken können. Das ist so ähnlich, als wenn Sie zum Löschen einen Großbrandes eine Gießkanne nehmen würden.

Wir wollen nicht nur Nein sagen. Wir sagen auch, was sinnvoll wäre. Über die Verbesserung der Wirkungsgrade der fossilen Kraftwerke zur Verbesserung des Klimaschutzes findet sich in Ihrem Bericht nichts Substanzielles. Sie reden stattdessen nur über KWK. Dabei wäre das viel wichtiger, um die Anforderungen von Kyoto erfüllen zu können, und zwar mit realistischem Aufwand.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Wir brauchen auch mehr **Forschungsförderung**. Das habe ich schon gesagt. Zusätzlich notwendiger Ausbau des Kraftwerks durch Windenergieservekapazitäten kommt noch. Herr Vahrenholt hat die Politik vor einigen Tagen geradezu beschworen, einer Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke zuzustimmen, um nicht so viel Reservekraftwerke für die Windenergie bauen zu müssen.

Noch so starke Polemik und Kraftworte werden auf Dauer nicht verhindern, dass wir angesichts der wieder schmerzvoll spürbar gewordenen Abhängigkeit von ausländischen fossilen Energieträgern über einen

neuen, anderen Energiemix diskutieren müssen, als Rot-Grün ihn bisher herbeireden wollten. Meine Damen und Herren, Ihr Traum wird enden. Wir sind in der Realität angekommen, nicht nur in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, auch in der Energiepolitik. Es ist vermessen, außen-, energie-, umwelt- und sicherheitspolitisch vermessen und nicht realistisch, am spezifischen deutschen energiepolitischen Wesen die Welt genesen lassen zu wollen. Das macht die Welt nicht mit.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Zunächst weise ich noch einmal darauf hin, dass die Benutzung von Handys für Telefonate oder SMS strikt verboten ist. Herr Abgeordneter Hentschel, Sie haben das Pech, dass ich Sie erwischt habe. Ich erteile Ihnen dafür einen Ordnungsruf.

Auf der Tribüne begrüße ich die nächste Gästegruppe, Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte der Klaus-Harms-Schule aus Kappeln. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Malerius.

(Zuruf: Hast du dein Handy aus? - Heiterkeit)

**Wilhelm-Karl Malerius [SPD]:**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kerssenbrock, wie immer ein Feldzug gegen die Windenergie und dann schön Atomenergie wieder anschaffen! Ich weiß nicht, ob Sie - Energie scheint Sie wohl nicht zu interessieren, da Ihre Ränge sehr leer sind - in dieser Woche in der „Bunte“ gelesen haben, was Ihr Freund Carstensen zur Windenergiepolitik gesagt hat.

„Wo, wenn nicht hier, sollte dieser Art der regenerativen Energie genutzt werden?“

(Beifall bei der SPD - Friedrich-Carl Wodarz [SPD]: Wo er Recht hat, hat er Recht!)

„Wind haben wir schließlich fast immer. Aber richtig ist, dass wir auf das so genannte Repowering setzen sollten.“

Ich glaube, Sie, meine Damen und Herren von der CDU, haben viel Klärungsbedarf mit Ihrem Parteivorsitzenden.

(Wilhelm-Karl Malerius)

Ein Land voll Energien und Ideen, mitten in Europa, das ist Schleswig-Holstein.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine vitale Drehscheibe in der Ostseeregion, dem sechsgößten Wirtschaftsraum der Erde. Schleswig-Holstein ist ein moderner Wirtschafts- und Technologiestandort mit hoch innovativen Branchen.

Seit gut einem Jahrzehnt setzt unser Land auf eine der wichtigsten **natürlichen Energiequellen**, den Wind. In keiner anderen Region weltweit hat die Windenergie einen so großen Anteil am Gesamtstromverbrauch - im Jahr 2002 bereits ein Viertel, und dabei soll es nicht bleiben. Bis zum Jahr 2010 sollen 50 % des im Land verbrauchten Stroms aus Windkraft produziert werden, im Einklang mit Tourismus und Landschaftsschutz.

Die Ersetzung vieler kleiner Windenergieanlagen durch wenige große - Repowering - und vor allem die Errichtung der ersten Offshore-Pilotprojekte in Nord- und Ostsee werden die Rolle Schleswig-Holsteins als **Windland** Nummer 1 etablieren. Rund 4.000 Arbeitsplätze wurden bisher in dieser zukunftsorientierten Technologie in Schleswig-Holstein geschaffen, deren Entwicklung vor allem den Mittelstand stärkt. Von weltweit etwa zehn Entwicklungsprojekten für Multi-Megawatt-Windkonverter werden allein fünf in Schleswig-Holstein bearbeitet.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiesen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es besteht die große Chance, hochwertige Arbeitsplätze zu erhalten und weitere zu schaffen sowie diese relativ junge Branche international wettbewerbsfähig zu halten.

Dazu bedarf es einer Intensivierung des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Die Hochschulen in Schleswig-Holstein wollen durch die Gründung des **Kompetenzzentrums „Windenergie Schleswig-Holstein“** konstruktiv ihre Ressourcen in dieses Thema einbringen. Das Kompetenzzentrum soll ein Bestandteil im **Cluster „Erneuerbare Energien“** der Landesregierung werden. Ziele sind die Bündelung der technologischen Ressourcen und das Know-how der Hochschulen sowie die gemeinsame Bearbeitung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten.

Schleswig-Holstein setzt allerdings nicht nur auf Wind, um neue Energien zu erschließen. Auch mit Biogasanlagen, Holz- und Strohheizkraftwerken sowie profilierten Herstellerfirmen spielt unser Land in der Bundesrepublik bei der Energiegewinnung aus

Biomasse eine wichtige Rolle. Mit der **Initiative „Biomasse und Energie“** soll eine weitgehende Nutzung der in Schleswig-Holstein vorhandenen wirtschaftlichen Biomassepotenziale für die Energiebereitstellung erreicht werden. Die Initiative „Biomasse und Energie“ stabilisiert die Landwirtschaft und schafft **regionale Wirtschaftskreisläufe**, ermöglicht eine breite Nutzung der Biomassepotenziale mit dezentral an den konkreten Gegebenheiten vor Ort angepassten Anlagenkonzepten, sorgt für Arbeitsplätze und Wertschöpfung im Land und leistet einen Beitrag zur Weiterentwicklung zukunftsfähiger Technologien.

Meine Damen und Herren, der hohe Ölpreis hat den Blick für die **erneuerbaren Energien** geschärft. Dies wurde auch auf der Internationalen Konferenz für erneuerbare Energien in Bonn deutlich, auf der Wind, Sonne und Biomasse als große Zukunftschance und Alternative zu den begrenzten Ressourcen von Öl, Kohle und Gas im Vordergrund standen. Erneuerbare Energien sind der entscheidende Eckpfeiler einer neuen **Energieversorgungsstruktur** in Schleswig-Holstein, in Deutschland wie in der ganzen Welt. Sie sind unerschöpflich und belasten nicht die Atmosphäre mit klimaschädlichem Kohlendioxid. Erneuerbare Energien verringern die Abhängigkeit von **Energieimporten** und diversifizieren die Energieversorgungsstruktur, indem sie lokal verfügbare Ressourcen nutzen. Sie tragen so auch zur Sicherheit der Energieversorgung bei.

Mit ihren vielgestaltigen und dezentralen Systemen bieten erneuerbare Energien Chancen für technologische Innovationen in Klein- und Mittelstandsunternehmen. Erneuerbare Energien können **dezentrale Märkte** schaffen und so durch die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Entwicklung neuer Einkommensquellen zur Wirtschaftsentwicklung auf lokaler und regionaler Ebene beitragen.

Die nachhaltige Energiepolitik dieser Landesregierung steht im Einklang mit den Vorhaben der Internationalen Klimakonferenz der Europäischen Union und der Bundesregierung. Es sind viele Aktivposten geschaffen worden. Der geordnete Ausstieg aus der Kernenergie, das Energieeinspeisegesetz, die Biomasseverordnung, die Energieeinsparverordnung und das Kraft-Wärme-Koppelungsgesetz setzen wichtige Eckpfeiler für eine nachhaltige Energiepolitik.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Mit der **Nachhaltigkeitsstrategie** „Zukunftsfähiges Schleswig-Holstein“ hat die Landesregierung einen eigenen Prozess auf den Weg gebracht, in dem der Energiebereich eine maßgebliche Rolle spielt. Durch

**(Wilhelm-Karl Malerius)**

effiziente und Ressourcen sparende Energiebedarfsdeckung wird der schrittweise durchgeführte Strukturwandel der Energiewirtschaft in Schleswig-Holstein vorangebracht.

Die Energiepolitik dieser Landesregierung verfolgt vier wichtige wesentliche Ziele:

Mobilisierung der Einsparpotenziale im Wärme- und Strombereich sowie bei Kraftstoffen: Für Energiesparmaßnahmen in Gebäuden im kommunalen Bereich stellt die Landesregierung im Rahmen ihres Zukunftsinvestitionsprogramms 3,1 Millionen € zur Verfügung.

Steigerung der Energieeffizienz bei der Energieumwandlung und beim Energieverbrauch: Vor allem der Ausbau der Kraft-Wärme-Koppelung verbindet notwendige Ersatzinvestitionen im Stromsektor von Fern-, Nah- und Prozesswärme. Schleswig-Holstein hat hier eine Vorreiterrolle mit bereits 20 % KWK-Anteil am Stromverbrauch. Viele Projekte in Schleswig-Holstein haben die Effizienz dezentraler Anlagen unter Beweis gestellt.

Kontinuierliche Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien zur Deckung des Strom- und Wärmebedarfs sowie Erschließung von Substitutionspotenzialen bei Kraftstoffen: In kaum einer anderen Region Europas gibt es auf dem Sektor erneuerbarer Energien so viele Unternehmen und Forschungseinrichtungen wie in Schleswig-Holstein.

Schrittweiser Ausstieg aus der Kernenergie: Die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion in diesem hohen Hause favorisieren die **Kernkraft** weil diese keine Klimagase emittiert. Doch bislang hat noch kein Land der Welt die Frage des Endlagers für radioaktiven Müll gelöst, was deshalb brisant ist, weil dieser zum Teil Halbwertszeiten von 100.000 Jahren besitzt. Es wachsen die Bedenken, den nachkommenden Generationen ein derart strahlendes Erbe zu hinterlassen, und es ist die Meinungsmehrheit der Bevölkerung zu berücksichtigen, die spezifischen Risiken der Kernenergienutzung zu beenden und die ungelösten Probleme der **Entsorgung** durch Deckelung des radioaktiven Müllaufkommens zu minimieren.

Meine Damen und Herren, die Weltkonferenz für erneuerbare Energien hat ein erstes Ergebnis. Die Opposition verfällt in energiepolitische Hilflosigkeit, sie brilliert mit energiepolitischem Unsinn. Während sich die Bundesregierung und alle anderen Teilnehmer aufmachen, zukunftsfähige Alternativen zur Ölabhängigkeit auch weltweit voranzubringen, besinnt sich die Union wie auch die FDP auf die Verheißungen von gestern:

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wer hat Ihnen das eigentlich aufgeschrieben, den Quatsch, den Sie da erzählen?)

Zuerst das stammtischhafte Fordern eines Benzinspreispfahls, dann die originellen Neubaupläne für Atomkraftwerke, dann die Laufzeitverlängerung der Bestehenden!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile der Frau Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke das Wort.

**Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Schon im März sprachen wir über die zukünftige Energiepolitik in Schleswig-Holstein. Damals konnte sich die Landesregierung mit ihren dürftigen Aussagen noch hinter den Fragen des Antragstellers verstecken. Heute geht das nicht mehr. Fünf Jahre hatte sie Zeit, diesen Bericht vorzubereiten, und die Aussagen sind im Ergebnis genau so dürftig wie im März.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die Landesregierung sieht das selbstverständlich anders. Deshalb bezeichnet der Wirtschaftsminister diesen Bericht auch schon im ersten Satz als Fortführung der Erfolgsgeschichte der rot-grünen Energiepolitik. Es muss wirklich schlecht um die Regierung stehen, wenn sie jetzt schon Berichte an den Landtag öffentlich zu ihren politischen Erfolgen zählt, in diesem Fall zudem noch einen Bericht, in dem die Landesregierung zwar behauptet, erfolgreich gewesen zu sein, genau das aber wieder einmal nicht belegt, obwohl ich sie im März dazu aufgefordert hatte.

Zum Beispiel **Stromverbrauch!** Im Bericht zur zukünftigen Energiepolitik hatte die Landesregierung die Entwicklung des Stromverbrauches in Schleswig-Holstein von 1993 bis 2001 dargestellt. Der Stromverbrauch ist gestiegen, und damit hat die Landesregierung ihr erstes Ziel, nämlich Einsparung, verfehlt. Um beurteilen zu können, ob die Energiepolitik vergleichsweise erfolgreich war, reicht es nicht aus, nur die Zahlen für Schleswig-Holstein zu kennen. Ein Maßstab müsste her. Deswegen hatte ich ebenfalls vorgeschlagen, den Vergleich in diesem Bericht nachzuholen. Die Landesregierung hat aber darauf verzichtet; scheinbar fürchtet sie den Vergleich.

Aber wir können ein paar andere Vergleiche anstellen, zum Beispiel zwischen den Erklärungen der Lan-



(Christel Aschmoneit-Lücke)

desregierung und der Wirklichkeit. Am 7. Juni 2004 titelte „Der Spiegel“ ‚Der ergrünte Kanzler‘. Es ging „... um den grünen Kanzler, den größten Freund von Windkraft, Biomasse und Solarenergie“ und dessen Auftritt auf der Konferenz „Erneuerbare Energien“. Sein Umweltminister wird hierzu mit den Worten zitiert: „Der Geist des Aufbruchs, den der Bundeskanzler geschürt hat, ist überall zu spüren.“

Die Essenz dieses aufbrechenden Geistes meldete der Pressedienst des Deutschen Bundestages gestern um 10:15 Uhr: „5,7 Milliarden € an Beihilfe für den Steinkohlebergbau freigegeben - gegen die Stimmen der Opposition, mit den Stimmen der SPD und Grünen.“

- Meine Damen und Herren, viel rückwärts gewandter kann Energiepolitik kaum noch werden!

(Beifall bei FDP und CDU)

Glaubwürdig ist, wer sagt, was er tut, und wer tut, was er sagt. Die rot-grüne Bundesregierung predigt ihr Bekenntnis zu erneuerbaren Energien. Das Einzige, was sie tatsächlich erneuert, sind die energiepolitisch unsinnigsten Subventionen Deutschlands.

(Beifall bei der FDP)

Das soll **nachhaltige Energiepolitik** zum Nutzen nachfolgender Generationen sein? Das ist unsinnigste Energiepolitik auf Kosten der jetzigen und der zukünftigen Generationen, denn die müssen diesen Quatsch bezahlen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Rot-Grün hält sich übrigens wie üblich streng an ein Motto des ehemaligen amerikanischen Präsidenten Herbert Hoover: Gesegnet sei die Jugend, denn sie erbt die Staatsschulden.

Das Geld ist hauptsächlich Nordrhein-Westfalen versprochen. Dort will Rot-Grün nächstes Jahr wieder gewählt werden. Demgegenüber ist zukunftsgerichtete Energiepolitik auf einmal völlig egal. Hinzu kommt: Herr Müntefering stammt aus Nordrhein-Westfalen. Der braucht einen Erfolg, nachdem sich der nach ihm benannte Effekt als Projekt 18 der SPD entpuppt hat.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Da musste endlich eine rote Erfolgsmeldung her: Rot-Grün zahlt weitere 5,7 Milliarden € **Anpassungshilfe** an einen Wirtschaftszweig, der seine Zukunft schon vor Jahrzehnten hinter sich hatte, dessen Anpassung daran die Menschen in Deutschland jetzt schon seit

über 50 Jahren teuer hinausschieben müssen. Das verkauft Rot-Grün als fortschrittliche Energiepolitik zum Nutzen kommender Generationen.

Wo bleibt eigentlich der Dringlichkeitsantrag der Landtagsfraktionen von SPD und Grünen dagegen? Vorgestern haben Sie einen Dringlichkeitsantrag gestellt, weil die Führung eines Unternehmens ihrer gesetzlichen Pflicht gegenüber den Eigentümern dieses Unternehmens nachgekommen ist, obwohl die Bundesregierung ihre Forderung schon lange erfüllt hat. Jetzt will die Bundesregierung 5,7 Milliarden € - ich muss diese Zahl einfach wiederholen - sprichwörtlich in den Wind schießen. Und was machen Sie? - Gar nichts!

(Beifall bei FDP und CDU)

Dabei widerspricht diese Entscheidung völlig der Schlusserklärung der Konferenz „Erneuerbare Energien“, auf der Rot-Grün sich als Gralshüter der nachhaltigen Energiepolitik feiern ließ. Ich nenne das Pharisäer!

Apropos in den Wind schießen: Sie schauen immer so gern zu unserem Nachbarn Dänemark. Gestern titelte die „Die Zeit“ „Windstrom in Seenot“. In der **Nordsee** vor Dänemark hat sich im größten **Offshore-Windpark** der Welt der GAU ereignet. Alle 80 Windmühlen müssen abgebaut und ersetzt oder an Land repariert werden, weil sie Salzwasser und die frische Nordseeluft nicht vertragen. Fanatische Windkraftjünger werden selbstverständlich versuchen, dies zum unbedeutenden Einzelfall herunterzuspielen. Wir werden das sicherlich gleich von den Grünen hören. Andere werden allerdings ein ausgewogeneres Urteil fällen, zum Beispiel Investoren und Versicherer. Die **Risikoprämien** für Offshore-Windparks werden steigen. Deshalb werden auch die Kosten der Finanzierung von Offshore-Windparks steigen. Das wird die Zahl der rentablen Projekte merklich verringern.

(Beifall bei FDP und CDU)

Schon sind wir mittendrin in der Energiepolitik der Landesregierung. Die Landesregierung lebt im Windkrafttausch. Dieser Rausch benebelt ihre Sinne und vertreibt die Vernunft. Zum Beispiel EEG: Das **EEG** und die damit verbundenen **Subventionen** für die **Windkraft** werden mit dem Beginn des europaweiten Emissionshandels nicht nur überflüssig, sondern höchst schädlich, denn die CO<sub>2</sub>-Vermeidung durch Windkraftsubventionen wird dann bis zu 25 Mal teurer als die Vermeidung durch höhere Verbrennungseffizienz bei herkömmlichen Kraftwerken. Dabei haben die Subventionen gar keinen Einfluss mehr auf die Höhe der CO<sub>2</sub>-Emissionen, wenn der **Emissions-**

(Christel Aschmoneit-Lücke)

**handel** beginnt. Trotzdem setzt die Landesregierung laut Bericht auf das EEG. Kein Wort zur Kritik des Wissenschaftlichen Beirats des Bundeswirtschaftsministers. Warum nicht, Herr Minister Rohwer? Warum nicht, Frau Ministerpräsidentin? Haben Sie Angst vor der Auseinandersetzung?

Zum Beispiel **Stromleitungen**: Die Aussagen zum Leitungsnetz in Schleswig-Holstein hat der Minister auf 15 Zeilen zur Linienführung einiger Hochspannungsleitungen beschränkt. Kein Wort zum Zustand des Netzes. Kein Wort zum Bedarf an Reinvestitionen. Ein Nebensatz zur Verpflichtung privater Firmen, den Windkraftausch mitzufinanzieren. Sie werden gezwungen, Leitungen zu den Windmühlen zu legen. Ich finde, das wird der Bedeutung eines leistungsfähigen Netzes für die Versorgungssicherheit und damit der Bedeutung für die staatliche Daseinsvorsorge nicht gerecht.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die **Netzsicherheit** wird sehr bald das gravierendste Problem der Stromversorgung in ganz Europa werden. Auch vor diesem Thema drückt sich die Landesregierung. Warum? Haben Sie wiederum Angst vor der Auseinandersetzung?

Abschließend zur **Kernkraft**: Dieses Thema ist offensichtlich nicht zu vermeiden. Ich bin überzeugt, dass keine demokratisch gewählte Regierung in Deutschland derzeit neue Kernkraftwerke genehmigen würde, auch wenn einige Herren aus dem Süden der Republik solche Gedankenspiele betreiben.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Es gibt zurzeit auch keine potenziellen Investoren. Die Menschen in Deutschland wollen keine neuen Kernkraftwerke. Bundes- und Landesregierung haben schon Schwierigkeiten, Ortsumgehungen bauen zu lassen, wenn auf der geplanten Trasse mehr als zwei Froscharten leben. Unter diesen Bedingungen sollten wir alle darauf verzichten, potemkinsche Dörfer aufzubauen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer über zukunftsgerichtete Energiepolitik reden möchte, kann deshalb hypothetisch geäußerte Absichten über neue Kernkraftwerke in Deutschland getrost vergessen. Um es ganz deutlich zu sagen: Das ändert nichts an der Tatsache, dass es unsinnig ist, die Option auf neue Technologien auch im Kernkraftbereich einfach fallen zu lassen und aufzugeben.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Heinz Maurus [CDU])

Ich nenne die Stichworte **Hochtemperaturreaktor** oder auch **Kernfusion**. Es wäre fatal, wollte Deutschland sich aus dieser Forschung einfach verabschieden.

(Beifall bei der FDP)

Das entbindet uns schon gar nicht davon, das Problem der Lagerung **radioaktiven Mülls** anzugehen. Wir haben darüber in der letzten Tagung gesprochen. Ich wiederhole, was ich damals sagte: Mit der Diskussion um ein Endlager weicht die Politik dem Problem aus, denn es wird niemals ein Endlager für hunderttausende oder gar Millionen von Jahren gefunden werden. Es wird immer nur Zwischenlager geben. Alles andere ist Augenwischerei. Es ist Augenwischerei, wie die Landesregierung ihre rot-grüne Energiepolitik betreibt!

(Beifall bei FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Matthiessen das Wort.

**Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerpräsidentin! Der Mafiaurvater Al Capone soll gesagt haben: Ich komme aus einem schönen Land - gemeint ist Italien -, wo man mit einem Lächeln viel erreichen kann. Man kann aber mit einem Lächeln und einer Pistole in der Hand sehr viel mehr erreichen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Was hat das mit Energiepolitik zu tun?)

- Auf die Energiepolitik übertragen bedeutet dies, lieber Günter Neugebauer, dass eine neue Energiepolitik sich vor allem aus der Gefährlichkeit von Atomstromerzeugung und aus dem zu erwartenden Treibhauseffekt abgeleitet hat. Sie leitet sich also insgesamt aus einem ökologischen Begründungszusammenhang heraus ab. Darüber konnten noch viele lächeln.

Dass **Vorräte an Energieträgern** im Prinzip begrenzt sind, gerät heute aber von einer abstrakten Annahme immer stärker zu einer konkreten Erfahrung. Öl wird knapp. Das ist die Pistole, die uns die Wirklichkeit auf die Brust setzt. Die Energieversorgung der Welt basiert mehr als zur Hälfte auf Erdöl und Erdgas. **Öl** liefert 35 % der Weltenergie. Der anhaltend hohe Ölpreis hat auch zum Erfolg der Weltkonferenz Renewables 2004 vor zwei Wochen in

(Detlef Matthiessen)

Bonn beigetragen. Allen Konferenzteilnehmern war klar, dass sich etwas ändern muss. Zudem hatte der Terroranschlag in Saudi-Arabien verdeutlicht, wie verletzlich das derzeitige Energiesystem ist. Das ist eine neue Qualität der Erkenntnis: Dies wird keine vorübergehende Situation sein.

Auch wenn es unterschiedliche Aussagen über den Zeitpunkt des tatsächlichen Erreichens des Fördermaximums für Erdöl gibt, so mehren sich doch die Indizien, dass die kostengünstig zu fördernden Vorräte in absehbarer Zeit zur Neige gehen. Shell musste seine Prognosen zuletzt deutlich nach unten korrigieren, ich meine um 20 %. Fast alle großen **Mineralölkonzerne** beginnen mittlerweile, sich um Alternativen zum Öl zu kümmern.

(Zuruf der Abgeordneten Roswitha Strauß  
[CDU])

Aufgrund einer stetig steigenden **Nachfrage** nach Energie und der nicht nachlassenden Terrorgefahr, die mit der Ölförderung verbunden ist, muss vor allem kräftig investiert werden. Und das wird den Ölpreis weiter kräftig hochtreiben. Da Deutschland ganz überwiegend von Importen abhängt, wirkt sich die weltweite **Energieversorgungssituation** unmittelbar auch bei uns aus, im Gegensatz zum Beispiel zu einem Land wie Norwegen, das Strom zu 100 % aus Wasserkraft gewinnt und Erdgas- und Ölvorräte hat. Die heiße Diskussion um den Benzin- und den Dieselpreis haben dies deutlich gemacht, mit betroffen ist auch das Heizöl und wegen der Preiskoppelung auch das Erdgas. Die Bürgerinnen und Bürger merken die Auswirkungen ganz persönlich bei sich zu Hause. Im Stern konnte man die Titelgeschichte mit der Grafik „Atomkraft - Nein danke“ lesen und das „Nein“ war durchgestrichen, so dass man lesen musste: „Atomkraft - danke“.

Nun konnte man auch in der Presse lesen, dass Klaunder, Austermann, Kayenburg und andere sich im Lichte der Europawahl und den Erkenntnissen, die sie daraus gewonnen haben, damit auseinandersetzen wollten, weil sie gemerkt haben, dass viele Wähler der Grünen gar nicht von der SPD kamen - die sind nur zu Hause geblieben -, sondern aus der Mitte der Gesellschaft. Die verstärkte Auseinandersetzung soll sich auf die Gebiete Umwelt und - aufgemerkt! - Energie konzentrieren. Die Schlagzeile lautete: Die CDU entdeckt ihr grünes Herz. Darauf freue ich mich sehr, meine Damen und Herren. Die CDU kann in dieser Auseinandersetzung nur verlieren, weil ihre politischen Ansätze untauglich sind und zudem unausgegoren. So konnte man nämlich auch lesen, dass die Angebote, die man jetzt an bestimmte Wählerschichten machen will, offenbar erst noch erarbeitet

werden müssen - und das acht Monate vor der Wahl. Was ist das auch für eine absurde Vorstellung von Politik, wie im Kaufhaus: Die Kunden bleiben weg und dann ändern wir doch einmal ein bisschen das Sortiment. - So hört sich das für mich an. Wie soll zum Beispiel der energiepolitische Sprecher der CDU-Fraktion hier im Haus, bekannt als „Atomfetischist“ und „Windhasser“, bei der Unterbreitung neuer Angebote an potentielle Grünen-Wähler vorgehen? - Vielleicht soll er sich einen grünen Schlips umbinden.

(Beifall und Heiterkeit bei BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN und SPD)

Was soll er denn sagen? Der Versuch der CDU/CSU, aus der Ölpreisdiskussion eine Renaissance für die **Atomkraft** zu entwickeln, ist eher ein hilfloses Ablenkungsmanöver. Sie wollen kaschieren, dass die Entwicklung von der CDU verschlafen wurde und das sie in Fragen der erneuerbaren Energien ein völlig zerstrittenes Bild darstellt.

Auch Atomkraft ist auf endliche Primärenergieträger angewiesen. Das **Uran** reicht noch etwa 40 Jahre und muss auch importiert werden. Frau Aschmoneit-Lücke, und obwohl Atomenergie in der Forschung bereits heute weltweit und auch bei uns mehr als 80 % der Mittel verschlungen hat, werden nur magere 7 % der Energie durch diese Energiequelle abgedeckt. Windenergie dagegen wird in Zukunft ein Drittel des Weltstroms abdecken, und zwar dauerhaft und sicher.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Sich durch die Nutzung der Atomenergie vor **Terrorgefahr** zu schützen, ist gerade zu lächerlich, Herr Kerksenbrock. Zudem: Die **Stromkonzerne** haben schon abgewinkt, keiner will in Deutschland neue **AKW** bauen. Dafür gibt es keine Akzeptanz und damit auch keine hinreichende Planungssicherheit.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg  
[FDP])

Nein, meine Damen und Herren, die CDU ist energiepolitisch schlecht aufgestellt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und vereinzelt bei der SPD)

Der **Energiebericht** der Landesregierung, für den ich mich im Namen meiner Fraktion bedanke, macht deutlich, dass die Koalition gut aufgestellt ist und eine für Schleswig-Holstein sehr nützliche Politik betreibt. Die Grundlagen dafür stehen über einen sehr langen Zeitraum fest: die drei Säulen Energieeinsparung, Effizienz, erneuerbare Energien, die so genann-

(Detlef Matthiessen)

ten „drei E“. Die Ergebnisse können sich sehen lassen. Wir haben einen sehr hohen Anteil erneuerbarer Energien, der noch bedeutend wachsen wird. Wir haben einen Kraft-Wärme-Koppelungs-Anteil, der weit über dem Bundesdurchschnitt liegt und auch noch gesteigert werden soll. Diese Daten stehen natürlich auch für Arbeitsplätze und wirtschaftlichen Erfolg.

Der Bericht macht deutlich, dass diese Erfolge hier im Land auch durch konsequente Politik erarbeitet wurden, wenn auch klar ist, dass die politischen Rahmenbedingungen auf EU- und Bundesebene gesetzt werden. Aber es ist deutlich, dass wir in allen Daten vor anderen Bundesländern stehen. Diese Politik, diese Landespolitik, muss fortgesetzt werden.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Im **Gebäudebereich** liegen noch sehr große Potenziale, in der Reduzierung von Ölverbrauch und Kohlendioxidemissionen sowie in der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen im Bauhandwerk.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Wir wollen die Rate der jährlichen Altbausanierung deutlich erhöhen. Bei erneuerbaren Energien sind die Weichen jetzt auch auf Biomasse gestellt. Es werden in Schleswig-Holstein bereits heute von den 110.000 ha Raps 25.000 ha als nachwachsende Rohstoffe angebaut.

Ich denke auch, die Tatsache, dass die Ministerpräsidentin den Bericht hier im hohen Haus vorgestellt hat, unterstreicht die Wichtigkeit dieses politischen Handlungsfeldes aus der Sicht der Koalition.

Wir werden gelassen beobachten, wie die CDU ihr grünes Herz entdecken will. Der Bericht dokumentiert eine Erfolgsstory der Energiepolitik hier in Schleswig-Holstein. Wir wollen und werden damit weitermachen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit dem letzten Energiebericht der Landesregierung von 1999 kann man feststellen, dass sich im Energiebereich etwas grundlegend geändert hat. Wir

haben den Atomausstieg in Deutschland beschlossen. Und die Landesregierung macht im Bericht nicht ganz ohne Stolz darauf aufmerksam, dass sie zwei Jahre nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl als eine der Ersten auch den **Ausstieg aus der Atomenergie** gefordert und betrieben hat.

(Günter Neugebauer [SPD]: Das haben wir schon vorher gewusst!)

- Das haben Sie vorher gewusst und ich sage Ihnen gleich auch, warum. Daher halte ich es nämlich auch für legitim, wenn ich nicht ganz ohne Stolz behaupten kann, dass der SSW sich bereits Ende der 50er Jahre gegen die Nutzung der Atomenergie gewandt hat.

(Beifall der Abgeordneten Silke Hinrichsen [SSW] - Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Da kommt es nämlich her, Günter.

Nun aber zum Bericht! Die Landesregierung hat mit ihrem Energiebericht ein umfassendes Werk und eine beachtenswerte Bilanz über den Status des Energiesektors in Europa, Deutschland und Schleswig-Holstein vorgelegt. Dafür möchte ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums bedanken. Sie haben mit diesem Bericht ein umfangreiches Nachschlagewerk für alle erarbeitet.

(Beifall beim SSW sowie vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Bericht macht deutlich, wie sehr die schleswig-holsteinische Energiepolitik von EU- und Bundes-Rahmengesetzgebungen mitbestimmt oder auch beeinflusst wird. Sie erstrecken sich von der EU-Richtlinien zu den erneuerbaren Energien, zum Emissionshandel, der Liberalisierung des Strommarktes bis hin zu den Rahmenbedingungen des Bundes, wie zum Beispiel dem Kraft-Wärme-Koppelungs-Gesetz oder den atomrechtlichen Vorschriften.

Eine der wohl wichtigsten energierechtlichen Rahmenbedingungen ist das **Erneuerbare-Energien-Gesetz**. Im April 2000 ist es in Kraft getreten und hat das bis dahin geltende Stromeinspeisungsgesetz abgelöst. Ich teile die Auffassung der Landesregierung, dass gerade das EEG der entscheidende Motor zur Steigerung des Anteils der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien ist. Und ich füge hinzu: Dieses, das EEG, ist ein Mittel, das sich im Rahmen der Wirtschaft bewegt. Das heißt, es ist ein richtiges ökonomisches Hilfsmittel, das wir da benutzen, es ist keine rechtliche Bestimmung und Vorschrift, sondern orientiert sich an den **ökonomischen Prozessen**. Es ist ein

(Lars Harms)

Vorbild für ganz Europa und wird inzwischen auch in einigen Ländern nachgemacht.

(Beifall beim SSW sowie vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit hat das EEG auch maßgeblichen Anteil an der Erfolgsgeschichte der **Windenergie** in Schleswig-Holstein. Es hat dazu beigetragen, dass bereits 2002 rund 25 % des in Schleswig-Holstein verbrauchten Stroms aus der Windenergie gewonnen werden konnten. Nebenbei bemerkt, dies ist auch einer vorausschauenden Landesplanung zu verdanken. Denn im Zeitraum 1996 bis 1998 wurde rund 1 % der Landesfläche als **Eignungsfläche für Windenergie** ausgewiesen. Wäre nach dem Vorbild des Kreises Nordfriesland vonseiten der Landesregierung hier nicht vorausschauend geplant worden, hätte es mit Sicherheit einen Wildwuchs gegeben, wie wir ihn an einigen Stellen im Land leider auch sehen müssen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dithmarschen zum Beispiel!)

Erst die planerische Grundlage hat ermöglicht, dass die Anzahl der Windkraftanlagen von 1990 bis 2003 von 100 Anlagen kontinuierlich auf 2.547 Anlagen steigen konnte, ohne dass dies zu wirklich nennenswerten Konflikten geführt hätte. Dass die Windenergie gerade für Schleswig-Holstein eine wirtschaftliche Erfolgsgeschichte ist, muss man eigentlich nicht wiederholen. Aber es gibt auch diejenigen unter uns, die nichts dazu gelernt haben und der Atompolitik immer noch das Wort reden und die Chancen der erneuerbaren Energien völlig ignorieren.

Dem Bericht ist zu entnehmen, dass es im Jahr 2000 bundesweit etwa 33.000 Beschäftigte in der **Windstrombranche** gab; der Bundesverband für Windenergie nennt hier sogar 45.000 Beschäftigte. Es gibt allein 4.000 Arbeitnehmer in Schleswig-Holstein, die direkt und indirekt in der Windbranche tätig sind. Und die Steigerung der Anzahl der Windkraftanlagen belegt, dass wir es hier mit einem wachsenden Wirtschaftszweig zu tun haben.

Es gibt in Schleswig-Holstein - überwiegend an der Westküste - etwa 100 Firmen, die in der Windenergiebranche tätig sind. Wir haben in Husum zwei große Windenergieanlagenhersteller und einen in Lübeck. Dass sich diese Firmen strategisch an Standorte an den Küsten orientiert haben, liegt unter anderem daran, dass gerade die **Offshore-Windenergie** ein Energiemarkt der Zukunft ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für Schleswig-Holstein bedeutet das, lieber Kollege Garg, dass wir direkt vor unserer Haustür Märkte mit einem enormen Potenzial haben - und Sie verpennen das Ganze.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir dürfen eben nicht die Hände nicht in den Schoß legen, sondern es muss alles dafür getan werden, dass die hier ansässigen Firmen die notwendige Unterstützung bekommen, um im Bereich der Offshore-Technik konkurrenzfähig zu bleiben.

In diesem Zusammenhang wünsche ich mir allerdings auch, dass unser Bundesumweltminister endlich deutlich sagt, in welche Richtung es gehen soll, und nicht planerische Maßgaben schafft, die möglicherweise Offshore-Windtechnik verhindern sollen. Da muss er eine gerade Linie fahren.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Akzeptanz schaffen!)

- Akzeptanz zu schaffen ist okay, aber er muss trotzdem eine gerade Linie fahren und die Visionen für uns ermöglichen.

Aber nicht allein mit der Windkraft werden wir den Atomausstieg hinbekommen. Wichtig hierbei ist der Energiemix mit Vorrang für erneuerbare Energieträger.

Dass dies keine Spinnerei ist, dürfte auch den letzten Zweiflern nach der großen internationalen **Renewables-Konferenz** in Bonn vor wenigen Wochen klar geworden sein. Diese Konferenz über erneuerbare Energien stellt einen großen Erfolg dar, weil man es geschafft hat, dass 150 Staaten eine Abschlusserklärung unterzeichnet haben, und zwar mit dem Ziel, eine Milliarde Menschen bis 2015 mit Energie aus Wind, Wasser und Sonne zu versorgen. Alle sind sich darüber im Klaren, dass dieser Art der Energiegewinnung die Zukunft gehört.

Dann klingt es wie Hohn, dass sich die Unionsbrüder Merz, Koch und Stoiber hinstellen und den Bau neuer Atommeiler für Deutschland fordern. Hier kann ich nur feststellen, dass es sich um energiepolitische Geisterfahrer handelt, die nichts verstanden haben. Sie ignorieren schlichtweg, dass die Bevölkerung diese Art von Energie nicht wieder wünscht.

So hat eine aktuelle Umfrage von Forsa ergeben, dass sich 79 % der Bürger gegen den Bau neuer Atomkraftwerke ausgesprochen haben

(Veronika Kolb [FDP]: Das will doch auch niemand!)

(Lars Harms)

und 51 % lehnen es ab, die bestehenden Atomkraftwerke länger zu nutzen, als es in der **Atomausstiegsvereinbarung** vorgesehen ist. Dies sind klare Aussagen an die Politik und wenn sich eine Volkspartei wie die Union diesen Forderungen verschließt, ist das ein Zeugnis von Arroganz und Ignoranz dem Bürger gegenüber.

Aber der Kollege Kayenburg hat ja schon angekündigt, dass sich die Union in Schleswig-Holstein nun doch mehr als Umweltpartei profilieren möchte. Dies kann sie sicherlich am besten leisten, indem sie sich von den Atom-Gesellen aus dem Süden der Republik scharf abgrenzt.

Aber auch die Behauptungen der Union, die Wirtschaft leide unter dem EEG, weil der Strompreis gestiegen sei, ist völlig unzutreffend. Die Auswirkungen des **EEG** werden bundesweit gleichmäßig auf die Stromtarife verteilt.

(Veronika Kolb [FDP]: Das wollen wir erst einmal abwarten!)

Dadurch entstehen keine Sonderlasten für stromintensive Unternehmen. Im Gegenteil: **Stromintensiven Unternehmen** werden durch eine Härtefallklausel und Sonderverträge die Möglichkeiten eingeräumt, den Strom in einem Zeitraum von sechs Jahren etwa 18,7 % günstiger zu beziehen. Von einer zusätzlichen Belastung der Wirtschaft durch das EEG kann also keine Rede sein.

Ebenso ist es unzutreffend, dass das EEG eine Subventionsmaßnahme für Windstrom oder Strom anderer regenerativer Energieformen sei.

(Veronika Kolb [FDP]: Dann fragen Sie mal die Industriebetriebe in Brunsbüttel!)

Mit dieser Mär hat der **Europäische Gerichtshof** bereits im März 2001 aufgeräumt, indem er entschieden hat, dass die Vergütungsregelungen des EEG nicht den Tatbestand einer staatlichen Subvention erfüllen.

Wenn im Zusammenhang mit **regenerativer Energieerzeugung** von Subventionen gesprochen wird, dann möge man doch bedenken, über wie viele Jahrzehnte die Atomenergie gefördert wurde und immer noch gefördert wird und zu welchem Preis die Atomenergie ihren radioaktiven Müll entsorgt.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Also, wenn wir regenerativen Energieformen Anschubhilfen zukommen lassen, dann tun wir das nur, damit diese auf dem Markt Tritt fassen und sich behaupten können.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das ist aber eine lange Anschubfinanzierung!)

Ich möchte noch einmal auf die erfolgreiche Renewables-Konferenz in Bonn zurückkommen. Ich möchte hier noch einmal auf die Dimensionen und Potenziale aufmerksam machen, die mit der Abschlusserklärung verbunden sind. Es ist unbestritten ein riesiger energiepolitischer und klimapolitischer Erfolg. Und dies ist die politische Botschaft, die von der Konferenz ausgeht.

Aber darüber hinaus beinhaltet die Abschlusserklärung natürlich auch eine enorme wirtschaftliche Komponente. Eine Milliarde Menschen bis 2015 mit Strom aus Wind, Wasser und Sonne zu versorgen, stellt eine Größenordnung dar, die höchst interessant - gerade auch für das Land Schleswig-Holstein - ist.

(Veronika Kolb [FDP]: Weitere Versparung!)

Von daher ist es mir einfach unverständlich, dass Herr Stoiber in diesen Tagen seinen veralteten Forschungsreaktor als „Leuchtturm der Innovation“ und als eine „Hightech-Jobmaschine“ bezeichnet. Das ist Blödsinn hoch drei. Atomenergie ist die Energieform der Vergangenheit.

Die Zukunft gehört eindeutig den erneuerbaren Energieformen. Und daher ist es wichtig, dass wir als Land Schleswig-Holstein hier nicht den Anschluss verlieren. Der Bericht macht deutlich, dass im Bereich Forschung und Lehre bei erneuerbaren Energieformen bereits einiges an unseren Universitäten, Fachhochschulen und anderen Einrichtungen läuft.

Diese Entwicklung müssen wir weiter fördern. So erhalten wir den Vorsprung, den wir derzeit auf diesem Sektor haben, und grenzen uns scharf gegenüber den energiepolitischen Entwicklungsländern wie Bayern und Hessen ab.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich zunächst Herrn Kollegen Uwe Eichelberg das Wort.

**Uwe Eichelberg [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Lars Harms, dein Vortrag erinnert mich an die damalige Diskussion nach dem Motto: „Der Strom kommt aus der Steckdose“. Ich glaube, so einfach darf man sich die Diskussion nicht machen.

(Beifall bei CDU und FDP)

(Uwe Eichelberg)

Wir leben in einer Industriegesellschaft; das ist zweifelsfrei so. Und eine Industriegesellschaft braucht sichere Energie. Diesen Energiebedarf müssen wir vernünftig decken.

(Zuruf des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Wir haben nie gesagt, die Energie dürfe nur aus Kernkraftwerken kommen. Wir haben vielmehr immer Wert darauf gelegt, dass Forschung und Entwicklung stattfinden müssen, und es kommt auf den Energiemix an, mit dem wir in Zukunft die Energieversorgung in unserem Land decken.

Wir dürfen uns doch nicht einfach so die Bälle zuwerfen. Wir haben doch nichts gegen die Windenergie. Die **Windenergie** ist auch eine Energieart, die in Zukunft gefördert werden muss. Daran haben wir nie gezweifelt.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vahrenholt!)

Nur, meine Damen und Herren, Herr Vahrenholt - und der Umweltminister war auch bei den nachfolgenden Diskussionen anwesend - hat gerade letzte Woche klipp und klar gesagt - und Herr Vahrenholt als Chef der REpower systems AG ist immerhin ein von Ihnen anerkannter Fachmann -, dass der Anteil der Windenergie nie mehr als 20 bis 25 % betragen werde und ein höherer Anteil Quatsch sei. Das musste sich auch Herr Müller immer anhören und Herr Vahrenholt ist nicht unbedingt jemand, der der CDU zuzurechnen ist.

(Beifall bei CDU und FDP)

Er ist vielmehr auch Realist in Dingen, mit denen er selber verhaftet ist, meine Damen und Herren.

Klipp und klar wurde auch gesagt, die **Kernkraft** sei zurzeit unverzichtbar. Er sagte, für die Entwicklung und Erforschung alternativer Energien bräuchten wir zehn Jahre. Das Beispiel der **Offshore-Technik** in **Dänemark** hat gezeigt, dass Dänemark noch nicht so weit ist. Diese zehn Jahre seien erforderlich und auch die Windenergie brauche noch zehn Jahre, um wettbewerbsfähig sein zu können. Das dürfen wir doch nicht vergessen, meine Damen und Herren.

Vielleicht darf ich auch diesen oder jenen noch einmal daran erinnern: Schleswig-Holstein hat sein Wachstum in der Industrie und Wirtschaft erst entfalten können, als wir die Kernkraftwerke im Norden bekamen. Dies gilt genauso für den damaligen Push für Hamburg; das dürfen wir nicht vergessen. Preiswerte Energie, die wettbewerbsfähige Firmenstandor-

te hier erhält, ist für uns alle notwendig und daran kommen wir nicht vorbei.

Insofern sollten wir diese Diskussion vernünftig führen. Es geht nicht um „Kernkraft gegen Wind“, sondern es kommt auf den Mix an. Lasst uns vernünftig für die Zukunft planen! Anders kommen wir nicht weiter.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich dem Abgeordneten Manfred Ritzek das Wort.

**Manfred Ritzek [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zwei Zahlen mögen verdeutlichen, dass es unzweifelhaft ist, dass sich alle darum bemühen, den Anteil der regenerativen Energien zu erhöhen und den der fossilen Rohstoffe zu senken.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir verzeichnen heute weltweit einen Treibhausgasausstoß von 25 Milliarden t und der **Energiebedarf** wird zu 90 % von fossilen Rohstoffen gedeckt. Die **fossilen Rohstoffe** sind endlich, der Ausstoß von Treibhausgasen muss reduziert werden.

Aber es darf nicht so getan werden, als ob die Windkraft das Heil der Welt wäre.

(Beifall der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Die **regenerativen Energien** in Deutschland decken gerade einmal 3,1 % des gesamten Energiebedarfs von 480 Millionen t Steinkohleeinheiten. Die Windkraftenergie ist einer der kleinsten Anteile innerhalb der 3,1 %, allerdings werden etwa 8 % für den Strombedarf bereitgestellt. Das ist richtig.

Ich bitte darum, nicht so zu tun, als wenn die **Windkraftenergie** das Heil der Welt ist. Wir müssen hier wirklich aufpassen. Der Kollege Matthiessen ist leider nicht da - er sagte, die CDU kümmere sich nicht um regenerative Energien. Die CDU oder die CSU waren die Ersten, die die Wasserkraft als regenerative Energie ausgenutzt haben. Diese Kapazitäten sind erschöpft. Deshalb ist es normal, dass wir hier oben, wenn wir Wind haben, die Windkraft nutzen. Nur: Es muss sinnvoll, effizient und effektiv gemacht werden.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort zu einem Kurzbeitrag erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Konrad Nabel.

(Unruhe)

**Konrad Nabel [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es muss noch einmal deutlich gemacht werden, dass vor allem die CDU, aber in Teilen auch die FDP mit einem künstlichen Gegensatz versucht, sich herauszureden, und gar nicht merkt, dass sie einiges versäumt hat. Es geht nicht allein um die Windkraft, Herr Kerksenbrock. Die Windkraft ist eine bestehende, ausgereifte Technologie, die wird ihren Erfolgsweg weitergehen. Wir müssen uns jetzt den weiteren erneuerbaren Energien zuwenden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auch die standen im Mittelpunkt der Konferenz in Bonn, zu der Sie mit dem Flieger an- und abgereist sind, was ich sehr passend finde, Herr Kerksenbrock.

(Uwe Eichelberg [CDU]: Sind Sie mit dem Fahrrad gefahren?)

- Ich bin mit der Bahn gefahren. - Diese kleine gemeine Bemerkung am Rande musste ich loswerden. Sie sind überhaupt nicht in der Lage, die gesamte Dimension dieses Themas aufzunehmen.

Herr Eichelberg, wenn wir nicht mit der vorausschauenden Vision, Schleswig-Holstein mit 50 % in der Stromenergie aus Wind zu versorgen, an die ganze Aufgabe herangegangen wären, hätten wir niemals das 25 %-Ziel längst erreicht und wären niemals auf das 50 %-Ziel 2010 hinmarschiert.

Wir brauchen auch ein bisschen den Ausblick in die Zukunft und die Zukunft heißt, dass wir 100 % aus erneuerbaren Energien im gesamten Wärme-, Energie- und Verkehrsbereich werden haben müssen, weil uns die **fossilen Energien** ausgehen, weil auch das Uran eine endliche Ressource ist, die im Übrigen nicht unbedingt in Deutschland vorzufinden ist, sondern aus Australien, Südafrika und was weiß ich woher kommt, Herr Kerksenbrock. Diese Abhängigkeiten möchte ich nicht haben, abgesehen von den ungeklärten Fragen der Entsorgung.

Sie kommen mir manchmal vor wie ein Don Quichotte - aber das ist ja schon an anderer Stelle gesagt worden -, der jetzt nicht mehr gegen alte Getreide- oder sonstige Mühlen, sondern gegen unsere Windkraftwerke anläuft. Kein Wort über Biomasse, kein Wort über Photovoltaik, kein bisschen über Geothermie,

kein bisschen über Wellenkraft und nur ganz wenig über Energiesparen. Das sind die Energiequellen der Zukunft. Für diese Energiequellen der Zukunft haben wir Schleswig-Holstein durch einen beispiellosen Rush im Bereich der Windenergie fit gemacht.

Wir werden als Energieland Nummer eins in der Bundesrepublik genannt. Wir wurden auf der Parlamentarierkonferenz immer wieder zitiert, ob es afrikanische, amerikanische oder asiatische Kolleginnen und Kollegen waren, die deutlich gemacht haben: In Fragen der Energie von Schleswig-Holstein lernen heißt, auch siegen lernen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Herr Abgeordneter Hentschel, bevor Sie sich zu Wort gemeldet haben, hat sich eine andere Rednerin zu Wort gemeldet. Zunächst gebe ich der Frau Abgeordneten Aschmoneit-Lücke nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung das Wort. Dann sind Sie dran, Herr Hentschel. Ladies first!

**Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Nabel, ich habe eben - wie immer - deutlich zugehört, als Sie gesprochen haben. Sie haben gesagt, die **Windkraft** sei eine ausgereifte Technologie. Da kann man Ihnen zustimmen oder auch nicht. Aber wenn Sie das sagen, ist eines jedenfalls klar: Dann braucht es keine **Anschubsubventionen** mehr,

(Beifall bei FDP und CDU)

die wir nach wie vor haben über das **EEG** - ob Subvention, Unterstützung oder wie auch immer Sie das nennen wollen. Sie haben doch selbst immer gesagt, das EEG habe dazu geführt, dass die Windenergie in Schleswig-Holstein so boomt.

Ich wollte eigentlich zum Kollegen Harms etwas sagen. Herr Kollege Harms, gerade der SSW sagt ja immer, wir sollten den Blick über den Tellerrand heben, und zwar immer in Richtung **Dänemark**. Ich muss mich doch sehr wundern, dass keiner von Ihnen, auch Sie nicht, zum Thema Offshore irgendetwas gesagt hat, dass der größte **Offshore-Windpark** vor Dänemark in der Nordsee alle 80 Geräte abbauen muss, weil die Geräte der Nordseeluft nicht standhalten. Sie sagen gar nichts dazu, Sie stellen sich hierhin und reden über Offshore-Windkraft und sagen,



(Christel Aschmoneit-Lücke)

Windkraft sei etwas ganz Tolles, und verlieren kein Wort dazu. Das kann ich überhaupt nicht verstehen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Eines sollten wir daraus zumindest lernen, dass Versuche an Land für die Offshore-Windkraft nicht ausreichen. Wir versuchen das im Moment ja. Das ist ja die Idee. Versuche an Land werden uns nicht die richtigen Ergebnisse bringen - davon bin ich fest überzeugt.

Nun noch einmal zu der Konferenz in Bonn! Es gab große Hoffnungen bei den Teilnehmern, insbesondere aus den afrikanischen Ländern. Das habe ich gesehen und gehört, sehr eindrucksvoll. Was ich übrigens sehr eindrucksvoll fand, war, dass diese Länder ganz offensichtlich ihre allerbesten Leute dorthin geschickt haben. Das war eine Konferenz, die uns allen sehr gut getan hat.

Ich habe mich an dem Abend mit einzelnen Vertretern unterhalten, zum Beispiel aus Papua Neuguinea, zum Beispiel aus Mali. Da ist mir Folgendes gesagt worden, gerade aus Mali: Es ist ja sehr schön, nur, da werden uns Windräder auf die Riesfläche, die wir haben, hingestellt - wir haben auch genügend Wind - und dann gehen die Leute wieder, in diesem Fall Frankreich - Mali ist ja früher eine französische Kolonie gewesen -, und lassen die Windräder da stehen. Die verrotten innerhalb kürzester Zeit, weil wir weder das Kapital noch das Wissen haben, mit dieser Technologie überhaupt umzugehen.

(Zurufe von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

- Darf ich bitte einmal ausreden? Wir dürfen die Hoffnungen dieser Länder doch nicht irgendwo als Luftblase zerplatzen lassen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Der Kollege Graf Kerksenbrock hat etwas über Biomasse gesagt. Wir müssen uns schon überlegen, was wir gerade diesen Ländern anbieten wollen. Sicherlich nicht Kernkraft, aber sicherlich auch nicht irgendeine Technologie, mit der diese Menschen nicht umgehen können oder für die sie kein Geld haben.

Bitte lassen Sie uns wirklich ernsthaft mit dem Thema umgehen. Gerade diese Länder haben unsere volle Aufmerksamkeit verdient.

(Beifall bei FDP und CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war ein peinlicher Beitrag zur Entwicklungspolitik! - Weitere Zurufe)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Bitte kein Dialog von Bank zu Bank, sondern nutzen Sie die Möglichkeit des Mikrofons! In diesem Sinne hat jetzt Herr Abgeordneter Karl-Martin Hentschel die Möglichkeit, einen Dreiminutenbeitrag nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung zu leisten.

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wir wissen mittlerweile in der Entwicklungspolitik sehr gut, dass die Voraussetzung für den Einsatz von modernen Technologien die Ausbildung von einheimischen Fachkräften ist. Das ist die Grundlage für eine erfolgreiche Entwicklungspolitik. Wenn Sie das nicht leisten, werden sie - egal, welche Technologie Sie dort hinbringen - innerhalb kürzester Zeit verrotten. Das wissen wir. Deswegen ist eine vernünftige Entwicklungspolitik auch so angelegt, dass die Ausbildung die Grundlage ist. Das haben wir übrigens auch gestern in „Ecopolicy“, dem schönen Computerspiel, wieder gelernt.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Deswegen geht Ihr Vorwurf, sie könnten das technologisch nicht bewältigen, völlig nach hinten los und sagt nur, es ist eine falsche Entwicklungspolitik betrieben worden.

(Zuruf der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [FDP])

Ich finde, das ist tatsächlich Kolonialismus, wenn man den Menschen sagt: Ihr seid zu dumm. Das ist der Kern dieses Argumentes. Das lehne ich wirklich ab.

(Widerspruch bei CDU und FDP)

Die Frage der Energiepolitik hat sicherlich viel mit Technologie zu tun. Wenn man sagt, die Technologie der Windkraft sei bei **Offshore** noch nicht ausgereift, heißt das nur, dass wir noch Entwicklungsphasen haben. Aber niemand von technisch versierten Leuten zweifelt ernsthaft, dass es möglich ist, **Windkraftwerke aufs Meer** zu stellen. Das braucht eine gewisse Entwicklungszeit. Wenn man Entwicklungen zu sehr beschleunigt, kann es auch schief gehen. Auch das wissen wir alle aus der Technologiegeschichte.

Weiter. Kern der Energiedebatte ist eine ökonomische Debatte. Wir wissen alle, dass die **Primärenergiepreise** von fossilen Energien in den nächsten 50 Jahren dramatisch ansteigen werden. Ob sie sich verdoppeln oder vervierfachen werden, kann man schwer

(Karl-Martin Hentschel)

voraussagen. Wenn man sich die Entwicklung der Reserven anschaut, so ist zu vermuten, dass sie sich eher vervierfachen als verdoppeln werden. Das bedeutet: Wir werden eine enorme Wirtschaftskrise bekommen, wenn wir es nicht schaffen, rechtzeitig in regenerative Energien einzusteigen. Da wird uns auch die Kernenergie nicht helfen.

Alle wissen, dass die **Kernenergie** eine Übergangstechnologie ist, die überhaupt nur ein sehr geringes Spektrum des Energiebedarfs abdeckt. Weltweit liegt sie unter 10 %. Das heißt, sie löst die Energieprobleme überhaupt nicht, sie löst nicht die Energieprobleme der dritten Welt, insbesondere Chinas, das den größten Energiehunger überhaupt hat. Indien wird als Nächstes kommen. Diese Probleme werden mit Kernenergie nicht gelöst, denn dann wären die Uranvorhaben in zwanzig bis dreißig Jahren erschöpft und der ganze Budenzauber wäre wieder vorbei. Entweder werden wir in dreißig oder vierzig Jahren eine Weltwirtschaftskrise haben oder wir schaffen es, rechtzeitig auf die regenerativen Energien umzusteigen. Davon, ob wir das schaffen, hängt die Zukunft ab.

Jetzt kommt das Spannende: Diejenigen, die als Erste in solche Technologien einsteigen, die frühzeitig in den richtigen Bereich investieren, haben am Schluss den Vorteil. Das ist Technologiesgeschichte. Wer also frühzeitig plant, frühzeitig neue Kraftwerke baut, frühzeitig in neue Technologien investiert, ist im Vorteil. Wer jetzt Kraftwerke baut, die in 30 bis 40 Jahren gar nicht mehr zu nutzen sind - so lange halten nun einmal Kraftwerke -, wer Atomkraftwerke und Kohlekraftwerke baut, die hinterher nicht mehr verwendbar sind, weil die Energiepreise so hoch sind, dass sie nicht mehr rentabel laufen, ist nachher der Angeschissene.

(Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]: Wie bitte? Was ist los? - Zurufe von der CDU)

- Platt ist doch wohl erlaubt, oder? - Entschuldigung. Ich nehme es zurück, Herr Präsident.

Deswegen glaube ich, dass wir auf einem ausgesprochen guten Wege sind. Mittlerweile kommen internationale Delegationen aus allen Ländern der Welt, von Japan bis USA, von Südamerika bis zu den europäischen Ländern wie Spanien, aber auch aus den arabischen Ländern, nach Schleswig-Holstein, um sich anzusehen, was hier in der Energiepolitik geschieht. Das ist wunderbar. Damit sind wir endlich einmal weltweit führend.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Holger Astrup [SPD])

Wenn das hier kaputtgeredet wird, dann kann ich nur sagen: Gute Nacht, Opposition!

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Mein Gott! - Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Zu einem Kurzbeitrag erteile ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erstens. Herr Kollege Eichelberg, Sie sagten, zehn Jahre brauchten wir, um bei der Offshore-Technologie so richtig in Gang zu kommen. Ich bezweifle das, aber ich gehe jetzt einmal davon aus, dass wir tatsächlich noch zehn Jahre brauchen, bis es wirklich gut funktioniert. Dabei muss man bedenken: Der Atomausstieg soll ungefähr 30 Jahre in Anspruch nehmen. Das heißt, wir haben genug Zeit, um genau diese Energieformen, die **Offshore-Technologie** beispielsweise, so zu entwickeln, dass sie mit Eichelbergs Gnaden läuft. Das heißt aber doch, dass wir, wenn wir in diesem Bereich schon richtig gut sind, diese Chance auch nutzen sollten. Wir haben genug Zeit. Das sieht die Atomausstiegsvereinbarung vor.

Zweitens zum Anlagenbau, Frau Aschmoneit-Lücke! Sie sagten, keiner sei auf Dänemark eingegangen. Richtig ist sicherlich, dass es in dem Park vor Esbjerg derzeit Probleme gibt. Zu fragen ist erstens: War es ein Planungsfehler der dort beteiligten Unternehmen? Dann ist es eine Unternehmenssache. Zweitens ist zu fragen: Ist es immer noch ein technischer Fehler wegen der Salzluft in der Nordsee, der noch gelöst werden muss? Dann wäre die weitere Forschung zu unterstützen. Auch dann müsste man sagen: Wir sind schon so weit, dass wir es in der Ostsee geschafft haben. Jetzt forschen wir, damit wir es auch in der Nordsee schaffen. Das ist eigentlich ein Anlass, wieder Geld dort hineinzustecken.

Drittens: Entwicklungshilfe. Der Kollege Hentschel hat es schon deutlich gemacht: Es ist nicht die Frage der Windenergie, sondern die Frage, welche Art der Entwicklungshilfe man betreibt. Wenn man das so macht wie die Franzosen in Mali, muss es schief gehen. Dabei ist es wirklich egal, ob man Häuser nicht vernünftig baut, ob man Atomkraftwerke dort hinstellt oder Windenergieanlagen. Wenn man die Technik und die Fertigkeiten nicht mitliefert, wenn man die Ausbildung nicht macht, dann geht so etwas

(Lars Harms)

schief. Das ist im Übrigen Entwicklungspolitik aus dem vorletzten Jahrhundert.

Viertens: Bedeutung der Windkraft auch für das Land Schleswig-Holstein. An der **Westküste** hat es seit 400 Jahren nur Landwirtschaft, Fischerei und Schifffahrt gegeben. Dann kam ein bisschen Tourismus hinzu. Ansonsten hat sich dort nichts entwickelt. Industrie war für uns an der Westküste undenkbar. Wir haben es das erste Mal geschafft, einen völlig neuen **Wirtschaftszweig** an der Westküste zu etablieren.

(Beifall bei SSW und SPD)

Das ist in den letzten fünf bis sieben Jahren geschehen. Auf einmal können studierte Leute in der Region bleiben und in der Region einen Arbeitsplatz finden. Das ist eine große Neuerung für die Westküste, im Übrigen auch für uns Minderheiten, dass nicht immer unsere klugen Köpfe unser Land verlassen müssen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies ist ein Vorteil. Wir können froh sein, dass dies geschehen ist. Das bedeutet für uns, dass wir gerade diese **Energieform** weiterentwickeln müssen. Wir müssen mit der Förderung und mit Erforschung der erneuerbaren Energien weitermachen. Denn in diesem Bereich sind wir nachweisbar gut. Da wo wir gut sind, sollten wir noch besser werden. Das ist eine Forderung, die ständig in diesem Hause aufgestellt wird. Dann muss diese Forderung gerade in diesem Bereich gelten, denn da sind wir wirklich führend in der ganzen Republik. Diese Führung sollten wir uns nicht nehmen lassen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Ich erteile jetzt dem Herrn Abgeordneten Wilhelm Malerius das Wort zu einem Kurzbeitrag.

**Wilhelm-Karl Malerius [SPD]:**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Ritzek, Sie sagten, wir sollten nicht so tun, als ob die Windkraft das Heil der Welt sei. Wir sollten aber dafür sorgen, dass Windkraft ein Teil der Welt ist. Das ist der entscheidende Punkt. Das machen wir ja auch.

(Beifall bei SPD und SSW)

Sie verdammten das aber immer wieder. Ihr Vordenker dabei ist Graf Kerksenbrock. - Sie sind nicht einmal Vordenker, sondern Sie denken nach hinten. Das ist das Problem.

(Beifall bei der SPD)

Frau Aschmoneit-Lücke, Sie sagten, Versuche der Windkraft an Land würden uns nichts bringen. Die **Firma REpowering** ist gerade dabei, einen Quantensprung zu machen. Sie überspringt die 2- und 3-MW-Anlagen und geht gleich an die 5-MW-Anlagen heran. So weit sind sie schon.

(Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]: Sie haben es aber noch nicht in der Nordsee erprobt!)

- Hören Sie doch zu! - Sie ist eben so weit, das an Land zu machen. Wir haben ja bei uns das Beispiel GROWIAN. Sie will es erproben. Das ist das Gute. Und gut ist, dass diese Firma in Schleswig-Holstein sitzt und das bei uns macht.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Was meinen Sie wohl, warum wir in Brunsbüttel zugestimmt haben? Weil wir genau wissen, dass die Leute aus der ganzen Welt hierher kommen, um diese Anlage zu sehen, sodass wir dann Kontakte knüpfen können. Und Sie führen Horns Rev an!

Es ist gut, dass das dort jetzt gerade passiert ist. So können wir aus den Fehlern, die von der Firma dort gemacht worden sind, lernen. Wir können jetzt erforschen, wie wir mit der aggressiven Nordseeeluft umgehen müssen. Das ist eine riesige Aufgabe, die wir alle gemeinsam anpacken sollten. Lars Harms hat Recht: Daran müssen wir möglicherweise forschen. Das ist jetzt die Aufgabe der Hochschulen, die gerade ein Kompetenzzentrum gegründet haben. Sie müssen jetzt ergründen, warum das passiert ist. Zunächst einmal wird es sehr viel Geld kosten, aber dann werden wir davon profitieren.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Jetzt darf ich zu einem Dreiminutenbeitrag der Kollegin Roswitha Müllerwiebus das Wort erteilen.

**Roswitha Müllerwiebus [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Soeben wurde das Problem der mangelnden Netzversorgung angesprochen. Darauf möchte ich kurz eingehen.

Mit den erneuerbaren Energien wollen wir ja gerade mehr dezentrale Versorgung realisieren. Wenn ich mich jetzt einmal auf Strom beschränke, so wird die-

**(Roswitha Müllerwiebus)**

ser dezentral verbraucht, also soll er auch möglichst dezentral erzeugt werden.

(Beifall bei SPD und SSW)

Dann brauchen wir nicht diese Riesenkapazitäten an Leitungen, wie wir sie im Moment haben. Das ist das Ziel.

Herr Kubicki, ich sage auch noch einmal in Ihre Richtung: Wenn wir uns überlegen, was Energie überhaupt ist und woher sie kommt, so kann ich im Grundsatz sagen: Ich will genau das, was Sie auch wollen, nämlich die Kernenergie nutzen, aber ich will sie nicht da nutzen, wo Sie sie nutzen wollen, nämlich auf der Erdoberfläche, sondern ich will sie dort nutzen, wo die Natur sie hingesezt hat. Das ist einmal auf der Sonne, die ja unser Fusionskraftwerk ist.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie können gar nicht verhindern, dass sie genutzt wird!)

Die Sonne versorgt uns mit ihrer Energie. Es ist überheblich, diese Technik, die die Natur eingerichtet hat, die unser Leben auf der Erde erst ermöglicht, nachmachen und besser machen zu wollen.

Das geht schief. Das haben wir erfahren. Deswegen wollen wir aussteigen.

Zum Zweiten wollen wir unser Kernkraftwerk Erde nutzen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dagegen spricht gar nichts!)

Im Erdmittelpunkt ist die Kernspaltung gut aufgehoben. Dort passiert sie und dort versorgt sie uns über Geothermie mit Energie. Auch das wollen wir verstärkt nutzen. Dieser gesamte Mix ist es eigentlich, der es ausmacht. Gucken wir mehr auf die Natur, darauf, was die Natur für uns eingerichtet hat, und nutzen wir das, ohne es nachmachen zu wollen!

Wenn hier immer angeführt wird, Windenergie sei nichts wegen der 80 Offshore-Anlagen: Das ist ein **Materialproblem**; das hat nichts mit der Windenergie an sich zu tun. Diese **Windkraftanlagen** sind aus nicht so resistentem Material hergestellt. Das heißt noch lange nicht, dass der Weg zu erneuerbaren Energien nicht richtig ist.

Es wird immer gesagt: Die Anzahl wird nie ausreichen. Es wird irgendwann einmal ausreichen.

(Veronika Kolb [FDP]: Träumereien, nichts anderes!)

Vorhin ist schon gesagt worden: Irgendwann werden wir damit 100 % Energieversorgung haben. Wir müssen immer gucken: 100 % wovon? Deswegen heißt

der Weg auch: Energieeffizienz, Energie einsparen. Dann haben wir nämlich mehr Nutzen aus weniger Energieeinsatz.

(Veronika Kolb [FDP]: Ist das hier eine Schulstunde oder was?)

Denn Energiesparmaßnahmen erhöhen die Energiemenge, die wir zur Verfügung haben. Wenn wir nur halb so viel Energie einsetzen müssen, um das zu erreichen, was wir für den industriellen Nutzen erreichen wollen, dann haben wir schnell einen doppelt so hohen Anteil an erneuerbaren Energien. Das ist der Weg, den wir weiter einschlagen wollen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann schließe ich die Beratung. Wird gewünscht, den Bericht im zuständigen Ausschuss abschließend zu beraten? - Ich darf um Vorschläge bitten, in welche Ausschüsse das überwiesen werden soll. - Wer beschließen möchte, dass der Energiebericht der Landesregierung, Drucksache 15/3493, zur abschließenden Beratung federführend an den Innenausschuss und mitberatend an den Wirtschaftsausschuss überwiesen wird, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist das einstimmig vom Hause so beschlossen und der Tagesordnungspunkt damit erledigt.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, darf ich die Gelegenheit nutzen, neue Gäste auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtages zu begrüßen, zunächst Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer des Lessing-Gymnasiums Norderstedt.

(Beifall)

Darüber hinaus begrüße ich zunächst den Hauptvorsitzenden des Bundes deutscher Nordschleswiger, Herrn Hans Heinrich Hansen, den Generalsekretär des Bundes deutscher Nordschleswiger, Herrn Peter Iver Johannsen, und selbstverständlich auch die Minderheitenbeauftragte bei der Ministerpräsidentin, Frau Renate Schnack. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich darf Sie darauf hinweisen, dass am Wochenende Scheersbergfest ist, am Sonntag um 14 Uhr.

(Vizepräsident Thomas Stritzl)

Dann treten wir in Tagesordnungspunkt 19 ein:

### 3. Kohäsionsbericht der Europäischen Kommission

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/3488

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Mit diesem Antrag ist ein mündlicher Bericht in dieser Tagung beantragt. Wer dafür ist, dass wir in dieser Tagung einen mündlichen Bericht hören, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmhaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen. Dann ist der Bericht zu geben.

Ich darf der Frau Ministerpräsidentin Simonis das Wort erteilen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Endlich!)

**Heide Simonis**, Ministerpräsidentin:

Sie waren heute Morgen nicht da. Sonst hätten Sie mich schon einmal hören können, wenn Ihnen so freudig erregt danach zumute ist, sehr geehrter Herr Abgeordneter Kubicki.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich musste mich um den Finanzminister kümmern, Frau Ministerpräsidentin!)

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Schleswig-Holstein begrüßt den **3. Kohäsionsbericht der Europäischen Kommission**, der Vorschläge für die inhaltliche Neuausrichtung der europäischen Strukturpolitik nach 2006 formuliert. Er ist die notwendige und von uns auch erwartete Antwort auf die Erweiterung der EU von 15 auf 25 Mitgliedstaaten.

Den neuen Ansatz der Strukturpolitik unterstützen wir. Ihre Schwerpunkte werden auf die neuen EU-Mitglieder und auf die Verringerung sozialer und wirtschaftlicher Unterschiede in der erweiterten EU verlagert. Gleichzeitig setzt die Europäische Kommission Zeichen für die Wettbewerbsfähigkeit der stärker entwickelten Regionen. Auch künftig soll hier eine substanzielle Förderung möglich sein, zum Beispiel in Regionen wie Schleswig-Holstein, die zwar keinen Entwicklungsrückstand mehr haben, aber noch mit Strukturproblemen konfrontiert sind. Für unsere **Regional- und Strukturpolitik**, die zur Hälfte aus EU-Mitteln finanziert wird, ist das von elementarer Bedeutung.

Nach den Vorstellungen der Kommission soll das neue Ziel 2, regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung, die bisherigen Ziele 2 und 3 ersetzen.

Mit 18 % der Gesamtförderung soll es aus dem Europäischen Fonds für Regionalentwicklung und dem Europäischen Sozialfonds finanziert werden. Die strukturpolitischen Vorstellungen der Kommission für diese Ziele bedeuten einen Paradigmenwechsel. Sie soll künftig eine dauerhafte regionale Wachstums- und Innovationspolitik unterstützen.

Für Schleswig-Holstein ist es wichtig, dass die EU-Strukturpolitik stärker auf Zukunftsaufgaben und auf Wettbewerbsfähigkeit der EU ausgerichtet wird. Wir begrüßen also die Verknüpfung der Strukturpolitik mit den Zielen der Europäischen Räte von Lissabon und Göteborg, die die EU bis zum Jahre 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt machen soll.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Förderfähige Schwerpunktthemen wie Wissensgesellschaft, Innovation, Beschäftigung und Umwelt decken sich mit den Prioritäten der schleswig-holsteinischen Landespolitik.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich freue mich, dass durch das neu formulierte Ziel 2 mehrere Ansatzpunkte geboten werden, das Zukunftsthema Meer zu fördern, zum Beispiel Förderung erneuerbarer Energien, Entwicklung von Notfallplänen in Katastrophenfällen oder die Unterstützung von Unternehmensgründungen aus Universitäten heraus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein weiterer positiver Aspekt ist das neue Ziel 3, das der **europäischen territorialen Zusammenarbeit** dient und das bisherige INTERREG-Programm ersetzen soll. Geplant ist eine finanzielle Ausstattung mit 4 % der Gesamtmittel. Damit können wir weiterhin erfolgreiche Ostsee- und Nordseezusammenarbeit fördern und einen wichtigen Beitrag für die Integration der neuen Mitgliedstaaten leisten. Das ist zudem ein weiterer wichtiger Ansatzpunkt für die schleswig-holsteinische Initiative „Zukunft Meer“ und die Entwicklung der Küstengebiete.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Allerdings ist der Mittelansatz der Kommission in der finanziellen Vorausschau von 2007 bis 2013 mit jährlich 1,14 % des Bruttonationaleinkommens für den Gesamthaushalt problematisch. Allein für die europäische Strukturpolitik wäre das eine Steigerung von 100 Milliarden € auf rund 340 Milliarden €. Das entspräche in Deutschland einer Steigerung der aktuellen Bruttoabführung von derzeit 22 Milliarden € an den EU-Haushalt um fast 10 Milliarden € pro Jahr. Das kann man niemandem vermitteln. Ich glaube, wir

**(Ministerpräsidentin Heide Simonis)**

können es auch nicht stemmen. Das sollte man sich gar nicht erst vornehmen.

Ich habe Verständnis für die allgemeinen Sparziele der Bundesregierung, zumal die Europäische Kommission andererseits auf die Einhaltung der Maastrichter Verschuldungskriterien drängt. Man muss kein Prophet sein, um zu sehen, dass es hier natürlich heftige Auseinandersetzungen geben wird. Da muss eine vernünftige Lösung auch auf europäischer Ebene gefunden werden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Es muss ein überzeugender Weg zwischen **Haushaltskonsolidierung** auf der einen Seite und notwendiger **Strukturförderung** auf der anderen Seite gefunden werden. Eine einseitige Kürzung der EU-Ausgaben zulasten der künftigen Strukturpolitik lehnt Schleswig-Holstein ab. Alle Kapitel des Unionshaushaltes gehören auf den Prüfstand.

Für die Regionalpolitik Schleswig-Holsteins nach 2006 müssen wir die für den 14. Juli erwarteten Legislativvorschläge der Kommission, die weiteren Positionierungen der Bundesregierung und die Verhandlungen zwischen den Mitgliedstaaten sowie mit dem Europäischen Parlament abwarten. Aber klar ist, dass die Landesregierung Schleswig-Holstein die weiteren Beratungen zur EU-Strukturpolitik nach 2006 aktiv begleiten wird. Wir machen uns dabei einerseits für die Interessen unseres Landes stark, andererseits allerdings auch für die Zukunft Europas, weil die Interessen unseres Landes in diese eingebettet sind.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Ich eröffne die Aussprache. Zunächst darf ich einen weiteren Gast auf der Tribüne begrüßen, Herrn Lubeseder, den Vorsitzenden der Europa-Union. - Ich heiße auch Sie herzlich willkommen.

(Beifall)

Ich darf für die Fraktion der CDU Herrn Manfred Ritzek das Wort erteilen.

**Manfred Ritzek [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die **Erweiterung Europas** zum 1. Mai 2004 ist die größte, aber auch die schwierigste Erweiterung in der 50-jährigen Geschichte der Europäischen Union. Sie bietet einerseits die Chance zur langfristigen Garantie von Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand in

ganz Europa. Sie bedeutet andererseits aber auch eine Zunahme der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten innerhalb der Europäischen Union. Europa muss deshalb in einem schwierigen Umfeld für fast alle Länder einen Weg finden, um einen Ausgleich zwischen Haushaltszwängen und dem Gebot der Solidarität zu schaffen.

Unterstützung für die schwachen Regionen in den Beitrittsländern wird oberste Priorität bei einer neuen **Kohäsionspolitik** haben. Dennoch müssen auch weiterhin die Regionen in der bisherigen Europäischen Union Unterstützung erhalten, die den wirtschaftlichen Aufholprozess noch nicht abgeschlossen haben. Darüber hinaus beanspruchen die alten und neuen Grenzregionen besondere Förderung, da sie die Hauptanpassungslast der Erweiterung zu tragen haben.

Der 3. Kohäsionsbericht der Europäischen Kommission vom 18. Februar 2004 umfasst etwas mehr als 200 Seiten. Er beinhaltet Vorschläge zur Finanzierung und Verteilung der Mittel für den Zeitraum von 2007 bis 2013. Allerdings gibt es für die nächste Förderperiode bis 2013 noch keine belastbaren Ergebnisse. Gesicherte Schlussfolgerungen für Schleswig-Holstein und für die Regionalpolitik sind deshalb noch nicht möglich. Ein Versuch der Landesregierung, erste konkrete Aussagen zu machen, wäre aber schon bedeutend gewesen. Sie sind doch sonst nicht so sparsam mit Prognosen. Ich erinnere nur an das Wirtschaftsstrategiepapier für den Zeitraum bis 2020. Dieses Papier ist zwar nicht bedeutend, aber ich hätte schon erwartet, dass hier in Bezug auf die Regionalpolitik ein erster Versuch gestartet wird.

Welches sind nun die Hauptaufgaben und welches die Grundlagen für die Gestaltung einer Kohäsionspolitik, wie sie in dem Bericht beschrieben ist? Im März 2000 - die Frau Ministerpräsidentin erwähnte das bereits - setzte sich die Europäische Union beim Gipfeltreffen in Lissabon dafür ein, die **Union** zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten **Wirtschaftsraum** der Welt zu machen. Die europäische Kohäsionspolitik will dazu einen wichtigen Beitrag leisten, fordert aber von den Ländern und Regionen selbst einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Rahmenbedingungen. Die Landesregierung müsste sich jetzt darauf konzentrieren, diese Rahmenbedingungen schon einmal zu verbessern.

Die Erweiterung der Europäischen Union um zehn neue Mitglieder hat das durchschnittliche Bruttoinlandsprodukt um 12,5 % gesenkt. Das bedeutet, dass einige Regionen, die bisher zum Ziel-1-Gebiet gehören, nun in das Ziel-2-Gebiet kommen, andere wiederum aus dem Ziel-2-Gebiet in das Ziel-3-Gebiet. Zu

(Manfred Ritzek)

den Ziel-2-Regionen gehören auch viele schleswig-holsteinische Fördergebiete.

Es ist unzweifelhaft, dass die Regionen in den neuen EU-Ländern gefördert werden müssen. Die Ziel-1- und die Ziel-2-Gebiete der bisherigen 15 Mitgliedstaaten dürfen aber nicht von jeder Förderung ausgeschlossen werden, insbesondere dann nicht, wenn der Ausschluss nur auf den statistischen Effekt der Erweiterung zurückzuführen ist. Eine solche Verschiebung der EU-Fördermittel von West nach Ost, ein Rückzug der Europäischen Union aus der Raumentwicklungs- und Regionalpolitik sowie aus Gemeinschaftsinitiativen wie INTERREG III, URBAN II, LEADER und EQUAL hätte fatale Folgen für städtische Gebiete, ländliche Regionen und vor allem für Grenzregionen auch in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der CDU)

Woher aber sollen in welcher Höhe die Finanzmittel kommen? Klar ist, dass eine unveränderte **Fort-schreibung** des jetzigen **Finanzierungssystems** auf die neuen EU-Mitgliedsländer bei der derzeitigen wirtschaftlichen Lage fast aller Regionen unfinanzierbar ist. Nach den Vorstellungen der Kommission sollen die realen Ausgaben der EU-Mitglieder im Durchschnitt 1,4 % des Bruttoinlandsprodukts betragen. Die sechs Geberländer - darunter Deutschland als größter Nettozahler - fordern, dass das EU-Ausgabevolumen auf 1 % des Bruttoinlandsprodukts begrenzt wird. Deutschland, Großbritannien und Österreich haben erklärt, dass ihre Vorstellung über die Finanzierung nicht verhandelbar sei. Das wäre katastrophal für Schleswig-Holstein, denn gerade die Marge zwischen 1 und 1,4 % macht den Betrag aus, der für die Fortsetzung der regionalen Förderprogramme entscheidend ist.

Die Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit, zwischen Kommissions- und Länderinteressen ist noch riesengroß. Die europäische Kohäsionspolitik ist Ausdruck der Solidarität zwischen den Ländern und Regionen Europas. Wir in Schleswig-Holstein haben die Aufgabe, einen angemessenen Anteil der Mittel für unsere Regionen zu sichern. Das ist primäre Aufgabe der Landesregierung. Wir erwarten ihren Einsatz dafür.

Ich beantrage Kenntnisnahme des Berichtes.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile der Frau Abgeordneten Rodust das Wort.

**Ulrike Rodust [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem 3. Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in der EU, dem **Kohäsionsbericht**, tritt die Diskussion über die Zukunft der Strukturfonds in eine neue Phase ein. Deshalb ist es nur folgerichtig, dass wir uns heute mit diesem Thema beschäftigen, um Möglichkeiten der politischen Willensbildung und Einflussnahme auszuloten. Was wir in diesem Jahr nicht auf den Weg gebracht haben, hat kaum eine Chance auf Berücksichtigung. Im Jahre 2005 wird alles festgezurrt sein.

Die europäische Strukturpolitik baut Entwicklungsrückstände ab und fördert die Wettbewerbsfähigkeit rückständiger Regionen. Wir stehen deshalb uneingeschränkt hinter dieser Politik.

Wenn wir für die **Regionalpolitik** künftig 0,41 % des Bruttoinlandsprodukts der Europäischen Union verwenden, ist es auch richtig, davon 78 % für das Ziel-1-Gebiet und 4 % für URBAN zur Verfügung zu stellen. Die übrigen 18 % sind für weitere Förderungen im Rahmen der Ziel-2-Förderung erforderlich. Auch das gehört zur solidarischen Entwicklung in der Europäischen Union: Wir können nicht nur ein Interesse daran haben, dass die Schwachen stark werden, sondern wir müssen auch ein Interesse daran haben, dass die Starken stark bleiben.

(Beifall bei SPD und SSW)

Wir haben in den vergangenen Monaten deutlich gemacht - ich im AdR in Brüssel, die Regierung in Berlin und auch in der Diskussion im Europaausschuss -, dass wir weiterhin, und zwar nicht allein, sondern zusammen mit den anderen europäischen Ziel-2-Regionen auf eine besondere Strukturförderung durch die Europäische Union angewiesen sind. Gerade für Schleswig-Holstein kommt der europäischen Strukturpolitik eine besondere Bedeutung zu, denn die schleswig-holsteinischen Ziel-2- und Ziel-3-Programme haben den Handlungsspielraum unserer regionalen Struktur- und Arbeitsmarktpolitik sowohl quantitativ als auch qualitativ erheblich erweitert. Ich erinnere daran, dass wir in der **Förderperiode** 2000 bis 2006 aus den **Strukturfonds** bisher circa 650 Millionen €, die im Rahmen der Landesinitiative **ziel - Zukunft im eigenen Land** eingesetzt werden, erhalten haben. Dazu kommen im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative noch weitere Strukturfondsmittel in Höhe von circa 31 Millionen €.

Wie übereinstimmenden Äußerungen auf Europa-, Bundes- und Landesebene zu entnehmen ist, soll von den **Gemeinschaftsinitiativen** zumindest das INTERREG-Programm aufgrund des eindeutigen euro-

(Ulrike Rodust)

päischen Mehrwerts weitergeführt werden. Die Diskussion über das mögliche Nachfolgeprogramm für INTERREG muss im Zusammenhang mit der Debatte über die Sicherung der Zukunft der Euregios gesehen werden. Es ist daher sehr wichtig, den Diskussionsprozess zu beobachten, um gegebenenfalls frühzeitig reagieren zu können. Es ist noch nicht endgültig geklärt, ob sich die Förderung weiterhin auf die Binnengrenzen oder ab 2007 nur noch auf die alten beziehungsweise die neuen EU-Außengrenzen beziehen soll. Hier muss sich das Land klar positionieren. Es gilt auch dem Versuch entgegenzuwirken, europäische Fördermittel zukünftig nur zentral zu verteilen, da dies die Grenzregionen - zumal jene mit Binnengrenzen - benachteiligen würde.

Zeitgleich mit dem Kohäsionsbericht hat die Kommission ihre Vorschläge für den künftigen **Finanzrahmen für 2007 bis 2013** vorgelegt. Danach würde, wie die Ministerpräsidentin berichtete, das durchschnittliche Volumen der Gesamtausgaben der erweiterten EU in dieser Periode bei 1,14 % des Bruttonationaleinkommens liegen. Hier ist sicher Vorsicht geboten. Einerseits sind die Bundesregierung und die Regierungen fünf weiterer Staaten nicht bereit, mehr als 1 % des Bruttonationaleinkommens zu zahlen, da die Nationalhaushalte der Nettozahler im Moment nichts anderes mehr hergeben; andererseits sind die Aufgaben durch die Erweiterung für die EU vehement gewachsen. Kommissarin Schreyer schlägt vor, die ostdeutschen Länder aus der Ziel-1-Förderung zu entlassen. Die Bundesregierung denkt laut über eine Ziel-2-Förderung in Höhe von 5 bis 10 % nach.

Wir in Schleswig-Holstein benötigen dringend diese 18 %. Die Bundesregierung wird, wenn sie 1,14 % zahlen soll, die Differenz von den Ländern zurückholen. Das Problem ist: Der Bund ist Nettozahler, die Länder sind Nettoempfänger. Wir haben es also mit ganz andere Interessen zu tun. Außerdem gibt es zwischen den Ländern Differenzen zwischen Arm und Reich und zwischen Rot und Schwarz.

Ich möchte an dieser Stelle vor Streit warnen. Wir, die Länder, müssen genau aufpassen, dass wir am Ende nicht die Verlierer sind. Deshalb sollten wir dieses Thema nicht aus den Augen verlieren und im Europaausschuss weiter beraten, um am Ende eine Einigkeit zu erzielen.

Zusammenfassung: Um eine realistische und zukunftsweisende Position zur Reform der Strukturpolitik

(Glocke des Präsidenten)

zu erarbeiten, muss eine Balance zwischen drei berechtigten Interessen gefunden werden. Das Interesse

Schleswig-Holsteins ist darauf gerichtet, auch weiter in einigen Teilen unseres Landes den schwierigen und langwierigen wirtschaftlichen Entwicklungsprozess, der durch die Strukturfonds unterstützt wird, nicht vorzeitig abzubrechen. Unser bundesdeutsches Interesse muss unter anderem darauf zielen, eine zusätzliche Verschlechterung der Nettozahlerposition zu verhindern. Unser europäisches Interesse schließlich zielt darauf, das Instrument

(Glocke des Präsidenten)

- ich komme zum letzten Satz - der Europäischen Strukturfonds auf die antizipierte künftige Entwicklung auszurichten und bewährte Ziele, Strukturen und Verfahren beizubehalten beziehungsweise effizienter zu gestalten. Darum bitte ich, dass wir im Europaausschuss weiter diskutieren.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Frau Abgeordneter Kolb das Wort.

**Veronika Kolb [FDP]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Anfang Mai sind der Europäischen Union zehn neue Staaten beigetreten. Wir alle sind froh darüber. In Europa wächst wieder zusammen, was der Totalitarismus getrennt hatte, obwohl es zusammengehörte. Um das Zusammenwachsen zu beschleunigen, wird die Europäische Union den neuen Teil des Europäischen Gartens kräftig düngen - mit Geld aus dem älteren, reicheren Teil Europas. Auf Europäisch heißt das **Kohäsion**, das Ziel Konvergenz und bezahlt wird es aus dem Strukturfonds. Es wird lange dauern, es wird viel Geld kosten, aber es ist den Preis wert. Genauso wie bei der deutschen Einheit.

Lange dauern heißt Jahrzehnte: Bei einer angenommenen Konvergenzgeschwindigkeit der Pro-Kopf-Einkommen von 1,5 % pro Jahr dauert es durchschnittlich 46 Jahre, bis die Hälfte des Rückstandes der Beitrittsländer abgebaut ist. Und dann nähern sie sich erst der Grenze von zwei Dritteln des EU-Durchschnittes. Selbstverständlich wird es in einigen Regionen und Ländern schneller gehen - umso besser. Und es ist schneller als in Deutschland, denn zwischen Ost- und Westdeutschland gibt es derzeit keine.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Schleswig-Holstein könnte sich freuen. Durch den Beitritt gehören wir in Europa nicht mehr zu den Rückständigen. Bei fast allen Indikatoren, die im Kohäsionsbericht bewertet



(Veronika Kolb)

werden, liegen wir jetzt am oder über dem EU-Durchschnitt. Das ist toll.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das Beste aller Ostländer!)

Es gibt nur ein kleines Problem: Bei uns ist nichts besser geworden - nur die Maßstäbe wurden verrückt. Das ist der gleiche Effekt, als wenn Bill Gates in eine volle Kneipe geht: Rechnerisch sind dann alle Gäste vielfache Millionäre - ohne dass einer einen Cent mehr hat als vorher.

Aber da wir jetzt überdurchschnittlich sind, bräuchte die EU die **Konvergenz** Schleswig-Holsteins zum europäischen Durchschnitt nicht mehr zu fördern. Diese absehbare Tendenz wird durch die Bundesregierung verstärkt. Sie will nicht mehr Geld nach Brüssel zahlen. Auch deshalb wird die Europäische Union sich noch stärker darauf konzentrieren,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Müssen!)

ihr Geld dort zu investieren, wo es den höchsten Ertrag abwirft. Und das ist sicher nicht in Schleswig-Holstein. Hier ist das neue europäische Klassenziel ja schon erreicht.

Da sind sie wieder, die drei Probleme von Rot-Grün in Kiel: kein Geld, kein Konzept und keine Ahnung, wie es weitergeht!

(Beifall bei FDP und CDU)

Erstens. Rot-Grün hat kein **Geld**. Deutschland will nicht mehr an Brüssel zahlen, Brüssel aber mehr an die Beitrittsländer. Das heißt, Schleswig-Holstein bekommt auf jeden Fall weniger, wahrscheinlich kaum noch etwas oder vielleicht sogar gar nichts - unabhängig von allen rot-grünen Beteuerungen.

Zweitens. Rot-Grün hat kein **Konzept**. Eigene Ideen, um Schleswig-Holstein nach vorn zu bringen, lässt Frau Simonis seit 1988 vermissen. Der Chef von Björn Engholms Denkfabrik, heute Wirtschaftsminister, fantasiert nur noch von Haufen, die Erklärung für seine Cluster. Wenn sich bei uns strukturpolitisch überhaupt etwas bewegt, dann bezahlt entweder Berlin oder Brüssel. Die gesamte strukturpolitische Strategie von Rot-Grün ist auf Ländersozialhilfe der Bundesrepublik oder der EU ausgerichtet.

Nun hat Rot-Grün auch noch den Bund ruiniert. Nicht einmal für die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur ist noch Geld da. Wie gesagt, nach Brüssel wollen Schröder, Eichel und Co. nicht mehr als bisher zahlen. Also wird Brüssel auch nur noch sehr wenig Geld nach Schleswig-Holstein überweisen können. Außerdem werden die meisten Menschen einsehen, dass es sinnvoller ist,

zunächst einen Großteil der Haushalte in den osteuropäischen Beitrittsländern mit Warmwasser und Toiletten zu versorgen, als bei uns Strandpromenaden zu erneuern. Folge: Der letzte Rest der strukturpolitischen Versuchsreihe bricht zusammen.

Drittens. Rot-Grün hat keine Ahnung, wie es weitergehen soll.

(Ursula Kähler [SPD]: Sie machen auch keine Vorschläge!)

Deshalb ist ja auch in acht Monaten Schluss mit der rot-grünen Regierung. Aber leider werden die Menschen und die Unternehmen in Schleswig-Holstein noch länger unter den Folgen Ihrer ordnungs- und strukturpolitischen Kurzsichtigkeit leiden. Aber das wird nachlassen. Je länger das rot-grüne Chaos zurückliegen wird, desto zügiger wird es mit Schleswig-Holstein bergauf gehen - weil Menschen und Unternehmen wieder Mut und Zuversicht gewinnen werden. Wir werden den Norden aufbauen.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch wenn nicht alle Strukturprogramme der EU die gleiche Wirksamkeit haben, stelle ich fest, dass die **Kohäsionspolitik der Europäischen Gemeinschaft** eine der größten Erfolgsgeschichten von internationaler Politik ist, die man sich überhaupt vorstellen kann. Im Rest der Welt fallen arme und reiche Länder ständig weiter auseinander. In vielen Regionen breitet sich die Armut in den schwächeren Ländern eher noch aus. Im Unterschied dazu stellen wir innerhalb der Europäischen Union fest, dass die schwächeren Länder aufgeholt haben, dass wir eine zunehmende Annäherung von reichen und armen Ländern haben, dass Länder, die wir als hochproblematisch betrachtet haben, als die EU begonnen hat, heute einen erheblichen Wohlstand erwirtschaftet haben. Das ist eine **Erfolgsgeschichte** sondergleichen.

Erinnern wir uns an die Zeit, als Italiener aus Süditalien als Gastarbeiter nach Deutschland kamen, als Spanier kamen und so weiter. Davon ist heute keine Rede mehr. Heute ist das überhaupt kein Problem mehr. Diese Länder haben einen eigenen Wohlstand erwirtschaftet. Das ist die Erfolgsgeschichte der Europäischen Union. Davon haben die Deutschen am

**(Karl-Martin Hentschel)**

meisten mit profitiert, weil wir mit unserer großen Exportwirtschaft einen Teil unserer Industriewaren in diese Länder exportieren. Der größte Teil unseres Exportes geht in Länder der Europäischen Union.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Ich glaube, dass diese Erfolgsgeschichte weitergehen wird. Deswegen ist es richtig, dass wir über die Kohäsionspolitik reden. Natürlich muss die Kohäsionspolitik neu organisiert werden, wenn wir zehn neue Länder in der Europäischen Union haben. Das wird zu Verschiebungen des Geldes führen. Darüber müssen wir nicht anfangen zu jammern oder zu sagen, das alles sei konzeptlos. Es wird auch zu neuen Chancen führen, gerade für **Schleswig-Holstein** neue **Exportchancen** in den osteuropäischen Raum eröffnen.

Die große Befürchtung, dass Menschen aus Polen massenhaft nach Deutschland kommen, wird nicht eintreten. Sie sind bereits in den letzten Jahren gekommen. In den letzten Jahren sind Hunderttausende nach Deutschland gekommen, weil es in Polen gegenüber Deutschland ein erhebliches Wohlstandsgefälle gibt. Wenn dieses **Wohlstandsgefälle** in den nächsten Jahren abgebaut wird, wird sich dieser Druck reduzieren. Genauso wie heute keiner mehr darüber redet, dass Italiener als Gastarbeiter nach Deutschland kommen, wird in zehn, 15 Jahren niemand mehr darüber reden, dass Polen nach Deutschland kommen. Dort wird sich entsprechender Wohlstand entwickelt haben und die Europäische Union wird Erfolg haben.

Zurzeit haben die zehn reichsten Regionen der EU ein durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen von 171 % des Durchschnitts, also 71 % mehr als der Durchschnitt. Die zehn ärmsten Regionen haben ein Einkommen von 38,7 % des Durchschnitts, liegen also um über 60 % unter dem Durchschnitt. Das ist ein erhebliches Gefälle. Wenn man das in Zahlen fasst, bedeutet das etwa ein Verhältnis von 1:5. Das ist ein erhebliches Gefälle, das zeigt, dass wir noch einen langen Weg vor uns haben.

Es geht aber auch nicht nur darum, wie viel Geld wir in die einzelnen Regionen stecken, sondern es geht auch ganz entscheidend darum, wie wir das Geld ausgeben. Wenn wir in Schleswig-Holstein weniger Geld bekommen werden, was natürlich ist, dann müssen wir uns überlegen: Was machen wir mit dem Geld, wie setzen wir es ein? Ich glaube, dass wir uns selbstkritisch überlegen müssen, dass wir in Zukunft noch stärker als bisher unser **Geld** in **Innovationen** stecken. Wir haben in Schleswig-Holstein in den Regionen eine gut ausgebaute Infrastruktur. Es ist ein

falscher Weg zu glauben, man müsste Fördermittel gleichmäßig flächendeckend über das Land verteilen. Das ist eine Tendenz, die wir immer gehabt haben. Es ist natürlich auch klar, jeder sagt, er möchte etwas abhaben. Es ist aber eine falsche Tendenz, denn wenn wir uns entwickeln wollen, müssen wir dort entwickeln, wo die größten Chancen bestehen, insbesondere bei technologischen Innovationen, wo Schleswig-Holstein eine große Chance hat. Man muss alle Kräfte darauf konzentrieren, wo die größten Zukunftschancen liegen.

Ich warne auch davor, die Skepsis allein den Ökonomen zu überlassen. Ich sage das auch in Richtung FDP, weil da die Ökonomen zu überwiegen scheinen. Ökonomen sind gut, wenn man rationalisiert, wenn man sparen will, wenn man eine Firma möglichst auf Einsparpotenziale durchforsten will. Ökonomen sind noch nie gut gewesen, wenn es darum geht, Zukunftschancen zu entdecken. Dort braucht man in der chemischen Industrie Chemiker, in der Windindustrie Ingenieure

(Zurufe von der FDP)

und wir brauchen Fachleute, die auch Visionen haben, wir brauchen Fachleute, die nach vorne weisen.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter Hentschel, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Wir haben gerade eine Debatte über die Windenergie gehabt und ich finde, sie ist typisch für diese Debatten. Ich wünsche mir, dass wir in der EU-Strukturpolitik nach vorn schauen, Visionen entwickeln, was wir qualitativ entwickeln können, und mehr auf Innovationen setzen, damit Schleswig-Holstein diese Strukturmittel noch erfolgreicher einsetzt als in der Vergangenheit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile der Abgeordneten Frau Spoorendonk das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Anfang März hat die **EU-Kommission** ihre Vorschläge für die finanzielle Vorausschau und die **Finanzausstattung der künftigen Strukturpolitik** für die Jahre 2006 bis 2013 vorgelegt. Wie wir schon

(Anke Spoorendonk)

gehört haben, fordert die Kommission für den nächsten Planungszeitraum Mittel in Höhe von durchschnittlich 1,14 % des europäischen Bruttoinlandsprodukts. Damit würden sich die Zahlungen der Mitgliedsländer an die EU im Vergleich zu 2006 bis 2013 um 24,7 % steigern. Hintergrund dieser Kommissionsvorschläge ist das Argument, dass durch die Osterweiterung viele neue Aufgaben auf die EU zukommen. Neben den Zuschüssen für die EU-Agrarwirtschaft werden die neuen EU-Staaten insbesondere Unterstützung durch die EU-Regional- und -Strukturfonds bekommen. Nahezu alle neuen EU-Mitglieder haben eine unterdurchschnittliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit im Verhältnis zu den alten EU-Staaten und würden daher für eine Förderung infrage kommen.

Um die Ausgaben in Grenzen zu halten, hat die EU-Kommission eine **Reform des Strukturfonds** vorgeschlagen. Im Vorfeld gab es natürlich die große Befürchtung in den strukturschwachen Regionen der alten EU-Staaten, dass die Regionalförderung ab 2007 nur auf die neuen EU-Länder konzentriert wird. Ich brauche in diesem Kreis nicht zu erwähnen, dass die EU-Regionalförderung für Schleswig-Holstein eine enorme Bedeutung gehabt hat.

Durch die EU-Kofinanzierung des Regionalprogramms 2000 werden bis 2006 viele sinnvolle und viele zukunftsfähige Projekte im nördlichen Landesteil und an der Westküste gefördert. Es ist aber in Zukunft sehr entscheidend für die Entwicklung strukturschwacher Regionen in **Schleswig-Holstein**, dass die **Strukturförderung** auf die eine oder andere Weise bei uns auch nach 2007 fortgesetzt wird. Im Rahmen der Vorlage des 3. Kohäsionsberichts hat die EU-Kommission mitgeteilt, dass künftig circa 336 Milliarden € zur Verfügung stehen. Dabei sehen die Kommissionsvorschläge für unser Land weiterhin eine substantielle Förderung vor und ich denke, das ist die Richtung.

Der Löwenanteil der EU-Mittel für die Regionalpolitik von 78 % der Gesamtsumme ist für die rückständigen Regionen Ziel 1 und Ziel 1 a vorgesehen. Dazu sollen circa 18 % der Gesamtsumme, also ungefähr 60 Milliarden €, unter dem Titel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung europaweit“ für Förderungen außerhalb der Ziel-1-Gebiete bereitstehen. Mit diesem neuen Ziel kann die bisherige Ziel-2- und Ziel-3-Förderung in Schleswig-Holstein fortgesetzt werden.

Auch für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Stichwort INTERREG-Förderung, werden nach den Plänen der EU-Kommission mit 4 % der Gesamtsumme auch nach 2006 weiterhin Mittel zur Verfü-

gung stehen. Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat sich Anfang des Jahres in einem klaren Votum für die Fortsetzung der bisherigen INTERREG-Förderung ausgesprochen. Bisher ist aber noch unklar, ob sich in Zukunft statt zwei sogar drei Länder an der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit oder grenzüberschreitenden INTERREG-Förderung beteiligen sollen.

Ich möchte noch einmal in Erinnerung rufen, dass der von uns gemeinsam getragene Antrag vorsah, dass wir an diese traditionelle Form der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, über INTERREG gefördert, festhalten wollen.

Auch wenn noch nicht alle Details geklärt sind, können wir in Schleswig-Holstein mit dem finanziellen Rahmenvorschlag der EU-Kommission leben. Diese Vorschläge sind aber bei weitem noch nicht das letzte Wort. Entschieden wird erst 2005 und hier haben insbesondere noch der EU-Ministerrat und das EU-Parlament ein Wort mitzureden. Von daher ist es wichtig, dass wir uns im Schleswig-Holsteinischen Landtag im Europaausschuss noch einmal mit der Problemstellung auseinander setzen und auch eine klare Position in dieser Frage beziehen, die wir dann auch in Brüssel gegenüber der EU-Kommission und im EU-Ministerrat vertreten können.

Ich fordere daher alle Fraktionen auf, dass wir im Europaausschuss bis zur nächsten Landtagstagung einen dementsprechenden gemeinsamen Antrag erarbeiten. Ich werde mich dafür stark machen und hoffe auf Ihre Unterstützung.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort zu einem Kurzbeitrag, Herr Abgeordneter Greve.

**Uwe Greve [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Bericht hat 207 Seiten, die wir hier diskutieren, die problemlos auf 100 Seiten hätten zusammengefasst werden können, wenn man ihn einmal wirklich durchforstet. Ich will nicht auf die schleswig-holsteinischen Probleme eingehen, die hier von allen Fraktionen gut dargestellt worden sind. Ich möchte auf die Sprache dieses Berichts eingehen. Wir haben wieder einmal diskutiert, wie schlecht der Prozentsatz derer war, die zur Europawahl gegangen sind. Ich glaube, dass in der **Sprache**, die in **Europa** gepflegt wird, ein entscheidender Grund liegt.

(Uwe Greve)

Ich nehme einmal den Begriff Kohäsion. Kohäsion heißt auf Lateinisch der innere Zusammenhang eines Körpers. Das Kohärenzprinzip ist in der Philosophie der grundsätzliche Zusammenhang alles Seienden. Gemeint ist aber bei uns nichts anderes als der Bericht über den derzeitigen Stand der Angleichung der Lebensverhältnisse in der Europäischen Union. Das hätte jeder verstanden.

(Beifall bei der FDP)

Ich habe 44 Leute befragt. Ich habe leider keine Zeit, die wunderschönen Anmerkungen, die draußen gemacht worden sind, wiederzugeben. Wir sind in Kiel mit dem Tonband losgegangen. Es hat nur einer unter 44 Leuten herausbekommen, was Kohärenz eigentlich heißt.

Meine Bemerkung richtet sich aber nicht nur auf diesen Begriff. Eine Überschrift lautet: Diskretionäre Mechanismen für den Transfer von Einnahmen in den Regionen. Diskret heißt lateinisch unauffällig, diskretionär heißt, dem Ermessen des Partners anheim stellen. Auf Deutsch hätte es heißen: Jedes Land hat eigene Systeme zum Ausgleich regionaler und lokaler Finanzunterschiede. Das kann jeder verstehen.

Eine andere Überschrift lautet: Koordinierung der Komplementarität mit anderen Gemeinschaftspolitiken. Deutsch würde das heißen, wenn wir das in einem Satz zusammenfassen: Wir sprechen über die Anpassung der politischen Strukturen der Gemeinschaftsländer. Das könnte jeder verstehen.

Ich sage nur an diesen drei Beispielen: Wenn diese Politik so dargestellt wird, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn wir Politik völlig bürgerfeindlich machen.

(Beifall bei CDU, FDP und vereinzelt bei der SPD)

Ich möchte noch zwei Schlussgedanken dazusetzen: Dieser **Bericht** ist auch voller **Plattitüden**. Ich nenne zwei: Infolge des schwachen Beschäftigungswachstums in den Beitrittsländern ist der Anteil der Erwerbstätigen zurückgegangen. Das muss man sich einmal vorstellen! Das ist eine unglaubliche Erkenntnis!

(Beifall bei der FDP)

Beschäftigt zu sein, ist die bei weitem wirksamste Methode, der Gefahr von Armut und sozialem Ausschluss zu entgehen. Das ist phantastisch! Das hätten wir alle nicht gewusst!

(Beifall bei CDU und FDP - Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter Greve, Ihr Timelimit ist erreicht!

(Heiterkeit)

**Uwe Greve [CDU]:**

Danke! Ich wollte mit diesen Bemerkungen deutlich machen, dass es wertvoll wäre, wenn wir, gerade in Bezug auf die Europäische Union, die so weit von allen Menschen entfernt scheint, eine Sprache sprächen, die wir alle verstehen.

(Beifall bei CDU, FDP und vereinzelt bei der SPD)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Jetzt wieder auf Deutsch: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen und schließe daher die Beratung. Ein Antrag ist auf Überweisung des Berichts an den Europaausschuss zur abschließenden Beratung gestellt worden. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Wir verfahren so.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 21 auf:

**Bericht zur Förderung der deutschen Minderheit in Nordschleswig**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/3503

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Mit diesem Antrag wird in dieser Tagung ein mündlicher Bericht erbeten. Ich lasse zunächst über diesen Berichtsantrag abstimmen. Wer diesem Berichtsantrag zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Wir haben einstimmig so beschlossen.

Für die Landesregierung bitte ich Herrn Minister Dr. Stegner um den Bericht.

**Dr. Ralf Stegner, Finanzminister:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jürgen Habermas, der heute 75 Jahre alt wird, hat mit seiner Theorie des kommunikativen Handelns die Kommunikation als mögliche Quelle der Vernunft bezeichnet. Dies funktioniert jedoch nach Habermas nur dann, wenn diese Prozesse vernunftorientiert organisiert werden. Das gelingt uns sicherlich nicht immer. Es gelingt uns bisher aber immerhin meistens bei der **schleswig-holsteinischen Minderheitenpolitik**, denn die Politik für Minderheiten ist nicht nur eine geschichtliche Verpflichtung. Die gute Integration von Minderheiten in Schleswig-Holstein und der deutschen Minderheit in Dänemark

**(Minister Dr. Ralf Stegner)**

ist auch das Ergebnis eines parteiübergreifenden Konsenses über die Bedeutung dieser Politik. Sollten wir das je vergessen, so würden uns notfalls der SSW oder Renate Schnack daran erinnern.

(Beifall bei SPD und SSW)

Schleswig-Holstein ohne den gemeinsamen Lebensraum der Volksgruppen in Schleswig wäre nicht Schleswig-Holstein. Alles, was wir kommunizieren, so fordert Habermas, muss auch begründbar und kritisierbar sein. So will die FDP mit ihrem Antrag vielleicht gar nicht den Konsens verlassen, sondern vielmehr der Maßgabe des zitierten Philosophen entsprechen. Dieses angenommen, will ich versuchen, Licht in die Zukunft der **Förderung der deutschen Volksgruppe Nordschleswig** zu bringen.

Ihr Antrag bezieht sich auf die Fragen des Vermittlungsausschusses und des Prozesses im Zusammenhang mit dem Vorschlag der Ministerpräsidenten Koch und Steinbrück aus dem März 2003. Diese haben die allgemeinen parteiübergreifenden Forderungen nach Subventionsabbau konkretisiert und eine umfangreiche Liste von Kürzungsvorschlägen im Bereich steuerlicher Vorschriften sowie bei unmittelbaren Finanzhilfen des Bundes vorgelegt, die wenig differenzierte dreistufige lineare Kürzungen vorsah. Auch für die Förderung der Nordschleswiger hätte dies eine Kürzung der Bundesmittel um zunächst 6, dann 8 und um 12 % bedeutet.

Im Vermittlungsausschuss wurden diese Vorschläge beraten. Es wurde versucht, so wenig wie möglich Ausnahmeregelungen und Sonderregelungen zuzulassen, weil dies - ähnlich wie bei der europäischen Verfassung - das gesamte Paket infrage gestellt hätte. Wir alle wissen, wie nötig der **Subventionsabbau** ist. Wir alle reden davon. Wenn es darum geht, ihn auch wirklich zu machen, sind wir unterschiedlich mutig. Darüber haben wir uns an anderer Stelle schon unterhalten.

Wichtig ist jedenfalls: Man konnte nicht viele Ausnahmen machen. Dennoch hat sich die schleswig-holsteinische Landesregierung im Vorfeld des Vermittlungsausschusses und im Vermittlungsausschuss selbst - ich war das selbst - ausdrücklich und ergebnisorientiert dafür eingesetzt, die vorgesehenen Kürzungen bei der deutschen Volksgruppe herauszunehmen. Wir haben dann - das gehörte für mich zur strategischen Klugheit dazu - den Hamburger Bundestagsabgeordneten Ortwin Runde dafür gewinnen können, das in der Runde offiziell anzusprechen, weil es die Durchsetzungsfähigkeit erleichtert, wenn das nicht jemand aus dem eigenen Land macht. Wir hatten auch allerlei andere Dinge vorgeschlagen. Wir

haben dann vereinbart, dass es eine politische Verständigung darüber gibt, dass diese Kürzungsabsicht - ebenso wie die vorgesehene Kürzung bei der Stiftung für das sorbische Volk in Sachsen - nicht weiterverfolgt wird. Ich habe das auch kommuniziert.

Im Vermittlungsausschuss erreicht man solche Dinge über kluges und diskretes Handeln, nicht über die öffentlichen Lautsprecher der Herren Austermann und Koppelin, die übrigens beide nicht dem Vermittlungsausschuss angehören. Der tagt vertraulich. Insofern wissen die beiden Herren gar nicht, was dort gesprochen wird.

Dennoch tauchte die **Kürzungsabsicht** von 474.000 € im März zunächst wieder auf einer **Ein-sparliste** des Bundesfinanzministeriums auf, sodass ich in einem Brief an den zuständigen Staatssekretär auf diesen Fehler hinweisen musste. Herr Diller hat unabhängig von unserer Einigung auf die Möglichkeiten des Bundesinnenministeriums verwiesen, in begründeten Einzelfällen Umschichtungen vorzunehmen. Deswegen habe ich sowohl die SPD-Bundestagsfraktion als auch die Mitglieder des Vermittlungsausschusses erneut auf diese Problematik hingewiesen. Mir wurde noch mal bestätigt, dass das unsere Vereinbarung war. Mittlerweile hat mir der Staatssekretär des Innern - ich habe den Brief mit-zugesichert, er werde für eine entsprechende Änderung im Vollzug sorgen. Ich gehe also davon aus, dass es zu keiner Mittelkürzung kommen wird und dass dieser Ansatz auch für die folgenden Haushalte, die noch nicht aufgestellt sind, weiter trägt.

Es würde allerdings nicht schaden, wenn der Schleswig-Holsteinische Landtag und die verschiedenen Bundestagsabgeordneten über ihre Pressemitteilungen hinaus den Einsatz der Landesregierung für den Erhalt der Förderung weiter unterstützten, von dem ich davon ausgehe, dass er dem Konsens dieses Hauses entspricht.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich danke dem Herrn Minister für den Bericht und eröffne die Aussprache. Ich erteile zunächst Herrn Abgeordneten Dr. Klug das Wort.

**Dr. Ekkehard Klug [FDP]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei früheren Landtagsdebatten zur Minderheitenpolitik im Grenzland ist die Ungleichgewichtigkeit der **Minderheitenförderung von deutscher und von dänischer Seite** zur Sprache gebracht worden. Es ist seit

(Dr. Ekkehard Klug)

langem klar, dass Dänemark hier mehr leistet als der Bund und das Land Schleswig-Holstein zusammen. Das hängt vor allem damit zusammen, dass die Haushaltsansätze auf deutscher Seite seit vielen Jahren unverändert geblieben sind. Sie werden ständig überrollt, während auf dänischer Seite im Laufe der letzten Jahre deutlich höhere Mittel zur Verfügung gestellt worden sind.

Was die deutsche Seite angeht, so kann man dies angesichts der Sparzwänge, die es hier seit geraumer Zeit gibt, in gewissem Maße nachvollziehen. Trotzdem bleibt es dabei: Die Minderheitenförderung beider Seiten gerät zunehmend aus dem Lot. Vor diesem Hintergrund ist auch die Diskussion über das so genannte Koch-Steinbrück-Papier zu sehen, das unter der Überschrift „Subventionsabbau im Konsens“ steht und das für einen Zeitraum von drei Jahren effektive Kürzungen vorsieht, nämlich jeweils 4 %, eben auch für die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig.

Für 2004 ist die drohende Kürzung, die 474.000 € ausgemacht hätte, abgewendet worden. Herr Stegner hat das zutreffend dargestellt. Diese Gelder bleiben in diesem Jahr der Minderheit sicher erhalten. Das ist eine gute Nachricht. Leider gibt es auch eine schlechte Nachricht. Nach dem Koch-Steinbrück-Papier und den darauf aufbauenden Haushaltsvorlagen des Bundesfinanzministeriums geht es um einen in drei Stufen auf drei Jahre verteilten Abbau von Finanzhilfen. In den entsprechenden Haushaltsunterlagen ist klar ausgewiesen, dass die Situation 2005 und 2006 genauso wieder auf die Tagesordnung kommen wird.

Es gibt in den Haushaltsunterlagen des Bundes einen Vermerk, nachdem im Ausnahmefall eine solche Kürzung durch interne Umschichtungen im jeweiligen Einzelplan des Bundeshaushaltes abgewendet werden kann. Im Klartext heißt das: Es wird in den beiden kommenden Jahren - 2005 und 2006 - wieder um jeweils eine **Einzelfallentscheidung** gehen, ob man wieder so wie im laufenden Jahr 2004 einen solchen internen Umschichtungsvorgang, also eine Ausnahmeregelung, ein zweites und drittes Mal wieder erreichen können. Diese Unsicherheit schwebt nach wie vor über der deutschen Minderheit.

Weshalb - das frage ich noch einmal, Herr Dr. Stegner - war die Landesregierung nicht in der Lage, im **Vermittlungsverfahren** vor Weihnachten von vornherein eine **Herausnahme der deutschen Volksgruppe** aus dem Koch-Steinbrück-Papier zu erwirken? Wenn das schon bei einer für den Bundeshaushalt vergleichsweise marginalen Summe von dreimal knapp einer halben Million € nicht erreicht werden konnte, muss man sich doch fragen, was für ein Fliegengewicht diese Landesregierung beim Bun-

desrat, im Vermittlungsausschuss auf die Waagschale wirft.

(Widerspruch bei der SPD - Ingrid Franzen [SPD]: Das reicht!)

Das jährliche Gesamtvolumen des „Subventionsabbaus“ nach der Koch-Steinbrück-Liste beträgt jeweils 800 Millionen € pro Jahr. Das heißt, wir reden hier über einen Anteil, der etwa 0,6 ‰ entspricht. Da konnte jedenfalls die Regierung Simonis/Stegner im Vermittlungsausschuss keine Sicherheit und auch keine Planungssicherheit für den dort in Rede stehenden Drei-Jahres-Zeitraum durchsetzen.

Im Übrigen - das macht die Sache noch merkwürdiger - hat einer der beiden Namensgeber dieser Liste, der hessische Ministerpräsident Roland Koch, unterdessen während eines Kopenhagen-Besuchs die Erklärung abgegeben - Zitat -: Es sei nie seine Absicht gewesen, die deutsche Minderheit in Nordschleswig als Subventionsempfänger einzustufen. Das macht die Sache nun ganz eigenartig. Wenn schon einer der beiden Ministerpräsidenten das jetzt erklärt, frage ich mich, warum man dann im Vermittlungsausschuss nicht eine einvernehmliche Herausnahme der deutschen Minderheit hat erreichen können.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP)

Und auch die Aussage, die der Pressesprecher des Landesfinanzministeriums im Dezember abgegeben hat, dass im Vermittlungsausschuss in dieser Hinsicht allgemeine Einigkeit erzielt worden sei, ist angesichts der Vorlage vom März - die Sie auch angesprochen haben - so nicht haltbar.

Meine Damen und Herren, ich muss mich jetzt etwas kürzer fassen und das abschließen. Die FDP-Fraktion erwartet von der Landesregierung einen Einsatz dafür, dass die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig, und zwar möglichst bald, Klarheit darüber hat, dass sie so wie in diesem Jahr 2004 auch in den beiden kommenden Jahren von einer Einbeziehung in die Koch-Steinbrück-Liste ausgenommen wird, dass sie davon verschont bleiben wird.

(Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, das ist mein letzter Satz. Ich verweise darauf, dass schon die **Überrollung** Jahr für Jahr praktisch angesichts der steigenden Personalkosten in Dänemark zu einem **Defizit** von über einer halben Million € führt, was in diesem Jahr mit Streichungen von sieben bis acht Lehrerstellen, der Schließung von zwei Kindergärten und anderen Kürzungen im Bereich der Kulturarbeit, der Bildungsarbeit der Volksgruppe verbunden ist. Das heißt, wir haben wirklich

(Dr. Ekkehard Klug)

eine problematische Situation, die allmählich an die Substanz geht. Das gilt es abzuwenden.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. von Hielmcrone das Wort.

**Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das ist in der Tat ein sehr merkwürdiger Vorgang, der hier von der FDP angesprochen wird. Da kommen einmal die beiden Ministerpräsidenten Steinbrück und Koch zusammen, um eine Streichliste für Subventionen bundesweit bindend für Bund und Länder festzulegen. Das allein bereits ist merkwürdig, andere halten ein solches Vorgehen sogar für verfassungswidrig;

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

das Haushaltsrecht liegt immerhin noch beim Bundestag. Merkwürdig ist auch, dass beide die staatliche **Leistung an die Minderheiten** als „Subventionen“ bezeichnen. Koch ist ihr Mann, Steinbrück, den ich ansonsten sehr schätze, müsste es zumindest aus seiner Zeit hier im Land besser wissen. Es sind keine Subventionen, es sind die notwendigen Hilfen für einen ganz wesentlichen positiven Faktor im Grenzland und für Europa. Die Minderheiten erbringen für uns eine wichtige Dienstleistung, nämlich die der bewussten engen Verzahnung der Nachbarnationen und -staaten. Und wir können sie nicht missen.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Merkwürdig ist aber auch ein anderer Vorgang. Nach unseren Informationen - sie mögen falsch sein - trat am 10. März 2004 der Haushaltsausschuss des Bundestages zusammen, um über die Koch-Steinbrück-Liste zu beraten. In dieser Sitzung wurde unter anderem der Betrag für die Minderheit mit einem Sternchen versehen. Dies bedeutete, dass der entsprechende Betrag umgeschichtet werden kann zulasten anderer Positionen, sodass das Geld dennoch ausgezahlt werden könnte. Auch soll der Parlamentarische Staatssekretär Diller ausdrücklich erklärt haben, dass im Rahmen des Haushaltsvollzugs die Mittel für die Minderheiten gezahlt werden könnten. Also: ein Schritt in die richtige Richtung. Die eigentlich folgerichtige Herausnahme des Betrages aus der Liste wäre sicherlich besser gewesen.

Nun passiert wiederum nach unserer Kenntnis - auch die mag falsch sein - etwas Merkwürdiges, nämlich

nur die Koalitionsparteien stimmen dafür, die anderen stimmen nicht mit ab.

(Holger Astrup [SPD]: Das kann ich mir gar nicht vorstellen!)

Einen Tag später wird dann die von Rot-Grün beabsichtigte **Mittelkürzung** bitter bejammert. Das nenne ich nun auch wieder merkwürdig, um nicht zu sagen einen freizügigen, einen gewissen laxen - böse Zungen würden sagen: liberalen - Umgang mit den Tatsachen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihren Einsatz für die **Minderheiten** hier und heute kann ich nur begrüßen. Schön wäre es, wenn dieser Einsatz durchgehend auf Landes- und Bundesebene passieren würde. Dann wäre die eigentliche Frage nämlich nicht: Was hat die Landesregierung getan, was haben aber auch die anderen Parteien, beispielsweise die FDP, getan?

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sonst geraten Sie eventuell in den Verdacht, dass es Ihnen gar nicht um die Minderheiten, sondern um Parteipolitik gehen könnte.

Übrigens bestätigt auch Jochen Welt, der Beauftragte der Bundesregierung für nationale Minderheiten, dass der Haushaltsausschuss des Bundestages den Kürzungen eben nicht so zugestimmt habe. Sicher ist jedenfalls, dass die Mittelkürzung für 2004 vom Tisch ist. In diesem Zusammenhang möchte ich auch unseren Dank an die Landesregierung und die Minderheitenbeauftragte aussprechen, dass sie sich so intensiv eingesetzt haben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der CDU)

Aber natürlich kann das nicht alles sein, denn auch für die Zukunft muss sichergestellt sein, dass die **Minderheiten nicht als Subventionsempfänger** zu betrachten sind und nicht Subventionsstreichungen unterliegen. Hier handelt es sich um ganz andere Zusammenhänge. Deshalb meine herzliche Bitte an alle Parteien des Hauses: Weitermachen, damit wir die Minderheiten sichern. Das gilt für die SPD - das machen wir ohnehin -, das gilt selbstverständlich auch für die CDU, das gilt aber auch für die FDP.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Frau Abgeordneter Schwarz das Wort.

**Caroline Schwarz [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Sache muss ich im Vorwege erst einmal loswerden. Ekkehard Klug, ich habe mich die ganze Zeit gefragt, warum du diesen Antrag gestellt hast.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich habe mich gefragt, wie ich das selbst gemacht hätte. Ich hätte Herrn Stegner einfach persönlich gefragt, wie die Sache steht. Oder, wenn du das nicht willst, hätte ich eine Kleine Anfrage gestellt oder im Ausschuss eine Frage gestellt.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Du wärst ins Gremium gekommen!)

- Oder ich wäre ins Gremium gekommen, genau, irgendwie so. Also, was steckt genau dahinter? Ob es nun wirklich der deutschen Volksgruppe nutzt, weiß ich nicht. Aber nun haben wir das auf der Tagesordnung, nun wollen wir das Beste daraus machen.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Klar ist, knapp 500.000 € weniger, das geht nicht. Schon die **Überrollung** - das haben Sie gesagt - der **Bundes- und Landesmittel** hat die **Volksgruppe** ganz empfindlich getroffen, wie uns der Vorsitzende des Bundes deutscher Nordschleswiger, Hans Heinrich Hansen, bei unserer letzten Sitzung des Kontaktgremiums eindrucksvoll darstellte. Allein die tariflichen Personalkostensteigerungen haben im laufenden Haushaltsjahr dazu geführt - das hast du auch schon gesagt -, dass acht Lehrerstellen gestrichen und zwei Kindergärten geschlossen werden mussten, dass ein Bücherbus gestrichen wurde und dass die Eigenleistungen bei kulturellen Veranstaltungen erhöht wurden.

Die **deutsche Volksgruppe** ist jetzt an einem Punkt angekommen, wo **Sparmaßnahmen** nur noch realisierbar sind, wenn man an die Substanz geht, und zwar nicht nur einmal, sondern jedes Jahr wieder neu. Damit würde die Grundlage für die Arbeit der deutschen Volksgruppe ausgehöhlt und vernichtet. Vor diesem Hintergrund ist eine weitere Kürzung um fast eine halbe Million € schlichtweg eine Katastrophe für die deutsche Volksgruppe.

Der Bund deutscher Nordschleswiger hat sich natürlich vehement dagegen gewehrt. Er hat protestiert und nach Informationen durch die Minderheitenbeauftrag-

te Renate Schnack hat die Landesregierung im **Vermittlungsausschuss** diesen **Kürzungsvorschlag** verhindern können. Finanzminister Dr. Stegner selbst allerdings veröffentlichte am 11. März in einer Pressemitteilung, dass der Kürzungsansatz für die Förderung der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig im Vermittlungsausschuss lediglich angesprochen worden sei. Man habe sich darauf verständigt, diesen Kürzungsansatz nicht weiterzuverfolgen. Wer sich da mit wem verständigt hat, das bleibt die große Frage. Und aus Ihrem sehr umfangreichen Bericht vorhin, besser gesagt, Ihrem sehr komprimierten Bericht, habe ich das auch nicht herauslesen können. Vielleicht habe ich das auch nur nicht hören können. Ich muss auf das Protokoll warten, vielleicht durchdringe ich das dann geistig.

Tatsache jedenfalls ist, dass das Koch-Steinbrück-Papier vom Haushaltsausschuss des Bundestages unverändert, das heißt mit der Kürzung für die deutsche Minderheit in Nordschleswig beschlossen wurde.

Irgendwie muss da einer gepennt haben oder das eine gesagt und das andere gemacht haben.

Jedenfalls scheint das Problem - das ist Gott sei Dank so - vorerst dadurch gelöst zu sein, dass der Bundesminister des Innern den Kürzungsvorschlag im Koch-Steinbrück-Papier nicht wirksam werden lässt, sondern intern so umschichtet, dass für die **Volksgruppe** im Jahr 2004 keine Nachteile entstehen. Der Bundesfinanzminister hat seine Zustimmung schon signalisiert; schließlich ist diese notwendig.

Das muss auch für die kommenden Jahre gelten, in denen - jedenfalls spätestens ab 2006 - sogar noch eine Aufstockung der Förderung nach Aussage des von uns allen hochgeschätzten Vorsitzenden des **BDN**, Hans Heinrich Hansen, aufgrund der tarifbedingten Personalmehrkosten notwendig sein wird.

Ansonsten wird eine einigermaßen kontinuierliche Fortführung der Arbeit der deutschen Volksgruppe, insbesondere im Schulbereich und im Sprach- und Kulturbereich, nicht zu gewährleisten sein. Das können wir doch alle nicht wollen.

Fraktionsübergreifend - wie es bisher immer guter Brauch war - müssen wir uns für die deutsche Volksgruppe stark machen.

(Beifall)

Dazu, Herr Finanzminister, müssen wir noch nicht einmal ermahnt werden, denn diesen fraktionsübergreifenden Konsens gibt es. Kommen Sie doch einmal zu einem Treffen - mal hüben, mal drüben der Grenze - in der Kontaktgruppe mit! Dort herrscht



(Caroline Schwarz)

immer eine sehr gute und zielorientierte Stimmung. Denn wir sind dort eine Fraktion für die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig.

(Beifall)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile der Frau Abgeordneten Fröhlich das Wort.

**Irene Fröhlich** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Caroline Schwarz, das hätte ich nicht besser sagen können.

Der FDP-Antrag wirft eine wichtige Fragestellung auf; das ist klar. Dennoch kann ich mir keinen Reim auf diesen Antrag machen. Zunächst ist mir nicht ganz klar, warum die Fragestellung zur Finanzierung der deutschen Minderheit in Nordschleswig als Berichtsantrag formuliert wird.

Damit wird eine möglicherweise parteipolitische Debatte im Parlament losgetreten, die wir bisher im Sinne des dahinter stehenden Anliegens bewusst vermieden und auch überhaupt nicht nötig haben. Das ist auch aus deinen Worten hervorgegangen.

Wenn es wirklich um das Informationsbedürfnis von Ihnen, Herr Dr. Klug, gegangen wäre, hätte die Landesregierung sicherlich auch gern eine entsprechende Kleine Anfrage beantwortet.

Ich will bei der Gelegenheit noch etwas zum **Koch-Steinbrück-Papier** sagen. Ulf von Hielmcrone hat dankenswerterweise schon darauf hingewiesen, dass es seltsam sei, dass zwei „hohe Tiere“ angeblich etwas Gutes zusammen ausbrüten würden, und plötzlich werde es zur Richtschnur für die Haushaltsgesetzgebung im Bundestag. Das ist an sich ein seltsamer Vorgang.

Das Koch-Steinbrück-Papier ist auch nicht im grünen Sinne. Es kürzt nämlich an bestimmten Stellen Dinge und für diese Kürzungen hätte uns der Mut gefehlt. Beispielsweise haben wir die **Eigenheimzulage** vorgeschlagen und wir hätten den Leuten auch Rede und Antwort stehen können, wenn die Eigenheimzulage so gekürzt würde, dass sie nur noch bei den wirklich bedürftigen Fällen greifen würde. Da sind Koch und Steinbrück weiter gegangen.

Stattdessen haben sie etwas gemacht, was für die wirtschaftlich angespannte Situation in Deutschland absolut kontraproduktiv ist. Sie haben nämlich **Investitionsmittel** - unter anderem die Mittel zum Bahnausbau und zur Bahnreform - zur Kürzung freigegeben. Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, da

möge mir doch bitte einmal ein Volkswirtschaftler den Sinn und Verstand hinter diesem Vorschlag erklären!

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir versuchen gerade, diese Fehlsteuerung zu korrigieren, indem die Entfernungspauschale und die Eigenheimzulage so gekürzt werden, wie wir es damals vorgeschlagen haben. Stattdessen soll der Bahnausbau weiterhin stattfinden, damit ökologische und **nachhaltige Verkehrsbedingungen** in Deutschland geschaffen werden.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Frau Abgeordnete, bitte zur Sache!

**Irene Fröhlich** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das ist zur Sache.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Nein, das ist nicht zur Sache.

**Irene Fröhlich** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Doch, es geht um das Koch-Steinbrück-Papier.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Nein, es geht nicht um das Koch-Steinbrück-Papier, sondern um die Mittel zur Förderung der deutschen Minderheit.

**Irene Fröhlich** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Dabei habe ich mir erlaubt, einige Sätze zum Koch-Steinbrück-Papier zu sagen.

Aber ich darf Ihnen nicht widersprechen; das weiß ich. Ich bitte um Entschuldigung.

Ich möchte nur darauf hingewiesen haben, dass es auch aus unserer Sicht absolut irrig ist, und in einem möglichen Kürzungsvorschlag von uns hätten die Gelder für die deutsche Minderheit und für die **Minderheitenarbeit** in unserem Lande insgesamt niemals zur Disposition gestanden. Das ist völlig klar.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Darüber waren wir uns aber auch in dem gemeinsamen Gremium einig. Deswegen macht es auch keinen Sinn, hier darüber zu diskutieren. Da wir uns aber nun

(Irene Fröhlich)

einmal dieser Tagesordnung stellen müssen, tue ich das hier.

Ich habe Herrn Klug schon vorgeschlagen, er solle eine Kleine Anfrage stellen, aber auch diese wäre meiner Meinung nach überflüssig, da wir das Thema im **Gremium für die deutsche Minderheit** unter Beteiligung der zuständigen Bundestagsabgeordneten gründlich diskutiert haben.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Aber nicht gelöst!)

Also frage ich mich: Wo, sehr geehrte Damen und Herren, liegt der politische Sinn dieses Antrages? - Der Versuch einer Kampfansage ist für die tatsächliche Lösung dieses Problems - wie für manche Probleme dieser Art, Herr Dr. Klug - jedenfalls untauglich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Grundsätzlich begrüßt es der SSW immer, wenn sich der Schleswig-Holsteinische Landtag mit dem Thema Minderheitenpolitik und mit einer der **anerkannten Minderheiten** im deutsch-dänischen Grenzgebiet beschäftigt. Zuletzt geschah dies im Dezember 2002 in der Debatte über den Minderheitenbericht der Landesregierung.

Für uns bleibt es in diesem Zusammenhang aber von entscheidender Bedeutung, dass die Minderheitenpolitik des Landes von einer breiten Mehrheit des Landtages getragen wird und nicht dem Parteiengenzänk zum Opfer fällt; so viel vorweg zum heutigen Antrag der FDP, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, einen mündlichen Bericht zur Förderung der deutschen Minderheit in Nordschleswig zu geben - was auch geschehen ist.

Was sich so völlig unverdächtig anhört, verdient aber dennoch den Zusatz: Man merkt die Absicht und wird verstimmt. Denn was ist die Absicht? - Ich sehe nur eine: Es geht darum, die Landesregierung vorzuführen; dafür gäbe es auch noch andere Themen.

(Holger Astrup [SPD]: So ist es! - Beifall bei der CDU)

Denn ginge es ausschließlich um das minderheitenpolitisch ganz wichtige Thema - um den Umgang mit dem Koch-Steinbrück-Papier -, dann hätte die FDP

wissen müssen, dass alle anerkannten Minderheiten davon betroffen sind - also sowohl die deutsche als auch die dänische Minderheit und die Friesen.

Vielleicht sollte ich sagen, dass sie womöglich davon betroffen sind, weil es dazu unterschiedliche Darstellungen gegeben hat und weil die Diskussion über die Einbeziehung der Minderheitenförderung in die so genannte Koch-Steinbrück-Liste einen ganz langen Vorlauf hat.

In diesem Zusammenhang möchte ich klarstellen, dass der SSW über den Verlauf der Verhandlungen im Vermittlungsausschuss zum **Subventionsabbau** vor Weihnachten 2003 von Finanzminister Dr. Stegner immer auf dem Laufenden gehalten wurde. Dafür möchte ich ihm auch heute noch einmal danken.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Von daher wissen wir, dass sich die Landesregierung intensiv dafür eingesetzt hat, dass die **Minderheitenzuschüsse des Bundes** nicht von dem vorgeschlagenen Subventionsabbau umfasst werden.

Für den SSW ist es sonnenklar, dass die Zuschüsse für die Minderheiten keine Subventionen sind, die man einfach kürzen kann. Minderheitenpolitik ist eine staatspolitische Verantwortung und gesellschaftspolitische Verpflichtung - um es klar und deutlich zu sagen.

Die dänische Minderheit und die friesische Volksgruppe hatten in Briefen an den Bundeskanzler und an die Bundestagsfraktionen vor Kürzungen bei den Minderheiten - also auch bei der deutschen Minderheit - gewarnt. Denn ein Abbau der Förderung durch den Bund würde die positive Entwicklung in der Minderheitenpolitik des Landes Schleswig-Holstein konterkarieren,

(Beifall bei der SPD)

zumal die Verantwortung des Bundes mittlerweile außer Zweifel steht.

Deshalb waren wir sehr erfreut darüber, dass uns der Finanzminister Ende 2003 mitteilen konnte, die Kürzungen seien vom Tisch; dies hätten die Verhandlungen im Vermittlungsausschuss ergeben. Umso ärgerlicher waren wir dann, als im März 2004 klar wurde, dass entgegen den Absprachen im Vermittlungsausschuss der Haushaltsvorschlag der Bundesregierung nun doch Kürzungen in Höhe von 474.000 € bei der deutschen Minderheit in Nordschleswig vorsah.

Von daher kann ich wiederholen, was Kollegin Schwarz gesagt hat: Man hat gepennt. Darum muss

(Anke Spoorendonk)

dieses geheilt werden und das wird meiner Meinung nach auch so kommen.

Wer regelmäßig den „Nordschleswiger“ liest, weiß, wie schwierig sich mittlerweile die **finanzielle Situation** der deutschen Minderheit entwickelt hat. Eine Kürzung in dieser Höhe lässt sich nicht einfach wegstecken, zumal es ja nicht die erste ist. Die Sparmaßnahmen wurden bereits genannt; ich will sie nicht wiederholen. Ich will jedoch hinzufügen: Wir wissen besser als alle anderen, was es heißt, solche Einsparmaßnahmen durchzuführen. Darum Hochachtung vor der deutschen Minderheit. So kann es nicht weitergehen. Es muss wirklich gegengesteuert und geändert werden.

(Beifall beim SSW)

Wir hatten daher erwartet, dass sich die Bundestagsabgeordneten, die ja auch im Nordschleswig-Gremium vertreten sind, parteiübergreifend für die **deutsche Minderheit** stark gemacht hätten. Das bringt mehr als fragwürdige Berichtsanträge.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind weiter darüber informiert worden, dass auch die Zuschüsse für die **friesische Volksgruppe** vom Bund dieses Jahr um 1,5 und im nächsten Jahr um 3,5 % gekürzt werden sollen. Dabei freuten sich die friesische Volksgruppe und die dänische Minderheit gerade darüber, dass es auf Bundesebene jetzt einen eigenen Haushaltstitel geben sollte.

(Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, ich komme zum Ende. - Laut Jochen Welt, Minderheitenbeauftragter der Bundesregierung, handelt es sich dabei nicht um Kürzungen im Sinne der Koch-Steinbrück-Liste, sondern um Einsparungen im Rahmen der generellen Haushaltskonsolidierung.

Vorsicht an der Bahnsteigkante! Wir müssen alle gemeinsam aufpassen, dass diese Kürzungen nicht durchgeführt werden und dass hier nichts aus dem Ruder läuft. Das tröstet die Minderheiten nicht.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. - Daher fordert der SSW, dass die Bundesregierung die Kürzungen bei den Minderheiten zurücknimmt. Wir nehmen positiv zur Kenntnis, dass die Landesregierung weiterhin am Ball bleibt, dass sich auch zugun-

ten der deutschen Minderheit etwas bewegt hat und wir die Zusage haben, dass man weiterhin eingreifen wird.

Der FDP rate ich, sich in der Minderheitenpolitik nicht den Elefanten im Porzellanladen zum Vorbild zu nehmen.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Caroline Schwarz [CDU])

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Zu einem Kurzbeitrag, Herr Abgeordneter Dr. Garg!

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich möchte, dass eine Aussage des Beitrages von Herrn von Hielmcrone hier nicht unwidersprochen bleibt, weil sie schlichtweg falsch ist. Herr von Hielmcrone hat gesagt, die Oppositionsfractionen in **Berlin**, FDP und CDU, hätten die Möglichkeit gehabt, den Geldern für die Minderheit in Nord-schleswig zuzustimmen. Das ist so nicht zutreffend. Ich will nicht, dass hier der Eindruck stehen bleibt, in Kiel werde anders geredet, als in Berlin gehandelt werde.

Wenn Sie sich vergegenwärtigen, was im Dezember letzten Jahres passiert ist, war Folgendes Tatsache: Der Kompromiss um die **Subventionsliste**, von der Herr von Hielmcrone unter anderem gesprochen hat, wurde in der von ihm zitierten Sitzung verhandelt, der gesamte Kompromiss, wo beide Oppositionsfractionen, CDU und FDP, gesagt haben, dass diese Liste nicht ihre Zustimmung finden würde. Mitnichten wurde diese Liste wieder aufgedrösel, sodass man über einzelne Maßnahmen hätte abstimmen können. Das war nicht gewollt und das ist nicht passiert.

Sich deswegen hier hinzustellen und so zu tun, als ob der Kollege Klug etwas anderes sagt, als der Kollege Koppelin oder der Kollege Austermann in Berlin tun, ist unredlich, weil sachlich falsch. Beide Oppositionsfractionen in Berlin haben klar gesagt, dass sie den Kompromiss nicht mittragen werden, das haben sie auch nicht getan.

(Unruhe)

Hätte man über Einzelmaßnahmen abgestimmt, wäre es möglicherweise anders gekommen, hätte man es den Oppositionsfractionen ermöglicht, in dieser Frage anders abzustimmen. Aber auch das war von Ihnen definitiv nicht gewollt.

**(Dr. Heiner Garg)**

Ich bitte, das zu berücksichtigen, wenn in Zukunft wieder solche Behauptungen aufgestellt werden, die schlicht und ergreifend so nicht richtig sind.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ebenfalls zu einem Kurzbeitrag hat Frau Abgeordnete Schwarz das Wort.

**Caroline Schwarz [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil ich vorhin die Hauptsache vergessen habe. Ich weiß nicht, wie das kam. Vielleicht hat mich der irritierte Blick vom Kollegen Klug davon abgehalten. Ja, es kam eine gewisse Ratlosigkeit aus seinem Blick. Habe ich da etwas falsch gemacht?

(Zurufe)

Ich möchte Ihnen den Satz nicht vorenthalten. Heute haben wir ein Fax vom Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Haushalt der CDU/CSU-Fraktion, Dietrich Austermann, gekriegt.

(Zurufe)

- Ruhe! Wir haben darüber gesprochen. 2004 scheint die Sache geregelt zu sein, aber was ist mit 2005 und 2006? Da haben wir nachgefragt und wir haben heute ein Fax gekriegt.

(Zurufe)

- Es ist doch klar, ihr würdet euch nicht an Austermann wenden und wir würden uns nicht an was weiß ich wen wenden. - Wir haben ein Fax gekriegt und in dem Fax steht Folgendes.

(Zurufe)

- Wir kriegen viele Faxe, aber das ist ein wichtiges Fax. Letzter Satz:

„Zwischen den Ressorts besteht Einvernehmen darüber, dass der Ansatz in Kapitel ... Titelgruppe ... in den Jahren 2005 bis 2008 in Höhe von 11,849 Millionen €, also ungeschmälert, fortgeführt werden soll.“

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist doch schon einmal ein hoffnungsvoller Ansatz, wenn es ein solches Einvernehmen gibt. Daran werden wir Sie erinnern, wenn im nächsten Jahr möglicherweise etwas anderes auf der Agenda stehen sollte - was ich aber nicht glaube. Ich glaube, die Sache ist fest. Wir können darauf vertrauen. Insbe-

sondere die Volksgruppe der deutschen Nordschleswiger kann sich darauf verlassen. Wir stehen ihnen bei.

(Beifall)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort ebenfalls zu einem Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Astrup.

(Zurufe)

**Holger Astrup [SPD]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe kein Fax. Herr Kollege Dr. Klug, ich hätte mir gewünscht, wenn Sie die Gelegenheit genutzt hätten. Ich glaube, jeder in diesem Raum hat gespürt, was Sie hätten nutzen sollen, nämlich einfach einmal zu sagen: Es war wohl ein bisschen überzogen und ein bisschen übertrieben. Es gab die Gelegenheit, die Sie nicht hätten verstreichen lassen sollen.

Ich finde es nicht besonders hilfreich, die von der Kollegin Schwarz - wie ich finde - völlig zu Recht und von Frau Spoorendonk untermauerte Gemeinsamkeit im **Nordschleswig-Gremium** an einer solchen Stelle aufmachen und unterlaufen zu wollen. Ich finde es nicht gut, weil natürlich, Herr Kollege Dr. Garg, die Möglichkeit bestanden hätte, im Haushaltsausschuss genau das zu tun, was Sie hier getan haben, nämlich zu sagen: Wir finden das alles gut oder schlecht, aber diese Geschichte finden wir besonders gut oder schlecht, je nach Standpunkt. Ich weiß nicht, warum Sie nun Ihren Kollegen dort glauben retten zu müssen.

Ekki Klug, geh in dich! Bei der nächsten Sitzung des Nordschleswig-Gremiums ein Stück Kuchen weniger und vom Gammel Dansk wirst du auch ausgeschlossen. Das sollte dann Strafe genug sein. Ansonsten kann ich nur sagen: si tacuisses!

(Heiterkeit und Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Zu einem Kurzbeitrag, Herr Abgeordneter Fischer!

**Rolf Fischer [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich höre schon die Zwischenrufe: „Noch einer!“ Ich mache es auch ganz kurz.

Ich weiß um die Sensibilität dieses Zeitpunktes, aber ich möchte etwas zur Sensibilität dieses Themas sagen. Mir scheint der Vorgang, über den wir heute

**(Rolf Fischer)**

diskutieren, der ja ein gutes Ende genommen hat - nicht zuletzt auch dank der Bundesregierung in Berlin -, ein Symbol zu sein für etwas, was wir aus diesem Haus nach außen noch stärker vertreten sollten: die gemeinsame Vertretung unserer Interessen in Richtung Berlin.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Wir werden die Minderheitenpolitik in Schleswig-Holstein auf Dauer nicht weiter so durchführen können, wenn es uns nicht gelingt, auch in Berlin dafür zu werben. Dafür brauchen wir Gemeinsamkeit.

(Beifall)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung. Mit der Berichterstattung ist dieser Tagesordnungspunkt als erledigt anzusehen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 a auf:

**Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landesmeldegesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 15/3255

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses  
Drucksache 15/3520

Ich erteile das Wort der Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, Frau Abgeordneter Schwalm.

**Monika Schwalm [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich mit dem ihm durch Plenarbeschluss vom 11. März 2004 überwiesenen Gesetzentwurf zur Änderung des Landesmeldegesetzes in mehreren Sitzungen, zuletzt in seiner Sitzung am 9. Juni 2004, befasst. Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf mit der Veränderung, die Sie in Drucksache 15/3520 finden, anzunehmen.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Vielen Dank, Frau Berichterstatterin. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse deswegen über den Gesetzentwurf in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer so beschließen und der Ausschussempfehlung folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Der Beschlussempfehlung ist einstimmig gefolgt worden.

Meine Damen und Herren, wir haben noch Tagesordnungspunkte ohne Aussprache zu erledigen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

**Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/3009

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses  
Drucksache 15/3475

Ich erteile dem Berichterstatter des Bildungsausschusses, dem Herrn Abgeordneten Dr. von Hielmcrone, das Wort.

**Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Ausschuss hat sich in mehreren Sitzungen mit dem Gesetzentwurf befasst.

(Zuruf)

- Im Protokoll ist das alles nachzulesen, Herr Kollege. Zuletzt geschah dies am 19. Mai, falls es von Interesse ist. - Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf, Drucksache 15/3009, abzulehnen.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich danke dem Herrn Berichterstatter für den Bericht. Wortmeldungen zum Bericht gibt es nicht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Der Ausschuss empfiehlt Ablehnung. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP ist dieser Gesetzentwurf abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

**Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Landesverfassung und des Schleswig-Holsteinischen Richtergesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/3368

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses  
Drucksache 15/3499

Ich erteile der Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, der Frau Abgeordneten Schwalm, das Wort.

**Monika Schwalm [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich in seiner Sitzung am 19. Mai 2004 mit dem Gesetzentwurf beschäftigt. Er empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der FDP, den Gesetzentwurf abzulehnen.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich danke der Frau Berichterstatterin für den Bericht. Gibt es Wortmeldungen zu dem Bericht? - Das ist überraschenderweise nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Der Ausschuss empfiehlt also Ablehnung des Gesetzentwurfs. Wer so verfahren will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Damit ist dieser Gesetzentwurf mit den Stimmen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der FDP abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

**Wahl der Mitglieder für den Stiftungsrat der Kulturstiftung des Landes Schleswig-Holstein**

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD

Drucksache 15/3486

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/3505

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über die Wahlvorschläge abstimmen und schlage Ihnen offene Abstimmung vor. Ist jemand dagegen? - Das ist nicht der Fall; ich sehe keinen Widerspruch.

Zunächst rufe ich den Wahlvorschlag der Fraktion der SPD, Drucksache 15/3486, auf. Wer diesem Wahlvorschlag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/3505, auf. Wer diesem Wahlvorschlag folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Dies ist ebenfalls einstimmig so beschlossen.

Damit sind die Mitglieder des Stiftungsrates der Kulturstiftung den Vorschlägen der Fraktionen entsprechend gewählt und der Tagesordnungspunkt ist erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

**Wahl des Präsidenten des Landessozialgerichtes beim Schleswig-Holsteinischen Landessozialgericht**

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses

Drucksache 15/3500

Ich erteile der Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, der Frau Abgeordneten Schwalm, das Wort.

**Monika Schwalm [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Innen- und Rechtsausschuss hat am 9. Juni 2004 die drei Bewerber in öffentlicher Sitzung angehört und in nicht öffentlicher Sitzung über die Bewerbung beraten. Einstimmig unterbreitet er dem Landtag folgenden Wahlvorschlag:

„Der Landtag wolle beschließen:

Dr. Friedrich Walter Stoll wird zum Präsidenten des Landessozialgerichts beim Landessozialgericht Schleswig-Holstein gewählt.“

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Wortmeldungen zum Bericht gibt es nicht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich beabsichtige, auch über den Wahlvorschlag des Innen- und Rechtsausschusses offen abstimmen zu lassen. - Widerspruch höre ich nicht.

Wer also dem Wahlvorschlag Drucksache 15/3500, wie soeben vorgetragen, folgen will, den bitte ich um Zustimmung. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Die Annahme dieser Empfehlung ist mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit erfolgt und Herr Dr. Stoll ist Präsident des Landessozialgerichts geworden.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 24 auf:

**Verwaltungsstrukturreform 1996 bis 2002**

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/2560

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses

Drucksache 15/3448

Ich erteile das Wort der Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, der Frau Abgeordneten Schwalm.

**Monika Schwalm** [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der federführende Innen- und Rechtsausschuss und der mitberatende Finanzausschuss haben sich mit der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage in mehreren Sitzungen beschäftigt. Einstimmig und im Einvernehmen mit dem beteiligten Finanzausschuss empfiehlt der Innen- und Rechtsausschuss dem Landtag, die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verwaltungsstrukturreform 1996 bis 2002 in der Drucksache 15/2560 zur Kenntnis zu nehmen.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Wortmeldungen zum Bericht liegen mir nicht vor. Eine Aussprache ist auch hier nicht vorgesehen. Der Ausschuss empfiehlt Kenntnisnahme. Wer so verfahren will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Landtag hat einstimmig Kenntnis genommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 25 auf:

#### **Eliteförderung im Bildungswesen**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/3160

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses  
Drucksache 15/3476

Ich erteile dem Berichterstatter des Bildungsausschusses, dem Herrn Abgeordneten Dr. von Hielmcrone, das Wort.

**Dr. Ulf von Hielmcrone** [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Ausschuss hat sich mit dem Antrag in mehreren Sitzungen befasst. Schließlich ist es zu einer alternativen Abstimmung zwischen dem Antrag der Fraktion der FDP und einem Änderungsantrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gekommen. Dieser Änderungsantrag hat die meisten Stimmen erhalten. Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, diesen Änderungsantrag anzunehmen. Sie finden ihn in der Drucksache 15/3476 abgedruckt.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wortmeldungen zum Bericht gibt es nicht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Also lasse ich über den Antrag in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen.

Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Wir haben mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 30 auf:

#### **Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 2004**

Drucksache 15/3496

Ich erteile dem Vorsitzenden des Petitionsausschusses, dem Herrn Abgeordneten Poppendiecker, das Wort.

**Gerhard Poppendiecker** [SPD]:

Leefe Präsident! Leefe Kolleginnen und Kollegen! Ik mak dat bewusst mit Plattdüütsch, weil wi graad über Minderheiten snakt hebbt und de Plattdüütschen sind hier in düß Huus so ne lütte Minderheit. Dat nützt ja all nix. Gestern hebbt de CDU-Kolleg Börnsen im Bundestag ook plattdüütsch snackt. Deswegen segg ik: Af un to makt wi dat ok mal.

Bericht erstes Vierteljahr 2004: Wi hebbt in de Tied 92 nie Petitionen kriegen, wi hebbt fieftal tosamen seten und hebbt us mit düsse Petition befat. Een Orts termin hebbt wi hat. Wi sünd na buten gahn und hebbt mal keken, wie wi dat hinkreegt. 114 Petitionen hebbt wi afschloten, davon 15 positiv, 25 hebbt ni so ganz klappt, wie wi uns dat dacht harrn. Aver insgesamt sünd wi recht tofreden.

Probleme hebbt wi im Moment mit dat Finanzministerium, weil die Finanzämter im Moment so förchterlich streng sünd, gerade wenn dat um lütte Unternehmen geiht.

Ik will mal een lütte Geschicht vertellen, wenn so een Buamt von een bestimmten Kreis wat verhinnern will. Dor is een Minsch, de will 16 ökologische Hüüser buen, kriegt vom Umweltministerium 50.000 € dorto, un weil dat een beten kribbelig wör - he het all twee Johr tövt un da kam nix -, seggt he: Dann mak ik gemeinsam mit Klaus Klinckhamer un Jochen Behm, un dann wüllt wi mal sehn, dat wi dat hinkreegt. He wendet sich an den Petitionsutschuss: Ik kreeg keen Bugenehmigung, obwohl dat allens rechtens is. Dann hebbt de Kreisbubehörde un de unnere Naturschutzbehörde seggt: De Weeg, an dem du liggst, is nich öffentlich. Dat geiht also nich. Wi künt di keen Genehmigung geven. De Weeg neben di is 130 Johr old und löppt parallel am Diek lang, dat heet: Dat is een öffentlichen Weeg.

Nu hebbt wi dat Thema vom Disch, nachdem wi alle vor Ort wörn. Da füll dem Kreis in: Dor löppt noch

(Gerhard Poppendiecker)

een Leitung vom Zweckverband dörch, dor geevt dat keen Genehmigung för. De Leitung liggt all ok 50 Johr.

Nu mut irgendwie een Genehmigung her. Dat het wedder ein half Johr duurt. Intwischen mahnt dat Ministerium an und seggt: Die 50.000 €, die du von mir kreegst, de stahn op de Kipp. Du musst die afroopen. Also wi wedder hen. Wedder Theater makt. Nu har wi dat sowit in Griff, Bugenehmigung kümmt. Intwischen harn wi Minister Buß seggt: Jetzt musst du noch mal ran. Du büst Opsichtsbehörde.

Nu geiht dat mit eenmal los: Hoochwateregefahr. Ik segg: Wieso Hoochwater? Dat liegt doch achtern Diek. - Ja dat Hoochwater kunnt ja von binnen kamen, wenn es ordentlich regen deiht.

(Heiterkeit)

Nu möten wi den Claus „Top“möller vom Disch kreegen. Den hebbt wi nu ook vom Disch kreegen. Nu harn wi fast allens: Bugenehmigung kann kommen. Nu makt se twischen de 16 Hüüser een Straat dörch, de Bu is aver nich genehmigungsfähig.

Also noch mal wedder hin. Nach 3 Johr, eene Woch vör Wiehnachten im vergangenen Johr, kreeg he de Genehmigung.

(Beifall)

Dat gifft nur twee Kreise, wo wi Probleme hebbt. De eene is Ostholstein und de anner ist Nordfreesland. Mehr gifft dat hier nich.

(Beifall)

Dann hebbt wi een Fall hat, de deiht so een beten weh. Dor is een Fru, de het een Rollstuhl. De wohnt in eener Wohnung mit twee Zimmer, dat is allens een beeten lütt. De möt son lütten Anbu maken. Dat ward nich genehmigt, weil dorto wat in de Bugesetz steiht. Ik finde, da möt wi uns mal mit dem toständigen Utschuss verständigen, dat so wat ändert ward. Wörtlich steiht in dem Bugesetz - dat segg ik nu op Hochdüütsch -:

„Das Baugesetzbuch stellt hinsichtlich des Genehmigungsverfahrens nicht auf soziale und gesundheitliche Belange ab.“

Ik find, so wat is schlimm. Hier mut sich um kümmer warn. Wi ward dat ok wietergefen, dat solche Dinge flexibel handhadt ward. Diese Petition heff ik von Westerland kreegen, wo eener een Schild an de Wand het: „Dor steiht in Bookstaaven op, fief Stück Keramik, un nu mut he een Buantrag stelln, weil dat nich mit Keramik opsteiht, sünnern mit wat anners. Lüüd, so ward dat wirklich Absurdistan, so ward dat lächer-

lich, wenn sik Beamte und Behörden dormit beschäftigen.

(Beifall)

Un sone Dinge ward wi ok in Tokunft nie tolaten.

(Beifall)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich danke dem Herrn Vörsitter för den Bericht. Gifft dat Wortmeldungen to düssen Bericht? - Gifft dat ni. Utspraak is nich vörsehn. Dat Eigentliche, wat he seggen wull, het he ni nich seggt. Aver ik kann dat seggen: Dat wi Kenntnis nehmen schöölt von dem Bericht und dat wi dormit de Erledigung vun de Inguben bestätigen.

Wer so verfahren will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 31 auf:

**Maßnahmen zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit**

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW

Drucksache 15/3402

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses

Drucksache 15/3497

Ich erteile der Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, Frau Abgeordneter Schwalm, das Wort.

**Monika Schwalm [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Innen- und Rechtsausschuss hat den Antrag der Abgeordneten des SSW beraten. Er empfiehlt dem Landtag einstimmig, den Antrag der Abgeordneten des SSW betreffend Maßnahmen zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit abzulehnen.

(Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Wortmeldungen zum Bericht gibt es nicht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ablehnung ist empfohlen. Wer so verfahren will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen des SSW abgelehnt.



**(Präsident Heinz-Werner Arens)**

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 32 auf:

**a) Neuorganisation des Verfassungsschutzes - Norddeutsches Amt für Verfassungsschutz**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/3372

**b) Verfassungsschutzbericht 2003**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/3354

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses  
Drucksache 15/3498

Ich erteile noch einmal der Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, Frau Abgeordneter Schwalm, das Wort.

**Monika Schwalm [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich mit beiden Vorlagen befasst. Er empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP, den Antrag der Fraktion der CDU abzulehnen. Einstimmig empfiehlt der Innen- und Rechtsausschuss dem Landtag, den Verfassungsschutzbericht 2003 der Landesregierung zur Kenntnis zu nehmen.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich danke für diesen Bericht. Zum Bericht hat sich Herr Abgeordneter Maurus gemeldet.

**Heinz Maurus [CDU]:**

Herr Präsident, ich bitte, über Antrag und Bericht getrennt abstimmen zu lassen.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Damit ist ein Geschäftsordnungsantrag gestellt. Wir haben zunächst einmal die Beschlussempfehlung zur Kenntnis genommen. Die Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses bezieht sich auf beide Teile. Wir stimmen getrennt ab, zunächst über die Neuorganisation des Verfassungsschutzes - Norddeutsches Amt für Verfassungsschutz. Wer diesem Teil der Beschlussempfehlung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Teil der Beschlussempfehlung mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP angenommen.

Jetzt stimmen wir über die Beschlussempfehlung zum Verfassungsschutzbericht ab. Wer den Verfassungsschutzbericht zur Kenntnis nehmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig. Dann haben wir entsprechend beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 33 auf:

**a) Zweistufigkeit des Verwaltungsaufbaus in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1644

**b) Zweistufigkeit des Verwaltungsaufbaus in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/1565

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses  
Drucksache 15/3502

Noch einmal erhält die Vorsitzende des Innen- und Rechtsausschusses das Wort zur Berichterstattung. Frau Abgeordnete Schwalm, bitte.

**Monika Schwalm [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Innen- und Rechtsausschuss und die mitberatenden Ausschüsse haben sich in mehreren Sitzungen mit den Vorlagen beschäftigt. Der Innen- und Rechtsausschuss empfiehlt dem Landtag im Einvernehmen mit dem beteiligten Umweltausschuss mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP, den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1644, abzulehnen.

(Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Einstimmig empfiehlt der federführende Innen- und Rechtsausschuss im Einvernehmen mit allen übrigen beteiligten Ausschüssen dem Landtag, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 15/1565, zur Kenntnis zu nehmen.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich danke zunächst einmal für den Bericht und stelle fest: Es gibt wieder eine Wortmeldung zum Bericht. - Herr Abgeordneter Maurus!

**Heinz Maurus [CDU]:**

Herr Präsident, ich bitte auch hier um getrennte Abstimmung über Antrag und Bericht.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich verweise Sie für die Abstimmung auf die Beschlussempfehlung des Ausschusses. Wer dem Teil der Beschlussempfehlung, nämlich Ablehnung des Antrages, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der Fraktion der FDP ist der Antrag abgelehnt. Wer dem zweiten Teil der Beschlussempfehlung folgen will, nämlich Kenntnisnahme des Berichtes, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist wiederum einstimmig.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 35 auf:

**Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“****Unterrichtung des Landtags über den Rahmenplan für das Jahr 2004**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/3344

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses  
Drucksache 15/3508

Ich erteile der Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, der Frau Abgeordneten Schwalm, das Wort.

**Monika Schwalm [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Innen- und Rechtsausschuss und der mitberatende Agrarausschuss haben die Vorlage beraten. Im Einvernehmen mit dem beteiligten Agrarausschuss empfiehlt der Innen- und Rechtsausschuss dem Landtag einstimmig, den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis zu nehmen.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Herr Abgeordneter Maurus hat sich nicht zu Wort gemeldet, weitere Abgeordnete auch nicht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Der Ausschuss empfiehlt Kenntnisnahme. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist einstimmig Kenntnis genommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 36 auf:

**Wassertourismus in Schleswig-Holstein entwickeln und stärken**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/2720

Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses  
Drucksache 15/3509

Ich erteile der Berichterstatterin des Wirtschaftsausschusses, Frau Abgeordneter Strauß, das Wort.

**Roswitha Strauß [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Umweltausschuss hat sich mit der Vorlage in drei Sitzungen befasst, der federführende Wirtschaftsausschuss in vier Sitzungen, zuletzt am 9. Juni 2004. Der federführende Wirtschaftsausschuss empfiehlt dem Landtag im Einvernehmen mit dem beteiligten Umweltausschuss mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP, den Antrag abzulehnen.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Der Ausschuss empfiehlt Ablehnung des Antrages. Wer so verfahren will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Ich stelle fest, die Ausschussempfehlung ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Meine Damen und Herren, damit stehen wir am Ende dieser Tagung. Ich will Sie gern noch darauf hinweisen, dass die 45. Tagung des Landtages vom 25. bis 27. August stattfinden wird. Bis dahin wünsche ich Ihnen zunächst eine rege Teilnahme und viel Spaß an der Kieler Woche sowie Ihnen allen und Ihren Familien für die bevorstehende Sommerpause gute Erholung und alles Gute. Auf ein glückliches Wiedersehen!

(Beifall)

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 14:11 Uhr**